PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 1890905 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 10.2.1976 fertiggestellt.

12. Februar 1976 Jg. 4 Nr. 6 50 Pfennig

Der Kampf gegen den § 218 wird fortgesetzt!

Aufruf zu Demonstrationen am 21. Februar

Das Zentrale Komitee des KBW ruft auf, am 12. Februar die Aktionstage der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen und am 21. Februar in allen Städten Demonstrationen gegen den § 218 und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts durchzuführen.

Am 12. Februar will die Kapitalistenklasse den Paragraphen 218 im Parlament neufassen lassen. Die neue Fassung bedeutet die alte Schikane, Bevormundung und Verfolgung gegen die Volksmassen. Der Druck auf die Massen wird verfeinert und die Kontrolle, Bespitzelung und Schikane damit verschärft. Die Neufassung des Paragraphen 218 durch das Parlament geht zurück auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar letzten Jahres.

Sofort muß man der herrschenden Klasse zeigen, daß die Forderungen der Volksmassen niemals durch Unterdrückung erledigt werden können. Die Bewegung gegen den § 218 hat ihren Willen auf ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 erst in den letzten Tagen bekräftigt. An zahlreichen Behörden und öffentlichen Gebäuden steht, was die Massen wollen: Weg mit dem Paragraphen 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Wo immer die Politiker der herrschenden Klasse aufgetreten sind und das Recht auf Unterdrückung des Volkes als Recht auf Leben an den Mann bringen wollten, sind sie gestellt worden. Oft haben sie die Flucht ergreifen oder sich von der Polizei schützen lassen müssen. Wo die Justiz bereits wieder zu Strafprozessen überging, ist sie auf Widerstand gestoßen. Das wird so bleiben. Die Forderungen der Volksmassen sind erst erledigt, wenn sie erfüllt sind.

Will sich die Arbeiterbewegung und die Bewegung gegen den § 218 nicht von der Reaktion überfahren lassen, dann muß sie am 12. Februar und insbesondere am 21. Februar zeigen: Genausowenig wie wir bereit waren, den alten Paragraphen 218 hinzunehmen, sind wir bereit, uns mit seiner Neufassung abzufinden. Der herrschenden Klasse muß klargemacht werden: Ihr wollt unterdrücken, wir aber rebellieren gegen die Unterdrückung. Den Schwankenden auf seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen muß man sagen: Es ist falsch, sich mit der Unterdrückung abzufinden, nur weil sie in neue Gesetzesform gebracht worden ist.

Der Paragraph 218 kann zwar von der Tagesordnung des Parlaments verschwinden. Auf der Tagesordnung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung der Volksmassen in ihrem Kampf gegen die herrschende Ausbeuterordnung wird er bleiben. Die Entschlossenheit, den Kampf gegen den § 218 fortzusetzen und den § 218 zu beseitigen, gilt es am 21. Februar zu demonstrieren.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland



An zahlreichen Orten fanden Aktionen gegen den § 218 statt wie hier in Kassel. Berichte Seite 9



Einmischungsversuche des BRD-Imperialismus

Westdeutsche Söldner in Angola

Inzwischen ist Tatsache, daß Söldner aus Westdeutschland in Angola gegen das angolanische Volk kämpfen. „Bild am Sonntag" hat bereits berichtet, der „Spiegel" zieht jetzt nach. Er läßt einen Reserveoffizier der Bundeswehr zu Wort kommen: „In Angola mal richtig gegen die Kommunisten reinhauen. Nicht Stubendienst schieben und Schlappschwänze ausbilden wie bei der Bundeswehr."

Das sind Motive, die direkt dem Charakter der Bundeswehr entspringen, nicht die eines Sonderlings. Einem stehenden Heer, Werkzeug der Reaktion, Diener des Kapitals und Henker der Volksfreiheit. Der Reserveoffizier will bereits praktisch erleben, wofür in der Bundeswehr erst ausgebildet wird und wofür sie bereit steht.

Der Einsatz westdeutscher Söldner hat die Billigung der imperialistischen Regierung, ihres Ministers Leber. Er äußert sich nicht, obgleich er eine Rechtsgrundlage und Aufsichtspflicht hat. Die Bundesregierung will in Angola nicht mehr beiseite stehen. Sie ist der Auffassung, daß dies Land durch die Einmischung der beiden Supermächte, durch den von ihnen entfesselten Bürgerkrieg, durch die Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung so weit weichgekocht ist, daß man jetzt selber zulangen kann.

Genscher erklärt, daß sich niemand in Angola einmischen dürfe. Gleichzeitig wird Nau (SPD), Zuarbeiter der Bundesregierung und Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf die Reise nach Sambia geschickt. Dort versuchte er sich an die UNITA heranzumachen und mit ihr anzubandeln. Hält die Regierung die Zeit für gekommen, jetzt selber an Angola Hand anzulegen, so hat sie auch nichts gegen Söldnereinsatz. Sind die erst im Land, so schafft das immer Mittel nachzusetzen. Sogar der inhaftierte und rechtmäßig verurteilte Rolf Steiner im Sudan war der westdeutschen Diplomatie ein Mittel, vermittels Erpressung durch Entwicklung an der Souveränität des Sudan herumzumachen, den Entzug Steiners von seiner gerechten Strafe anzustreben.

Die Einmischung vermittels seiner Armee, der Einsatz seiner Soldaten als Söldner ist dem westdeutschen Imperialismus ohnehin nichts Fremdes. Damit wird nicht nur kalkuliert, es ist gleich gesetzlich geregelt. Im Paragraph 8 des Wehrpflichtgesetzes wird festgelegt: „Wehrpflichtige dürfen sich nur mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung oder der von ihm beauftragten Stelle zum Eintritt in fremde Streitkräfte verpflichten."

Gesetzlich geregelt ist damit, daß selbstverständlich Truppenteile oder Wehrpflichtige in anderen imperialistischen Streitkräften zur Unterstützung deren Werks der Volksunterdrückung und Aggression eingesetzt werden dürfen. „Beistand" heißt dies. Nebenbei wird gleich der Artikel 25 der bürgerlichen Verfassung, der „Handlungen" unter Strafe stellt, die das „friedliche Zusammenleben der Völker stören", in der angemessenen, imperialistischen Weise interpretiert.

Daß dieser Paragraph ein ausgesprochener Einmischungsparagraph ist, ersieht man auch am Absatz 2: „Der Bundesminister der Verteidigung kann im Einzelfall Wehrdienst in fremden Streitkräften auf den Wehrdienst nach diesem Gesetz ganz oder zum Teil anrechnen." Der Einsatz beim Geschäft des Völkermordes soll sich auszahlen in Laufbahnbeschleunigung, Dienstgradanerkennung und Pensionsanspruch.

Mit diesem Paragraphen wird jene Grauzone geschaffen, wo sich mancher zuerst als Söldner tummeln kann, bei erfolgreicher Verrichtung entsprechende Anerkennung erlangt, wo die einen als Berater entsandt werden können, andere wiederum bei passender Gelegenheit erst zum Berater ernannt werden. Ob das General von Seeckt im Auftrag Hitlers zusammen mit Tschiang Kai-Schek gegen die chinesische Revolution ist, heute „Ausbilder" im Ausland sind oder einzelne namenlose Werkzeuge, ist eine Frage der Opportunität.

Die bürgerliche Tagespresse, die sich ansonsten das Maul zerreißt über die „angolanische Tragödie", schweigt sich aus. Die Söldner der Feder werden dafür bezahlt, das Geschäft der Söldner mit der Waffe zu vertuschen. – (hjh)

Die Kapitalisten wollen die Regierung als Stoßkeil gegen die Gewerkschaften einsetzen

Die Metallkapitalisten haben nirgends ein Angebot an die Verhandlungskommissionen der IG Metall gemacht. Erst müßte die Gewerkschaft auf jede weitere Forderung aus anderen Tarifverträgen verzichten, und zwar grundsätzlich. Die Kapitalisten müßten für den Rest des Jahres fest kalkulieren können. Jetzt einen Lohnabschluß noch unter der Inflationsrate und ein Stillhalteabkommen für den Rest des Jahres, so denken sich das die Metallkapitalisten. Das ist mehr als die Durchsetzung eines Lohnstopps. Sie haben auch bereits angekündigt, daß sie die Tariferhöhungen auf jeden Fall mit den noch verbliebenen betrieblichen Zulagen verrechnen würden. Das hat die Geschäftsleitung von Daimler-Benz lauthals gegenüber den Arbeitern verkündet, die einen Warnstreik durchführten.

Die Absichten der Kapitalisten liegen also klar auf der Hand. Und ihre Taktik? Dadurch, daß die Metallkapitalisten die Verhandlungen platzen ließen, haben sie der Regierung ein Beispiel gegeben, wie man's zu machen hat. Gleichzeitig haben sie die Gelegenheit geschaffen, die Regierung als Stoßkeil gegen die Gewerkschaften einzusetzen. Obwohl der Tarifvertrag in der Metallindustrie bereits einen Monat früher ausgelaufen ist als im öffentlichen Dienst, werden die nächsten Verhandlungen zwischen der Regierung und der ÖTV stattfinden. Die Regierung haben die Kapitalisten im letzten Jahr auf Vordermann gebracht. Das hat sie mit ihrem Raubzug auf die öffentlichen Dienst, gegen alle Lohnabhängigen mit Hilfe der Steuergesetze und Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zureichend bewiesen. Jetzt soll sie den Durchmarsch für die Kapitalistenklasse einleiten. Davon versprechen sich die Kapitalisten viel: Im öffentlichen Dienst sitzen auf beiden Seiten des Verhandlungstisches Sozialdemokraten, wenn auch auf Regierungsseite durch einen FDP-Minister vertreten. Die Kapitalisten setzen darauf, daß das die Verhandlungsfähigkeit der ÖTV lähmt. Mit dem Regierungswechsel in Niedersachsen hat die Sozialdemokratie und die Bundesregierung auch gerade rechtzeitig einen Sporentritt in die Weichen bekommen.

Um Gottes Willen, nur jetzt der Regierung keine Schwierigkeiten machen, auf diese Absicht bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern können die Kapitalisten geradeso hoffen wie wir auf die finstere Entschlossenheit der Sozialdemokraten in der Regierung, nochmal den Kapitalisten zu beweisen, daß keine besseren Kettenhunde gegenüber den Arbeitern gefunden werden können. Außerdem setzt die Kapitalistenklasse darauf, daß sie ihre Hetze gegen die Löhne und den Lohnkampf der Arbeiter im öffentlichen Dienst besonders wirksam wird entfalten können. Gelingt es, den öffentlichen Dienst von der Industrie zu isolieren und die Gewerkschaften dort isoliert zu schlagen, dann ist die Sache auch in der Industrie für die Kapitalisten gelaufen. So jedenfalls ist ihre Rechnung.

Die Arbeiterbewegung kann dieses Kalkül der Kapitalistenklasse zerschlagen, wenn sie der Taktik der Kapitalistenklasse entschlossen entgegentritt. Den Angriff der Regierung auf den Lohnkampf durch den Angriff auf die ÖTV können die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zurückschlagen. Sie haben eine Forderung, mit der man im Kampf ausharren kann und für die es sich zu streiken lohnt. Ohne Streik aber wird gar nichts laufen. Alle Arbeiter müssen verhindern, daß die Kapitalistenklasse die Sache der Arbeiterbewegung isoliert im öffentlichen Dienst austrägt. Die Warnstreiks waren dafür ein Anfang. Jetzt müssen die Metaller verhindern, daß die Auseinandersetzung in ihrer Industrie von den Kapitalisten und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern auf die lange Bank geschoben wird. Es ist gut sichtbar, daß die Kapitalisten der Arbeiterklasse in dieser Tarifauseinandersetzung eine deftige Niederlage bereiten wollen. Es kann aber eine Niederlage für die Kapitalisten herauskommen, wenn die Arbeiterbewegung ihre Waffen, Einheit und Streik, zu nutzen versteht. Dabei wird die SPD/FDP-Regierung über den Deister gehen. Sie ist eh nur eine Fessel. Nur wenn die Arbeiterbewegung die jetzigen Angriffe der Kapitalistenklasse zurückschlägt, kann sie ihre Ausgangsposition für die unvermeidlichen weiteren Kämpfe stärken.

Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz:

Ermächtigungsgesetz für den Verfassungsschutz

Im niedersächsischen Landtag soll im März in zweiter und dritter Lesung ein Verfassungsschutzgesetz verabschiedet werden. Die erste Lesung ging bereits im September 1975 über die Landtagsbühne.

Aufmerksamkeit verdient dieser Gesetzentwurf dadurch, daß man an ihm ablesen kann, wie die Bourgeoisie ihren Verfassungsschutz als Reaktion auf die Entwicklung der Klassengegensätze ausbaut, und daß er auch ein offenes Wort dazu sagt, worin für die Bourgeoisie die Aufgabe des öffentlichen Dienstes und jedes Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst besteht.

Wissen muß man dazu noch, daß dieser Gesetzentwurf nicht ein niedersächsisches Landesprodukt ist. Vielmehr ist er ein Produkt der Großen Koalition der Inneren Sicherheit und geht zurück auf einen Musterentwurf der Innenministerkonferenz. Nach diesem Entwurf sollen die gesetzlichen Grundlagen des Verfassungsschutzes in allen Bundesländern ausgerichtet werden.

Folgendes sieht die Reaktion dazu im Detail vor: Als Aufgabe des Verfassungsschutzes soll jetzt die bereits geübte Praxis, daß der Verfassungsschutz tätig wird *„bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben"* (§ 3 Absatz 2 Abschnitt 4), gesetzlich abgesichert werden. Ferner wird in § 4 festgelegt, daß zu diesem Zwecke *„nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden"* sind, wo der Verfassungsschutz glaubt, anderweitig nicht fündig zu werden. *„Nachrichtendienstliche Mittel"*, so erfährt man in der Erläuterung zum § 4, *„sind Mittel und Methoden, die der geheimen, d.h. vom Betroffenen oder Außenstehenden nicht wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen"*. Man kann sich leicht denken, was für „Mittel und Methoden" der Bespitzelung dies sind.

Im Klartext heißt dies, daß der Verfassungsschutz das Recht erhält, jeden, der mit dem öffentlichen Dienst nur irgendwie in Berührung gerät, mit „nachrichtendienstlichen Mitteln" zu bespitzeln, was auf die Anlegung von Verfassungsschutzkarteien für gut mehrere Millionen hinausläuft.

Man kann an diesem Paragraphen ablesen, daß sich die Bourgeoisie den öffentlichen Dienst nach dem Muster ihrer Zuchthäuser und Kasernen denkt, worin der Verfassungsschutz als Wärter tätig ist, der sich mit allen Mitteln Kenntnisse über jeden Gedanken und jede Regung der Insassen zu verschaffen hat.

Um bei dem Vergleich mit dem Zuchthaus zu bleiben. Während der Gefangene im allgemeinen das Recht hat, selbst zu entscheiden, was er seinem Wärter mitteilen will, soll es solches Recht im öffentlichen Dienst nicht geben. Mußten bislang schon alle Behörden zum *„Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung"* dem Verfassungsschutz Auskünfte über Personen geben, so dieser es wünschte, so soll der gesamte öffentliche Dienst diese Polizeiaufgabe jetzt in großem Stil und sozusagen berufsmäßig betreiben. *„Die Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes"* (§ 5, Absatz 1) haben dem Verfassungsschutz *„alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Absatz 1* (Schutz der „freiheitlich demokratischen Grundordnung") ***unaufgefordert** zu übermitteln"*. (§ 5 Absatz 3) Nicht nur die bestellten staatlichen Kontrolleure und Aufpasser der Bourgeoisie, Polizisten, Staatsanwälte und Regierungsräte, sondern jeder Lohnabhängige im öffentlichen Dienst soll zum Mitarbeiter des Verfassungsschutzes werden, der „unaufgefordert" seine „Erkenntnisse" diesem zuträgt.

Zu solchen Erkenntnissen gehört nicht nur, was man als Lohnabhängiger im öffentlichen Dienst unter Kollegen so voneinander erfährt, sondern alles, was man als Sozialarbeiter z.B. bei Hausbesuchen, als Lehrer bei Elternabenden, als Gewerkschafter auf Gewerkschaftssitzungen erfährt, all dies soll man auf seine Übereinstimmung mit der bürgerlichen Verfassung hin überprüfen und, wo es nicht paßt, dem Verfassungsschutz mitteilen. Der gesamte öffentliche Dienst als eine große Polizei, die der Verfassungsschutz kontrolliert, darin besteht der Wunsch der bürgerlichen Reaktion, und deshalb muß der öffentliche Dienst polizeimäßig organisiert werden.

Damit aber nicht genug. Es wird auch gleich noch gesetzlich festgelegt, wozu dieser riesige und zuchthausmäßig organisierte Bespitzelungsdienst notwendig ist und taugt. So wird in § 6 folgende schon bislang übliche Praxis auf gesetzliche Beine gestellt: *„Die Verfassungsschutzbehörde kann ihre Erkenntnisse auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung"* dient. Mit anderen Stellen, so erläuterte der SPD-Abgeordnete Pennigsdorf im niedersächsischen Landtag, sind gemeint *„Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber usw."*.

Das ist ein offenes Wort. Bespitzelung der Massen für die Kapitalisten und ihre Politiker in den bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften, dazu dient der Verfassungsschutz und werden die Verfassungsschützer bezahlt. Eine andere Frage aber ist, was die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst dazu sagen, daß sie als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes verpflichtet werden sollen. – (e.r.)

Deutscher Richterbund fordert:

„Spielraum" für den Todesschuß

Der Deutsche Richterbund, dem 80 Prozent aller Richter angehören, fordert in seinem Entwurf für ein Polizeivollzugsgesetz mehr „Spielraum beim Todesschuß". Die geplante gesetzliche Absicherung des Todesschusses schränke das Notwehrrecht der Polizei zu stark ein. Der Todesschuß müsse den Polizisten schon dann erlaubt sein, wenn er als „gebotenes Mittel" erscheine. Der Gesetzentwurf der Innenminister, der den Todesschuß erlaubt, wenn er das „einzige Mittel zur Gefahrenabwendung" sei, könne leicht zu späteren „Vorhaltungen gegen den Beamten" führen. Die Richter wollen also eine gesetzliche Regelung, bei der vor Gericht nicht umständlich „die Unvermeidlichkeit des Todesschusses" und die „Notwehrsituation" bewiesen werden muß, wenn die Polizei auf Flüchtende schießt oder bei Polizeiüberfällen in Wohnungen von der Schußwaffe Gebrauch macht, wie es in den letzten Jahren immer häufiger zum „normalen Vorgehen" der Polizei wurde. Zwar ist es der westdeutschen Justiz bisher immer gelungen, den Polizisten eine Notwehrsituation zu bescheinigen und sie von jedem Vorwurf freizusprechen, aber es steht der herrschenden Klassenjustiz schlecht an, die Berechtigung des staatlichen Polizeiterrors immer aufs neue beweisen zu müssen.

Das geplante Polizeivollzugsgesetz sieht den Gebrauch der Schußwaffe auch gegen „bewaffnete Aufläufe" vor. Was darunter zu verstehen ist, haben unzählige Gerichtsverfahren bewiesen, in denen Demonstranten, die Fahnen oder Transparentstangen hielten, als Bewaffnete verurteilt wurden.

Der deutsche Richterstand beweist einmal mehr die Bereitschaft, noch die wildesten Unterdrückungsmaßnahmen des Staates gegen das Volk als rechtens abzusegnen und Gesetzesmaßnahmen dazu rauszufinden. Willigere Büttel kann sich die Ausbeuterklasse nicht wünschen.

Weniger Polizeibewerber

Die Zahl der Bewerber für den Polizeidienst in Hessen ist im vergangenen Jahr von 5 435 im Jahr 1974 auf 4 066 oder um 25 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist der Polizeiführung unverständlich, weil die Jugendarbeitslosigkeit weiter gewachsen ist und nirgends ein jugendlicher Schulabgänger von 16 bis 18 Jahren so viel verdienen kann wie ein Polizist in der Ausbildung, etwa 910 DM netto. Die Liebe zur Polizei unter der Jugend nimmt ab, je mehr Unterdrückung als deren Zweck erkannt wird. – (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Februar)

Papst als CIA-Agent

Im „Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels heißt es, daß sich alle alten Mächte zu einer heiligen Hetzjagd gegen das Gespenst des Kommunismus verbündet haben, wobei unter anderem auch der Papst aufgezählt wird. Diese Tatsache wurde jetzt durch eine Meldung in der italienischen Presse erneut bestätigt. Laut Geheimdokumenten aus Archiven der Vereinigten Staaten war Giovanni Montini, der gegenwärtige Papst Paul VI., Gesprächspartner amerikanischer Geheimdienste zwischen 1942 und 1950, zuerst des OSS (Office of Strategic Services), danach des CIA. – (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Januar)

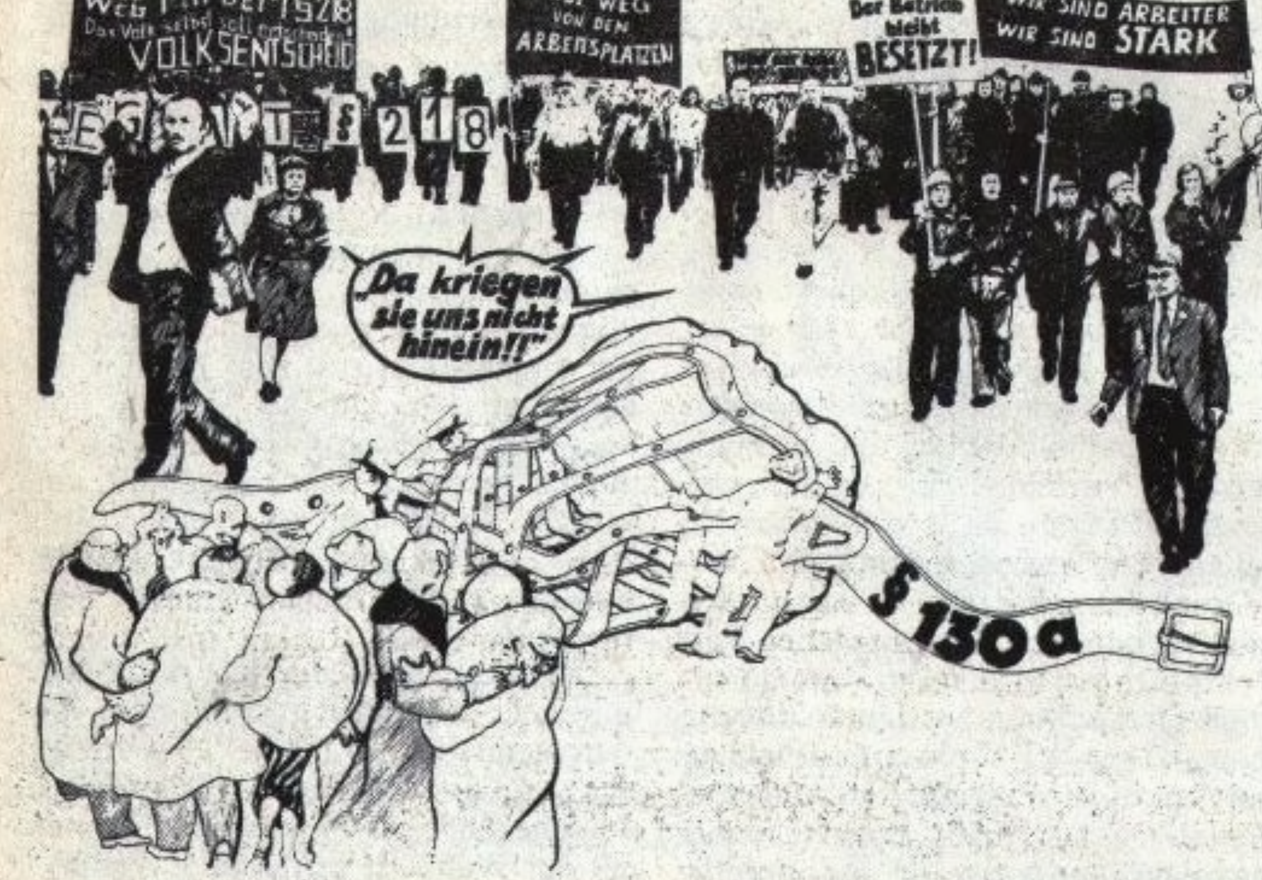
Gehälter der leitenden Angestellten stark gestiegen

Von Juli 1974 bis Juli 1975 stiegen die Gehälter der außertariflich bezahlten leitenden Angestellten in der Industrie um durchschnittlich 9,8 Prozent, was angesichts von Gehältern, die alle über 2 500 DM monatlich liegen dürften, selbst für den kleinsten „Leitenden" mindestens 250 DM mehr bedeutet. Im gleichen Zeitraum stiegen die Löhne der tariflich bezahlten Arbeiter und Angestellten nach Angaben der offiziellen Statistik um durchschnittlich 8,3 Prozent, was bei Bruttolöhnen um 1 500 DM gerade 125 DM bedeutet und einen realen Lohnverlust. Je tiefer die Krise wirkt, um so entschiedener achten die Kapitalisten darauf, ihr Aufsichtspersonal über die Arbeiter angemessen zu schmieren. (Nach Blick durch die Wirtschaft, 24. Januar)

Krise wirkt, um so entschiedener achten die Kapitalisten darauf, ihr Aufsichtspersonal über die Arbeiter angemessen zu schmieren. (Nach Blick durch die Wirtschaft, 24. Januar)

Verbotsmaßnahmen gegen die Kandidatur der Genossen

Verbotsmaßnahmen gegen die Kandidatur der Genossen Hildebrandt und Noth



In Absprache mit dem Justizministerium Baden-Württemberg wurde der Bezug der Kommunistischen Volkszeitung für die Gefangenen der Vollzugsanstalt Ludwigsburg verboten. Im Gefängnis von Ludwigsburg sitzt der Genosse Dietrich Hildebrandt in Haft, der in Stuttgart für den Kommunistischen Bund Westdeutschland zu den Landtagswahlen kandidiert. Ihm selbst wurde der Bezug der Kommunistischen Volkszeitung und von Drucksachen des KBW erlaubt unter der Bedingung, diese auch nicht mündlich weitergeben zu dürfen und nach einer Frist von drei Wochen zurückzuschikken. Der Antrag auf Urlaub, um auf Wahlveranstaltungen des KBW auftreten zu können, wurde ihm genauso wie dem Genossen Jochen Noth, der in Heidelberg kandidiert, abgelehnt.

Dem Genossen Hildebrandt wurde also gestattet, den Wahlkampf auf seiner Einzelzelle zu führen. Und allen Gefangenen wurde das Wahlrecht eingeschränkt auf die Wahl bürgerlicher Parteien, ein Informationsrecht über die Politik der Kommunisten ist ihnen genommen. Versucht die Reaktion, die Kommunisten im Wahlkampf mit Polizeieinsätzen von der Straße zu vertreiben, so zeigt sie dort, wo sie Menschen im Gefängnis unmittelbar in ihrer Gewalt hat, was sie will: die völlige politische Entrechtung.

Und dort nimmt sie vorweg, was sie gern durchsetzen möchte: das Verbot des Kommunismus. Hier wie dort kommt sie damit nicht durch. Weder kann sie die Kommunisten von der Straße vertreiben, noch gelingt ihr die Isolierung der Kommunisten, die sie in ihren Gefängnissen gefangen hält. Am Dienstag, dem 10. Februar, führten die Ortsgruppen Stuttgart, Ludwigsburg und Waiblingen eine Demonstration vor das Gefängnis in Ludwigsburg durch. Vor dem Gefängnis wurde eine Kundgebung gemacht, auf der der Genosse Ernst Kuttruf, Sekretär der Ortsgruppe Stuttgart des KBW und Ersatzkandidat für den Genossen Hildebrandt, eine Rede hielt. Gegen die Versuche der Polizei, die Kundgebung abzubrechen, erscholl von den etwa 100 Teilnehmern der Ruf: Freilassung von Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth! Nieder mit der Reaktion! Im Anschluß zog die Demonstration zurück in die Stadt bis zum Bahnhof, wo noch an viele Passanten die Erklärung zur Freilassung der Genossen und der Wahlaufruf des KBW verteilt wurde. Die Ortsleitung Stuttgart des KBW ruft für den Samstag, den 14. Februar, zu einer Kundgebung vor dem Justizministerium in Stuttgart auf.

Vollzugsanstalt Ludwigsburg
Verfügung vom 27. Januar 1976

Betr.: Strafgefangenen Dietrich Hildebrandt, geboren 31.12.1944

1) Der Gefangene wurde nach Mitteilung der Ortsgruppe Stuttgart des KBW als Landtagskandidat im Wahlkreis 4 Stuttgart aufgestellt.
2) Unter diesen Umständen wird nach Absprache mit der Aufsichtsbehörde bis auf weiteres unter den nachstehend genannten Bedingungen davon abgesehen, Druckerzeugnisse anzuhalten, die im Rahmen des Wahlkampfes für den Gefangenen von Interesse sind und nicht den Richtlinien über den Bezug von Zeitungen und Zeitschriften (AV des JM vom 5.12.1969, Die Justiz 1970 Seite 3) entsprechen.
3) Die Bedingungen sind
a) Die Druckschriften dienen ausschließlich der Information des Empfängers. Sie dürfen weder ganz noch teilweise innerhalb der Anstalt weitergegeben oder inhaltlich übermittel werden.
b) Sie sind nach einem angemessenen Zeitraum von längstens drei Wochen zu den Effekten oder zur Vernichtung abzugeben oder an den Absender zurückzusenden.
4) Jede Art von Wahlkampf innerhalb der Anstalt ist unzulässig.
5) Eingehende Drucksachen werden jeweils auf dem Titelblatt oben rechts mit dem Datumstempel versehen.
6) Abdruck an den Gefangenen **Empfangsbescheinigung mit dem Zusatz:** Ich verpflichte mich zur Einhaltung der vorstehenden Bedingungen:
7) Abdrucke an
a) Aufsichtsdienstleitung
b) Postüberwachung
c) Personalakten

Der Anstaltsleiter
(Scham)
Regierungsdirektor

Verfügung vom 27. Januar 1976

Betr.: Kommunistische Volkszeitung

1) Nach Ziffer 3 der AV des JM über den Bezug von Zeitungen und Zeitschriften durch Strafgefangene und Verwahrte vom 5. Dezember 1969, Die Justiz 1970 Seite 3 sind Zeitungen und Zeitschriften vom Bezug ausgeschlossen, „deren Inhalt gegen Strafgesetze verstößt oder die die Erreichung des Vollzugszieles, insbesondere die Wiedereingliederung, gefährden."
2) Die Kommunistische Volkszeitung bekämpft nach den bisherigen Erfahrungen die bestehende Rechtsordnung. Sie vertritt generell den Standpunkt, „dieser Staatsapparat" müsse „zerschlagen werden". Sie veröffentlicht laufend Kampfparolen und -strategien, die solche Tendenzen wecken und verstärken sollen. Sie rechtfertigt Straftaten, indem sie beispielsweise das Verhalten von wegen Landfriedensbruch rechtskräftig Verurteilten als notwendig und die Verurteilung als unrechtmäßig darstellt. Die Zeitung verfolgt also offensichtlich u.a. den Zweck, die Wiedereingliederung Straffälliger in eben diesen Rechtsstaat zu verhindern.
3) Die Kommunistische Volkszeitung wird deshalb bis auf weiteres nicht mehr zugelassen.
4) Dem Strafgefangenen Dietrich Hildebrandt wird für die Dauer seiner Kandidatur zur Landtagswahl 1976 die Zeitung aufgrund der heutigen Verfügung über die Überlassung von Drucksachen unter den dort genannten Bedingungen weiter ausgehändigt, soweit sich nicht spezielle Anhaltsgründe ergeben.
5) Den derzeitigen Beziehern der Zeitung zu eröffnen.

Der Anstaltsleiter
(Scham)
Regierungsdirektor

Unterschiedliche Krisenlasten

Handstrickgarne und Kurzwaren zählen seit 1974 zu den „Rennern" im Sortiment. Das teilte der Gesamtverband des Deutschen Textilgroßhandels kürzlich mit und erklärt es mit der wachsenden Beliebtheit von „selber nähen und stricken".

Ebenfalls einen Boom erlebt derzeit der deutsche Markt für Saunabauten. In den letzten vier Jahren ist die Zahl der privaten Sauna-Eigentümer von 25 000 auf 80 000 gestiegen.

Für den Boom in Garn und Kurzwaren sind die gesunkenen Löhne verantwortlich und der Zwang für die Arbeiterfamilien, an der Kleidung zu sparen. Der Boom in Saunas ist Ergebnis der wachsenden Masse flüssigen Geldes in den Händen der reichen Ausbeuter, was deren Hang zum Wohlleben treibhausmäßig fördert und Saunas nötig macht, um das Fett wieder abzuschwitzen. Es sind sehr unterschiedliche Opfer, die in der Krise „von uns allen" verlangt werden. (Blick durch die Wirtschaft, 23. Januar und 2. Februar)

Steigerung des Kapitalexports

Die langfristigen Kapitalexporte der westdeutschen Imperialisten ins Ausland sind 1975 auf die Rekordhöhe von 16,8 Milliarden DM gestiegen. Damit lagen sie fast dreimal so hoch wie 1974, wo für 6,3 Milliarden DM Kapital ins Ausland gebracht wurde. Die westdeutschen Imperialisten nutzen Krise und Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, um neue Arbeiterheere im Ausland ihrem Kommando zu unterwerfen. – (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Februar)

ZANU-Spendenkonto
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683/266

Regierungswechsel in Niedersachsen

Die Bourgeoisie bestellt einen neuen Geschäftsführer

SPD und FDP haben für ihren Ministerpräsidentenkandidaten im niedersächsischen Landtag erneut keine Mehrheit bekommen. Zwei Abgeordnete der bisherigen Koalition wählten in geheimer Abstimmung den CDU-Politiker Albrecht, ein Koalitionsabgeordneter gab eine ungültige Stimme ab. Albrecht kann nach diesem dritten Wahlgang jetzt eine Regierung bilden, ohne seine Minister in offener Abstimmung bestätigen lassen zu müssen. Die drei übergelaufenen Koalitionsabgeordneten können sich weiterhin verborgen halten.

„Mit der Entscheidung in Hannover sei dem Parlamentarismus und dem Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen ein schwerer Schlag versetzt worden", erklärte der SPD-Vorsitzende Brandt. Denn: „Die im Zwielicht gebildeten Mehrheiten verfälschen im nachhinein den Wählerwillen, der sich auf die von SPD und FDP vor der Landtagswahl 1974 angekündigte Koalition bezogen habe. Die SPD/FDP-Koalition habe damals den Regierungsauftrag von den Bürgern erhalten." (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Februar) Ebenso der Kommunistische Bund (Nord): Die „CDU-Reaktion (versucht) erneut, die Wahlergebnisse zu **verfälschen** durch parlamentarische Mafia-Methoden", heißt es in einem Flugblatt, und von „Schiebung" ist die Rede. Die „Stuttgarter Zeitung" sorgt sich angesichts des „beängstigenden Ausmaßes und der Unberechenbarkeit ... aller Spielarten von politischer Lumperei" um „unser demokratisches System", in dem „Bruchstellen" zutage getreten seien, „die einen angst und bange machen können".

Angst und bange wird den bürgerlichen Kommentatoren, wenn sie sich überlegen, wie der Vorgang dieses Regieruungswechsels aufs Volk wirken mag. Die mühsam gehegte Illusion, das Volk könne seinen Willen über Wahlen und Parlamente zur Geltung bringen, ist kräftig angekratzt worden. Das muß man begrüßen, denn Illusionen sind schädlich für die Arbeiterklasse und das Volk. Sie erleichtern es den reichen Ausbeutern, das Volk zu unterdrükken.

Es besteht darum überhaupt kein Anlaß, mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und der SPD-Spitze über Verfälschung des Wählerwillens zu jammern und damit die Illusion der Volksherrschaft mittels Parlament und Wahlen und bei ungeschmälertem Fortbestand der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegen die offenkundig gewordene schmierige Wirklichkeit zu verteidigen. Die Wirklichkeit ist, daß über bürgerliche Regierungen nicht vom Volk entschieden wird und in der bürgerlichen Republik nicht der Wille des Volkes herrscht, sondern die Regierungen hinter den Kulissen gemacht und aus den Kulissen gelenkt werden.

Die CDU und die Presse, die sie unterstützt, feiern die Wahl Albrechts nicht als Schlag gegen, sondern als Sieg für die Demokratie. „Regierungswechsel gehören zur Demokratie. Der Sturz der SPD in Hannover ist ein urdemokratischer Vorgang", verkündet die „Bild"-Zeitung. Sie läßt damit mehr von der Wahrheit über die bürgerliche Demokratie heraus als Willy Brandt, der Kommunistische Bund (Nord) und die sozialliberale Presse zusammen: Denn gerade so wie in Hannover der Regierungswechsel ablief, ist diese Demokratie. Was dort stattfand, war nicht ihre Verzerrung und Verfälschung, sondern ein Stück Selbstenthüllung ihres Wesens.

Ein Mann wird gemacht

Der „urdemokratische Vorgang" in Hannover begann vor sechs Jahren. Damals hat eine niedersächsische Kapitalistenclique Albrecht ausgewählt und dafür gesorgt, daß er bei der CDU als Ministerkandidat untergebracht wurde. Der „Spiegel" beschreibt das so: Der CDU-Landeschef Hasselmann habe damals „Ausschau nach jemandem (gehalten), den er zu seinem Wirtschaftsminister machen konnte. Ein Lobbyist aus der Chefetage der hannoverschen Keks-Fabrik Bahlsen nannte einen Unbekannten: Albrecht." (Nr. 4/1976) Für die Übergangszeit wurde Albrecht mit einem Managerposten bei der Firma Bahlsen versorgt. Dort konnte er als Keks-Verkäufer üben, einen guten Eindruck zu machen und „anzukommen".

Der Mann ist von seiner Kapitalistenclique geradeso aufgebaut worden wie das in den USA mit hoffnungsvollen Boxern geschieht oder hier mit Fußballvereinen. In Albrecht ist investiert worden zwecks Volksbetrug, er muß sein Geld bringen. So ist es sehr wahrscheinlich, daß die Leute, die in ihn schon investiert hatten, jetzt noch einmal zugelegt haben, um ihm im Landtag den Weg frei zu machen und möglicherweise insgesamt in der Bundesrepublik eine Verschiebung in den Koalitionen zwischen den bürgerlichen Parteien einzuleiten.

„In der demokratischen Republik", hatte Friedrich Engels geschrieben, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption ..., andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden." Bis auf die Ersetzung der Wichtigkeit der Börse durch eine Handvoll großer Banken ist diese Beschreibung nach wie vor aktuell. Und der Regierungswechsel in Hannover hat deutlich gemacht, daß der Reichtum bei der indirekten Form seiner Machtausübung keineswegs wählerischer geworden ist in seinen Mitteln und die direkte Beamtenkorruption nach wie vor nicht verschmäht.

Einladung zur Korruption

Um die Wirksamkeit dieses Mittels zu steigern und zu verhindern, daß das Volk sich störend beim Aufkauf von Abgeordneten und beim Spiel mit den Koalitionen einmischen kann, hat die bürgerliche Klasse eigens im Grundgesetz Vorsorge getroffen mit dem Artikel 38, in dem es heißt, daß der Abgeordnete nur seinem Gewissen verantwortlich sei und nicht etwa seinen Wählern. Dieser Artikel 38 ist eine direkte Aufforderung zur aktiven Bestechung an die Bourgeoisie, und er hilft den Abgeordneten bei der passiven Bestechung ein ruhiges Gewissen zu haben, weil nur geringe Sorge um Entdeckung sie drückt.

An diesen Grundsätzen will auch der SPD-Vorsitzende Brandt nicht rütteln. Nachdem er laut über Verletzung des Wählerwillens und Betrug geklagt hat, erklärt er im selben Atemzug: Das Ergebnis des Betrugs müsse man respektieren, gewählt sei gewählt. Seit wann gehört es aber zu den demokratischen Grundsätzen, daß das Volk Betrug zu respektieren habe? Das gehört zu den politischen Grundsätzen der bürgerlichen Klasse, die Brandt sich vollständig zu eigen gemacht hat. Und so wissen dann bei aller Heftigkeit der gegenseitigen Vorwürfe die führenden Männer der SPD genau, was von ihren Vorwürfen bezüglich der Verletzung des Wählerwillens zu halten ist. Nichts! Wir dienen allesamt den gleichen Herren, sagte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Kreibohm am Abend nach der Wahl Albrechts, und trank mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hasselmann Duzbrüderschaft. (Frankfurter Rundschau, 9. Februar)

Heimlichkeit vor dem Volk ein Regierungserfordernis

Beim Regierungswechsel in Niedersachsen mußte die Bourgeoisie das Problem lösen, trotz Existenz des allgemeinen Wahlrechts, das die Arbeiterklasse ihr abgezwungen hat und wodurch sie formell den Anspruch des Volkes auf Demokratie anerkennen mußte, eine neue Koalition ganz nach ihrem Willen zustandezubringen und ihre Geschäftsführer auszuwechseln, wobei man dem abgehalfterten Personal der Bourgeoisie aus der SPD-Führung wirklich keine Träne nachweinen muß. Dieses Manöver ließ sich nur durchführen, indem die Abgeordneten nicht nur gewissensfrei auf ihre Wähler pfeifen durften, sondern auch den Schutz der Heimlichkeit vor dem Volk erhielten. Früher ließen sich die Erzbischöfe, die den Papst zu wählen hatten, sogar einmauern, damit niemand mit ansehen konnte, wie sie bei der Gelegenheit um Pfründe schachern. Die „Süddeutsche Zeitung" hält das auch in der bürgerlichen Republik für geboten: „Alle Überlegungen, solche Abstimmungen nur noch offen über die politische Bühne gehen zu lassen, führen allerdings in die Irre", warnt das Blatt. Die Abgeordneten könnten unter „Druck" geraten und das hindert ihre Beweglichkeit. Jeder andere Einfluß als der des stille wirkenden Geldes ist der bürgerlichen Republik abträglich.

Die bürgerliche Klasse ist sich sicher, daß ihr neuer Geschäftsführer in Niedersachsen nicht vergißt, von wem er gemacht worden ist und worin sein Auftrag besteht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" erinnert daran, daß Albrecht schon „vor einigen Jahren voraussagte, eines Tages würden die ‚klassischen' Fragen nach dem Sinn und den Möglichkeiten von Freiheit und Eigentum in der Bundesrepublik neu gestellt. In dieser Diskussion wolle er dabei sein." (9. Februar) Dabei sein möglichst als Ministerpräsident, mit dem Staatsapparat einschließlich Polizei im Rücken: Dann diskutiert es sich besser.

Werner Bahlsen, Mitinhaber der Bahlsen-Keksfabrik, gab seinem Angestellten Albrecht den Spruch auf den Weg: „Ich bedaure zwar, daß unser Haus einen so fähigen Finanzexperten verliert, doch freue ich mich andererseits, an der Spitze unseres Landes als Ministerpräsidenten einen so erfahrenen Wirtschaftspraktiker in Zukunft zu sehen." (Die Welt, 10. Februar) So spricht ein Mann, der in dem zufriedenen Bewußtsein lebt, daß seine Investitionen sich gelohnt haben. – (wm)

„Orientierungsdaten"

Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen

Mrd. Mark 78 87 96 99 98 118 124 141 148 160 165 166

59 Mrd. Mark 64 71 75 78 88 100 113 127 146 156 162

Die Kapitalisten haben jedes Jahr mehr verprasst und weniger investiert

1963 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74

Der „Spiegel" veröffentlichte, wieviel die Kapitalisten nach offiziellen Statistik an Profiten machen und wie sie mit jedem Jahr weniger investieren (schmales schwarzes Band) und mehr verprassen (graues Feld).

Was übrig bleibt

von einer Lohn- oder Gehaltserhöhung um 5,5%

Mark 165 138 110 83 55

22,93 21,55 33,40 31,67 45,47 26,14 50,71 22,42

Netto in DM

Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung¹)

Rentenversicherung

Kirchensteuer²)

Lohnsteuer

rechte Säule: ledig

linke Säule: verh., 2 Kinder

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung errechnete, was von einer 5,5-Prozent-Lohnerhöhung netto übrig bleibt, am Beispiel von Bruttogehältern von Ledigen und Verheirateten mit zwei Kindern. Bei einem Lohn von 1 500 Mark kämen 83 DM brutto raus, von denen nur 33,40 DM bei Verheirateten und 31,67 DM bei Ledigen

und Parlamente zur Geltung bringen, ist kräftig angekratzt worden. Das muß man begrüßen, denn Illusionen sind schädlich für die Arbeiterklasse und das Volk. Sie erleichtern es den reichen Ausbeutern, das Volk zu unterdrükken.

Es besteht darum überhaupt kein Anlaß, mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und der SPD-Spitze über Verfälschung des Wählerwillens zu jammern und damit die Illusion der Volksherrschaft mittels Parlament und Wahlen und bei ungeschmälertem Fortbestand der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegen die offenkundig gewordene schmierige Wirklichkeit zu verteidigen. Die Wirklichkeit ist, daß über bürgerliche Regierungen nicht vom

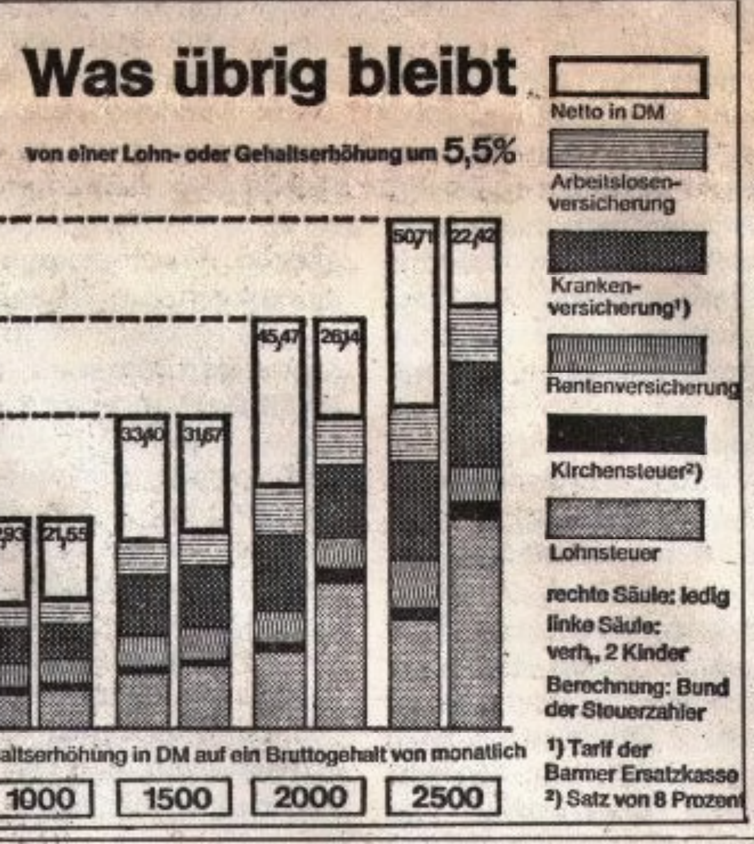
wahrscheinlich, daß die Leute, die in ihn schon investiert hatten, jetzt noch einmal zugelegt haben, um ihm im Landtag den Weg frei zu machen und möglicherweise insgesamt in der Bundesrepublik eine Verschiebung in den Koalitionen zwischen den bürgerlichen Parteien einzuleiten.

„In der demokratischen Republik", hatte Friedrich Engels geschrieben, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption ..., andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Pro-

sagte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Kreibohm am Abend nach der Wahl Albrechts, und trank mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hasselmann Duzbrüderschaft. (Frankfurter Rundschau, 9. Februar)

Heimlichkeit vor dem Volk ein Regierungserfordernis

Beim Regierungswechsel in Niedersachsen mußte die Bourgeoisie das Problem lösen, trotz Existenz des allgemeinen Wahlrechts, das die Arbeiterklasse ihr abgezwungen hat und wodurch sie formell den Anspruch des Volkes auf Demokratie anerkennen mußte, eine neue Koalition ganz nach ihrem Willen zustandezubringen und



Die Frankfurter Allgemeine Zeitung errechnete, was von einer 5,5-Prozent-Lohnerhöhung netto übrig bleibt, am Beispiel von Bruttogehältern von Ledigen und Verheirateten mit zwei Kindern. Bei einem Lohn von 1 500 Mark kämen 83 DM brutto raus, von denen nur 33,40 DM bei Verheirateten und 31,67 DM bei Ledigen netto übrig blieben – nicht Inflationsausgleich, sondern realer Lohnabbau.

Genscher in Portugal, Leber in der Türkei: Handlungsreisende im Dienste des Finanzkapitals

Im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte entfaltet der BRD-Imperialismus eine immer regere Aktivität. Dauernd sind die Regierungspolitiker unterwegs. In welchen Angelegenheiten? In wessen Interesse?

„Die Türkei sei der Ansicht, daß Westeuropa, ‚das heißt im wesentlichen die Bundesrepublik', in dieser Lage helfen müßte, sagte Leber", berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am Donnerstag, dem 7. Februar. Die „Lage" ist das vom US-amerikanischen Kongreß beschlossene Rüstungsembargo gegen die Türkei. Der US-Kongreß hat dieses Embargo beschlossen, um auf die Türkei Druck auszuüben, damit es dem US-Imperialismus in der Zypern-Frage gefügiger sein soll. Der US-Kongreß hat nicht mit dem Willen der Türkei gerechnet, sich dem Druck der USA zu widersetzen. Die Türkei hat mit der Kündigung von Verträgen für US-Stützpunkte in der Türkei geantwortet.

Die „Lage" schafft also glänzende Ausgangsbedingungen für den BRD-Imperialismus, um als Vermittler zwischen den USA und der Türkei aufzutreten und gleichzeitig den eigenen Einfluß in der Türkei zu stärken. Als was sich die Bundesrepublik versteht und als was sie anerkannt werden will, läßt Leber klar heraus: als Führungsmacht Westeuropas. Westeuropa, „das heißt im wesentlichen die Bundesrepublik". Im Stil einer Hegemonialmacht in Europa tritt der BRD-Imperialismus auf und macht seine Geschäfte. Dieser Anspruch kleidet sich in wohlmeinende Kritik an der Politik der USA und in die Verteidigung der Würde der Türkei. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" vom 4. Februar nennt Leber die Politik der US-Senatoren „dumm und gefährlich". „Offenbar wüßten in Washington einige Politiker, ‚die nicht über Pennsylvanien hinauszublicken vermögen', wohl gar nicht, daß bei der Verfolgung ‚einer solch törichten Politik' auch für die USA viel auf dem Spiel steht." Der Juniorpartner wird bereits ziemlich mausig. Natürlich nur im Interesse der Türkei: „Die Türkei muß sich mit Recht in ihrer Würde verletzt und gekränkt fühlen." Und um nichts als die Würde der Türkei geht es denn auch, wenn die Bundesrepublik die Türkei durch weitere Militärhilfeabkommen an sich bindet und sie als Käufer westdeutscher Waffen gewinnt. „Wir sagen, was wir haben, und sie sagen, was sie wollen", erläuterte der Minister der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Für die Türkei läuft der Handel natürlich nur auf den Austausch der einen Abhängigkeit gegen die andere Abhängigkeit hinaus. Nach dem politischen Großvertreter des westdeutschen Finanzkapitals, der „sagt, was er hat", treten dann die kleineren Vertreter an und regeln den Preis. Über die Zahlungsbedingungen und die Kredite für die 50 Leopard-Panzer, eine Anzahl Kanonenpanzer Marder und anderes Gerät müsse noch Einvernehmen herbeigeführt werden, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Westdeutsche Panzer in die Türkei bringen nicht nur Geld. Sie bringen Einfluß, und sie sichern in der Türkei einen Markt, eine Kapitalanlagesphäre und ein großes Arbeitskräftepotential. Für über 2 Milliarden Mark exportiert die BRD jährlich Waren in die Türkei, über 3 Milliarden Mark hat sie in Krediten und Investitionen dort angelegt, und 550 000 türkische Arbeiter werden gegenwärtig ausgebeutet in der BRD.

Fast gleichzeitig wie Leber in der Türkei trieb sich der Außenminister Genscher am anderen Ende der NATO-Südflanke herum. Auch hier in Portugal gab sich der Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals großzügig. Er brachte einen Kredit von 250 Millionen Dollar mit, der vorher zwischen den Notenbanken der beiden Länder ausgehandelt worden war. Der Kredit geht über sieben Monate und kann zweimal um jeweils sechs Monate verlängert werden. Garantieren muß die Notenbank von Portugal für diesen Kredit mit hartem Gold, was so ziemlich das einzige ist, was die Imperialisten Portugal noch nicht aus der Nase gezogen hatten. Um kreditfähig für die Imperialisten zu werden – wenige Tage vorher hatten die USA einen Kredit von 200 Millionen Dollar gegeben, und fast gleichzeitig gab die Schweizer Notenbank einen Kredit von 50 Millionen Dollar – mußte die portugiesische Regierung erst ihren Willen unter Beweis stellen, die Arbeiterbewegung zurückzuschlagen und die demokratische Bewegung zu brechen. Dies hat sie mit dem Putsch vom 25. November, mit der Verhaftung von revolutionären Offizieren und Soldaten sowie mit der Freilassung von zahlreichen Geheimdienstagenten des faschistischen Regimes bereits getan. Den Imperialisten reicht das noch nicht. Sie wollen eine feste Garantie dafür, daß Portugal darauf verzichten wird, sich von der Ausbeutung durch das imperialistische Kapital zu befreien. Einen solchen Pakt wollte Genscher durch seinen Besuch greifbar machen. Durch die zunehmenden Kreditfesseln, mit denen die Imperialisten das Land überziehen, haben sie auch die ökonomischen Druckmittel in der Hand, um diese Politik der vollständigen Öffnung und Auslieferung des Landes an das imperialistische Kapital durchzusetzen. Vorausgesetzt, das portugiesische Volk macht ihnen unter Führung der Arbeiterklasse nicht einen Strich durch die Rechnung.

Auch Genscher ist in Portugal mit der Selbstsicherheit der führenden imperialistischen Macht in Westeuropa aufgetreten. Wohlgefällig vermerkt er gegenüber seinem Kollegen: „Portugal ist ein Freund meines Landes durch eine lange Geschichte hindurch. Ihr Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1975, Herr Minister, war daher eine besondere Genugtuung. Denn es war der erste Besuch, den Sie als Außenminister des neuen Portugal einem Lande der Europäischen Gemeinschaft abstatteten. Nichts konnte die Verbundenheit unserer beiden Völker sinnfälliger ausdrücken, nichts ihre Entschlossenheit, die Freundschaft in der neuen Periode der portugiesischen Geschichte nicht nur fortzuführen, sondern entsprechend den neuen Möglichkeiten auszubauen." Pfeifendeckel. Schöne „Freunschaft der Völker". Gemeint ist, daß das 1974 gestürzte faschistsiche Regime sich nur dadurch über Wasser halten konnte, daß es das Land den Imperialisten auslieferte und das Land dem ausländischen Kapital öffnete. Die heruntergedrückten Bauern Portugals hat dieses Regime ins Ausland getrieben, damit sie dort in den Fabriken der Imperialisten an der Seite der einheimischen Arbeiter den Profit produzieren, den die Imperialisten nutzen, um sich in der ganzen Welt als Ausbeuter herumzutreiben. Noch besser als bisher wollen sie sich in Portugal jetzt tummeln können.

Wenn die westdeutschen Kapitalisten einem Volk besonders übel ans Leder wollen, dann trieft der Mund ihrer Politiker nur so über von Phrasen. Je entwickelter die Situation des Klassenkampfes in einem Land ist, desto mehr bildet die Demokratie den Kehrreim all dieser Phrasen. Gemeint ist damit, daß die Arbeiterklasse auf jeden Fall daran gehindert werden müsse, das Volk zur Revolution zu führen auf dem Weg zur Befreiung. „Herr Minister", sagte Genscher seinem Kollegen in einer Tischrede, „Ihr Land hat sich das große Ziel gesetzt, ein demokratisches, wirtschaftlich und sozial stabiles Portugal aufzubauen. Sie sollen wissen, daß Sie dabei auf die Bundesrepublik Deutschland rechnen können." Die portugiesische Regierung kann mit der Hilfe der BRD-Regierung rechnen, wenn es gegen das Volk und die Arbeiter geht. Das westdeutsche Kapital rechnet mit Extraprofiten, Zins und Zinseszinsen. Um die zu sichern, Druck zu machen und neue Raubzüge vorzubereiten, treiben sich die Regierungspolitiker in allen Winkeln der Welt und erst recht in Europa und seiner nächsten Umgebung herum. – (g.s.)

Interview mit einem Streikführer von Conti

Nicht an der Kampfbereitschaft der Arbeiter mangelt es, sondern an bewußter Führung

Hannover. Von Freitag, dem 30. Januar, bis Mittwoch letzter Woche streikten bei Conti-Hannover große Teile der Belegschaft gegen Lohnkürzungen. Im Werk Vahrenwald hatten am Dienstag 1000 die Arbeit niedergelegt, im Werk Stöcken schlossen sich Dienstagmorgen die Reifenwickler an. Der Streik richtete sich gegen die Betriebsvereinbarung vom 29.1., durch die der Lohn der Dreischichtarbeiter durchschnittlich um 300 DM gekürzt wird, wenn die Folgen für das Weihnachtsgeld usw. mitgerechnet werden. Die betriebliche 3-Schichtzulage wird um die Hälfte gekürzt. Eine halbe Stunde, die zu den acht Stunden tatsächlicher Arbeitszeit zusätzlich verrechnet werden konnte, wenn eine entsprechende Mehrleistung gebracht wurde, wird ebenfalls gestrichen. Die Mehrleistung aber soll weiter gebracht werden. Mit der Aussperrung der bestreikten Abteilungen, mit 12 fristlosen Entlassungen, darunter gewählte Sprecher der Streikenden, mit der Drohung mit Schadenersatzklage und mit der Räumung des Werks durch die Polizei ging der Konzernvorstand gegen den Streik vor. Ohne Ergebnis wurde am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen.

Wie sich im Streik die Einheit gegen die Kapitalisten entwickelte, und aus welchen Gründen der Streik nicht weitergeführt wurde, darüber bringen wir Auszüge aus einem Interview mit einem Conti-Arbeiter, der wegen des Streiks fristlos entlassen wurde.



An der Reifenpresse im Conti-Werk

Wie fing der Streik am Freitag an?

Man kann sich vorstellen, was das für eine Wut war über die Lohnkürzung. Daß es dann wirklich zum Streik kam, liegt daran, daß die Kollegen schon lange über die Maßnahmen des Vorstandes diskutiert hatten. Sie wußten, was kam, weil der Vorstand nach der Salamitaktik vorging. Für uns fing die Sache schon am Donerstag an. Wir wußten zwar, unser Betriebsrat verhandelt noch, aber wir wußten auch, worauf der Vorstand hinauswollte. Und da wir unseren Betriebsrat kennen, wußten wir auch, daß der Vorstand sich durchsetzen würde, von unserem Betriebsrat ist ja nichts anderes zu erwarten. Da haben wir uns geeinigt: Morgen um acht Uhr schmeißen wir die Brocken hin!

Von einer Arbeitsgruppe nach der anderen kam die Meldung: alles klar! Was dann noch zu tun blieb: die Frühschicht informierte die Spätschicht, die Spätschicht informierte die Nachtschicht. Alles stand hundertprozentig.

Und tatsächlich, Freitag morgen Punkt acht Uhr ging die ganze Auto 2 in die Kantine, alle 50 Reifenheizer und Reifenschnippler. Zur Frühstückspause um neun kamen unheimlich viele Menschen in die Kantine. Die Kantine blieb voll, andere Abteilungen solidarisierten sich, z.B. auch die Frauen aus dem Auto-Bereich, es waren 800 bis 1000 da.

Gegen 11 kamen sie dann: Lohauß mit seinem Gehilfen Strüber für den Vorstand, der Betriebsratsvorsitzende Bartilla, der Gewerkschaftssekretär Schlesies für die IG Chemie.

Als erster sprach Bartilla. In seiner Rede wollte er den Anschein erwecken, als ob diese Kantinenversammlung nichts anderes sei als eine Solidaritätskundgebung mit dem Betriebsrat, als ob die Verhandlungen noch im Gange seien. Und er forderte uns auf, wieder an die Arbeit zu gehen, laut Betriebsverfassungsgesetz könne der Betriebsrat diesen Streik nicht unterstützen.

Eine peinliche Situation für den Betriebsrat

Da passierte etwas ungeheuer „Peinliches": Lohauß unterbrach ihn und brachte ihm in Erinnerung, daß Bartilla persönlich 24 Stunden vorher schon alles selbst unterschrieben habe. Da kam es zu Tumulten, Kollegen schrien: „Abtreten, neuer Betriebsrat her!" und: „Und das, ohne uns Vertrauensleute zu informieren!" Am Tag, wo der Betriebsrat tagte, hätte normalerweise die monatliche Vertrauensleutesitzung stattfinden müssen.

Nun meinten einige Kollegen, die Betriebsvereinbarung sei ungültig, weil die Vertrauensleute
nicht informiert seien. Darauf Lohauß: „Das in-
nicht informiert seien. Darauf Lohauß: „Das interessiert mich nicht, die Unterschrift des Betriebsrates ist bindend!"

Jetzt sprach der Gewerkschaftssekretär Schlesies: er habe sich schon immer gegen solche Betriebsvereinbarungen, um die es jetzt wieder gehe, gewandt. Er habe diese Situation kommen sehen: weniger Geld und mehr Arbeit. Aber die Rechtslage sei so, daß die Gewerkschaft hier nicht eingreifen könne, weil sie sonst den Ausfall zahlen müßte, und darüber würde sich nur der Unternehmer freuen. Dann hat er nur noch Phrasen geredet: „Wir, die Organisation ...", der Unmut in der Kantine wurde immer größer.

Ein Kollege unterbrach ihn: „Schluß jetzt! Ich will nur noch eine klare Antwort auf eine klare Frage haben: Seid ihr als Gewerkschafter bereit, uns in unserem Kampf zu unterstützen?" Schlesies: „Aber selbstverständlich, Kollege!" Der Kollege bohrte weiter: „Auch bis zum letzten Tropfen?" Schlesies: „Ja, auch."

Unsere Forderung: die Betriebsvereinbarung muß in allen 5 Punkten für null und nichtig erklärt werden (außer den erwähnten Punkten gehört dazu auch die Vereinbarung, daß am 30.4., 24.12. und 31.12. das Werk dicht gemacht werde, was entweder durch Tarifurlaub oder durch Vorholen abgegolten werden müsse).

Ihr Profit ist nicht unsere Sache

Ein Kollege begründete unsere Forderung so: „Der Profit ist ihre Sache, unsere Sache ist, unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Unter dieser Voraussetzung haben wir hier begonnen. Und deshalb ist es recht und billig, keinen Pfennig zurückzustecken und dafür auch zu kämpfen." Ein anderer Kollege forderte Lohauß auf, doch mal mit in die Nachtschicht zu kommen.

Wie stark erwies sich bei dem Streik die Vorstandspropaganda, der Wettbewerb erzwinge nun mal den Lohnabbau?

Es hat sich gezeigt, daß die überhaupt nicht ankommt. Plötzlich, am Freitag, als der Lohauß in der Kantine war, da standen Kollegen auf, die teilweise noch nie etwas gesagt hatten: „Was schert mich Euer Wettbewerb? Der dient Euch doch nur dazu, mehr Gewinne zu machen! Und mich interessiert, was ich in der Tasche habe!" Ein anderer: „Wenn Ihr den Betrieb schließen wollt, dann schließt Ihr ihn, darauf haben wir sowieso keinen Einfluß!" Ein Reifenwickler: „Herr Lohauß, **wir** haben dieses Werk aus Schutt und Asche entstehen lassen, und sie wollen jetzt die Früchte ernten!" Ein anderer: „In der Konjunktur wurde behauptet, es würden Rücklagen gemacht für die Zeiten der Krise, für uns – sie wurden aber dafür verwandt, um den Herren Aktionären Gratisaktien zu verschaffen!" Ein anderer: „Ihr habt immer angenommen, weil Ihr schon jahrelang mit der Angst um den Arbeitsplatz hausieren geht, daß wir so eingeschüchtert sind, daß wir auch zu dieser Schweinerei stillhalten. Hier ist der Beweis: Sehen Sie sich diese Menschen hier an, ob sie Angst haben!"

Die Illusion „Wir sind alle gleich", die ja in vielen Köpfen noch rumspukte, ist in diesem Kampf kaputt gegangen. Da sagte plötzlich ein Kollege, der bisher sehr wenig gesagt hatte: „Uns wollte man einreden, alle sind gleich, und daß es nur in Chile und Spanien anders ist. Ist es aber dort anders als hier, wo eine Handvoll Menschen über die anderen herrschen, wo die uns jeden Tag einfach frech den Lohn kürzen und zu noch mehr Arbeit antreiben können? Ist das nicht auch Diktatur in übelster Weise?" So wurde in meiner ganzen Arbeitsgruppe diskutiert! Plötzlich war eine ungeheure Offenheit in der Diskussion da.

Jetzt ist keiner mehr aufgestanden und hat gesagt: keine kommunistische Propaganda hier, wir leben doch in einer Demokratie! Und als einer sagte, er wolle hier keine Politik hören, antwortete ein anderer Kollege: „Aber das, was wir hier
machen, das ist doch längst Politik!" Es gab am
tete ein anderer Kollege: „Aber das, was wir hier
machen, das ist doch längst Politik!" Es gab am Anfang einzelne Kollegen, die sagten: Wir müssen uns auf alles gefaßt machen, auf Aussperrungen, auf fristlose Kündigungen, auf die Polizei. Da haben andere gesagt: Nun mach mal halblang, so etwas ist doch in unserem Staat gar nicht möglich. Aber da kamen die Aussperrungen und die Entlassungen, und fast kam auch die Polizei. Da sind einigen die Augen aufgegangen.

Eine revolutionäre Organisation hätte im Betrieb sein müssen

Da hätte in den Abteilungen eine revolutionäre Organisation da sein müssen, allerdings eine, die für Kollegen glaubhaft ist! Dazu ist die Voraussetzung, daß die Kommunisten in allen Einzelheiten korrekt informieren, was von Euren Flugblättern während des Streiks nicht immer behauptet werden konnte.

Welche Rolle spielte die DKP bei diesem Streik?

Die DKP hat ungeheuer viel Papier produziert, auf dem viele Halbwahrheiten und auch ausgesprochene Falschmeldungen zu lesen waren. Vor allem aber versuchte sie verzweifelt, jede Kritik am Verhalten des Betriebsrates zu unterdrücken.

Korrekterweise muß aber auch gesagt werden, daß die DKP-Mitglieder im Werk während des Streiks eine klare Haltung einnahmen und im Gegensatz zu ihrer Partei voll auf der Seite der Kollegen standen, ohne ein Komma zu verändern. An diesem Widerspruch in der DKP ist ja auch ihre falsche Politik zu erkennen."

Am Freitag wurde dann auf Vorschlag von Lohauß eine Delegation der Streikenden gewählt, um weiter zu verhandeln. Die Streikenden gingen wieder an die Arbeit zurück. Nach über zweieinhalb Stunden kam die Delegation zurück und berichtete, die ganze ‚Verhandlung' sei nur eine Veralberung gewesen, man habe ihnen weismachen wollen, in Wahrheit handle es sich doch nur um einen Lohnverlust von 25 DM. Bis zum 16.2. könne man die Streichung der halben Leistungsstunde noch einmal aussetzen und die Angelegenheit mit dem Gesamtbetriebsrat noch einmal verhandeln."

Weiter berichtet der Arbeiter im Interview:

„Am Montag wurde die Unruhe von Stunde zu Stunde größer und um halb elf war's dann soweit: „Scheiße, Schluß, sind wir verrückt!" und die Brocken flogen hin. Ganze Abteilungen kamen organisiert in die Kantine. Etwa 1000 Kollegen, der Streik hatte sich noch weiter ausgedehnt. Auch die Spätschicht und die Nachtschicht streikten voll.

In dieser Nachtschicht versuchte der Vorstand zum ersten Mal, einen der gewählten Sprecher aus dem Werk zu schaffen. Die Betriebsfeuerwehr erschien in der Kantine und fragte: „Wo ist der Kollege Predatsch?"

Die Kollegen, die vorher gewarnt worden waren, fragten zurück: „Ja, wo is'er wohl?" Die Kollegen stellten schließlich klar: „Wenn ihr den rausholt, kommen wir alle mit raus!" Daraufhin trat die Werksfeuerwehr unverrichteter Dinge den Rückzug an.

Die Nachtschicht verabschiedete noch einstimmig eine Resolution, die zeigt, wie es um das Ansehen des Betriebsrates bei den Kollegen steht. Sie lautete etwa: „Der Betriebsrat, der für diese Situation durch seine Unterschrift mit verantwortlich ist, wird aufgefordert, dies Ergebnis zu revidieren. Wir sehen keine andere Möglichkeit, ein Vertrauensverhältnis zwischen Belegschaft und Betriebsrat wiederherzustellen. Kollegen, Fehler einzugestehen ist keine Schande. Das einzige, was gilt, ist das Vertrauensverhältnis zwischen Euch und uns. In solidarischer Verbundenheit – die Kollegen der Nachtschicht."

Auch die Frühschicht am Dienstag billigte einstimmig diese Resolution. Trotz der ungeheuren Wut auf den Betriebsrat waren wir immer noch bereit, ihm die Hand zu reichen.

bereit, ihm die Hand zu reichen.

Entlassungsdrohung und Aussperrung

Am Dienstagvormittag kam das Ultimatum des Vorstands, bis 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst werde er Aussperrungen und fristlose Entlassungen vornehmen, was der Betriebsrat wieder zum Anlaß nahm, uns zur Arbeitsaufnahme aufzufordern.

Aber dieses Ultimatum erreichte eher das Gegenteil: Wir waren alle empört, die Streikfront stand fester denn je. Inzwischen streikte auch die Keilriemenheizung und die Sohlenheizung.

Auch die mittags vorgenommenen Aussperrungen der bestreikten Abteilungen waren ein Schlag ins Wasser. Die Sympathie der Kollegen, die bis dahin noch gearbeitet hatten, für den Streik war so groß, daß sie sich nicht auf die streikenden Kollegen hetzen ließen. Da der Vorstand das wußte, hat er sie auch gleich nach Hause geschickt.

Die ersten fristlosen Kündigungen und Drohung mit der Polizei

Aber inzwischen erreichten die ersten fristlosen Kündigungsschreiben einige Sprecher des Streiks. Zu diesem Mittel griff der Vorstand, weil er merkte, daß er mit anderen Mitteln in die Streikfront nicht mehr einbrechen konnte. Während der Spätschicht verstärkte er immer mehr den Druck auf die streikenden Kollegen. Plötzlich begnügte sich auch der Betriebsrat nicht mehr damit, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Er fing an zu drohen: Wollt Ihr Euch mit der Polizei anlegen? Ihr werdet verantwortlich für den ganzen Schaden gemacht! Bis dahin haben sie sich noch nie so offen auf die Seite des Unternehmens gestellt, jetzt haben sie uns plötzlich mit allen Mitteln bearbeitet, und blieben dafür auch extra bis in die Nacht im Betrieb.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Vorstandsmitglieder Lohauß und Wenderoth wörtlich zum Betriebsrat gesagt haben: „Wenn es nicht anders geht, werden wir den Laden mit Polizei ausräumen." Die Pflicht des Betriebsrates wäre es gewesen, uns gegen diese Vorstandsdrohung sofort auf die Barrikaden zu bringen! Aber sein Interesse war es, um jeden Preis das Erscheinen der Polizei im Betrieb zu verhindern. Denn die Polizei im Betrieb hätte bedeutet: eine sozialdemokratische Polizeiführung knüppelt sozialdemokratische Arbeiter aus dem Betrieb! Diese Zerreißprobe hätte der sozialdemokratische Betriebsrat nicht überstanden. Um das zu verhindern, mußte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Streik gebrochen werden. Dann wäre auch dem Letzten klargeworden, welche Rolle die SPD spielt.

Wie kam es zum Abbruch des Streiks?

Am Dienstag nachmittag war die Lage in Vahrenwald so: einem Teil der Streikführung war fristlos gekündigt. Die noch verbliebenen Wortführer fingen an umzufallen; sie wurden ganz speziell von ihren Parteigenossen im Betriebsrat und in der SPD-Betriebsgrupe unter Druck gesetzt. Schließlich waren sie es, die gewählten Streikführer, die anfingen, die Kollegen wieder zur Arbeitsaufnahme aufzufordern.

Schließlich nahm die Nachtschicht um 1/2 2 wieder die Arbeit auf. Da kam alles zusammen: Die immer bedrohlicher werdende Ankündigung, die Polizei würde „den Laden ausräumen" (wir wissen, daß der Vorstand für diese Nacht tatsächlich plante, die Polizei einzusetzen); der Druck des Betriebsrates und die Drohung mit der Verpflichtung zum Schadensersatz; die Streikführer, die fristlos entlassen waren; die verbliebenen Wortführer, die plötzlich zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten – und die Nachtschicht ist man nur ein kleiner Haufen! Da ist es überhaupt ein Wunder, daß die Nachtschicht bis 1/2 2 durchhielt."

Die Frühschicht nahm am Mittwoch morgen den Streik nicht wieder auf.

Letzte Meldung. Die Vertrauensleutekonferenz der IG Chemie Hannover hat sich in einer einstimmig gefaßten Resolution solidarisch erklärt, den „Angriff auf das selbstverständliche Recht der Lohnabhängigen, Lohn und Arbeitsbedingungen durch Streik zu verteidigen", verurteilt und die Rücknahme aller Entlassungen gefordert. Um den Kampf zu stärken und den Entlassenen zu helfen, fordert sie zu Sammlungen auf und hat selbst sofort 720 DM gespendet.

Kannst Du noch einmal zusammenfassen, wie Du und Deine Kollegen das Verhalten des Betriebsrates und der Gewerkschaft beurteilen?

„Zum Betriebsrat habe ich wohl eigentlich schon alles gesagt. Ich kann noch hinzufügen, daß sie während des laufenden Streiks in Stöcken erzählten, wir in Vahrenwald arbeiteten schon wieder, während sie bei uns in Vahrenwald erzählten, in Stöcken arbeiteten sie schon wieder. Das versteht der Betriebsrat unter „beruhigend wirken"!

Die Gewerkschaftsführung verhielt

Die Gewerkschaftsführung verhielt sich „gewerkschaftsschädigend"

Zur Gewerkschaft: Der Schlesies hat gesagt, die Gewerkschaft sei schon immer gegen die halbe Leistungsstunde gewesen. Jetzt ist die halbe Leistungsstunde weg, und wir müssen trotzdem die gleiche Mehrleistung bringen wie vorher. Als wir uns dagegen wehrten, daß die Nachtschichtzulage gestrichen wird, sagte die Gewerkschaft: wir sind schon immer gegen die Nachtschicht gewesen. Wenn dazu die Gewerkschaft stünde, würden die Kumpels sagen: in Ordnung. Aber jetzt ist die Nachtschichtzulage weg, und die Nachtschicht bleibt.

Als der Streik losging, war für die Kollegen klar: auf die Gewerkschaft können wir nicht rechnen, wir machen's ohne die, im Gegenteil: die soll sich besser raushalten.

Aber die Vertrauensleute von Vahrenwald und Limmer haben doch gerade während des Streiks gefordert, die IG Chemie solle den Streik unterstützen! Ich finde diese Forderung richtig.

Meine ich auch. Und selbst wenn sich die Gewerkschaftsfunktionäre darauf berufen konnten, das Gesetz verbiete ihnen die offizielle Unterstützung des Streiks: Möglichkeiten hätten sie ja immer gehabt, um auf irgendwelchen Wegen den Streik zu unterstützen. Aber das Gegenteil hat sie gemacht! Nicht vor den Kollegen, aber im Rundfunk, da hat der Schlesies gesagt, der Streik sei ja berechtigt, „aber wir müssen ihn verurteilen". Da war auch die Wut auf die Gewerkschaft groß, vor allem nach den feierlichen Versprechungen von Schlesies am Freitag in der Kantine. Und auf ein Flugblatt hat der Schlesies dann geschrieben, nur „politische Wirrköpfe" könnten verlangen, daß sich die Gewerkschaft einschaltet. Da haben sich bei uns die Kumpels gesagt: „Jetzt sind wir also auch noch politische Wirrköpfe!" Und dann hat der Schesies gesagt, in der nächsten Tarifrunde müssen wir uns das Geld zurückholen! Da verspricht er nun schon wieder etwas, was die Gewerkschaftsführung garantiert nicht halten will!

Daß die IG Chemie bei diesem Streik so sehr auf die gesetzlichen Fesseln pochte, hat das nicht bei einigen Kollegen dazu geführt, dieses Gesetz selbst in Frage zu stellen?

Doch, einer hat z.B. gesagt: „Wie die sich auf so etwas einlassen können!" Ein anderer sagte: „Sie sollten das Gesetz überhaupt nicht beachten! So wird die Gewerkschaft ja zu einem Interessenklüngel, wo sie doch eine Kampforganisation sein sollte!"

(Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung Conti-Interview

Und wie stehen jetzt, nach den Erfahrungen des Streiks, die Kollegen zur Gewerkschaft?

Die Wut ist ungeheuer. Ich habe gehört, daß die Rede davon ist, in verschiedenen Abteilungen Listen rumgehen zu lassen, daß man geschlossen die Gewerkschaftsbücher hinschmeißen will.

Aber das ist nicht richtig, dann nehmen sich diese Kollegen selbst die Möglichkeit, den Kampf zu führen, dann sind sie isoliert von dem ganzen Kampf. Das heißt aber nicht, daß es verboten sein könnte, die Gewerkschaftsführer anzugreifen, weil sich immer wieder zeigt, daß sie nicht auf unserer Seite stehen. Wenn das von diesen Herren immer wieder als „gewerkschaftsschädigend" bezeichnet wird, ist das falsch; was z.B. die Führung bei diesem Streik gemacht hat, ist gewerkschaftsschädigend.

Welche Aufgaben stehen jetzt an?

Wie die kommenden Kämpfe zu führen sind, müssen die Kollegen selbst entscheiden. Klar ist: die 5 Punkte der Betriebsvereinbarung müssen weg.

Und obwohl ich selbst zu den fristlos Gekündigten gehöre, möchte ich hinzufügen: Nicht locker gelassen werden darf in der Frage der Rücknahme aller Entlassungen. Und zwar nicht nur aus Solidarität mit uns fristlos Entlassenen, sondern auch weil die Conti-Belegschaft einfach nicht hinnehmen **darf**, daß die Conti damit ungeschoren durchkommt! Das ist eine Sache der ganzen Arbeiterschaft, denn Conti will hier für alle Kapitalisten durchexerzieren, wie man einen solchen Streik kaputt macht.

Zum Schluß möchte ich noch einmal sagen: Die Angriffe der Conti werden weitergehen. Z.B. ist jetzt auch die Jahresgratifikation in Gefahr. Die Conti sorgt selbst dafür, daß der nächste Zusammenprall unausweichlich ist. Das Gute ist nur: Wo es Druck gibt, da gibt es auch Gegendruck!

VFW-Geschäftsleitung beantragt Entlassung von 900 Beschäftigten

Speyer. Die Geschäftsleitung des VFW-Werkes Speyer hat am Ende der letzten Woche beim Arbeitsamt die Entlassung von 900 der 1350 Beschäftigten für die nächsten 12 Monate beantragt. Für die nächsten Tage steht die Entlassung von 140 an. Am Montag wurden schon 58 Entlassungen ausgesprochen. Am Dienstag wurde begonnen, Teile der MRCA-Vorrichtungen abzubauen, um sie nach Bremen zu verlagern. Vertrauensleute haben die sofortige Einberufung einer Vertrauensleutesitzung gefordert, auf der die Vertrauensleute informiert und Maßnahmen beraten werden sollen. Von den anderen Betrieben her werden die VFW-Kollegen unterstützt. So erklärte der Betriebsrat der Pilger-Druckerei in einem öffentlichen Schreiben: „Wir sind der Auffassung, daß dieser Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze nicht nur von Euch geführt werden kann, sondern von allen Speyerer Arbeitnehmern geführt werden muß."

Mit der Politik der Sozialdemokratie brechen: die Streikbewegung stärken

Im Lohnkampf in der Metallindustrie haben die Kapitalisten von der IG Metall einen Kniefall gefordert. Kein Angebot, bevor nicht eine Verzichtserklärung auf gewerkschaftliche Rechte im weiteren Jahr abgegeben wird. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist bereits wieder dabei, diesen Kniefall im Namen der ganzen Gewerkschaft zu vollziehen. Der Hauptvorstand hat am 10. Februar Gesamtmetall aufgefordert, umgehend wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Antwort des Hauptvorstandes auf die Provokation der Kapitalisten besteht darin, weitere Verhandlungen zu fordern, um sich weiter in den Dschungel der Verhandlungen und der Schlichtung zu begeben. Dieser Dschungel ist Ergebnis sozialdemokratischer Lohnpolitik, wo Stück für Stück und Jahr um Jahr den Forderungen der Kapitalisten nachgegeben wurde. Im Tarifkampf von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung den Kapitalisten ausgeliefert, konnte die Arbeiterbewegung Erfolge nur erzielen, wenn sie mit der sozialdemokratischen Politik der Unterwerfung unter die Kapitalisten brach.

Die Absichten der Kapitalisten laufen stets auf Lohndrückerei hinaus

Immer war es das heiße Anliegen der Kapitalisten, die Arbeiterklasse zu spalten und die gewerkschaftliche Organisation zu zersetzen. Mit einem Zweck: die Arbeiterklasse besser ausbeuten zu können.

Die Mittel und Methoden, die die Kapitalistenklasse dabei anwandte, entsprachen jeweils den Bedingungen auf dem Markt, auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Markt, wo die Kapitalisten ihre Waren anbieten.

Seit Ende der 50er Jahre mußten die Kapitalisten Lohnerhöhungen zustimmen, die den Preis der Arbeitskraft real steigen ließen. Die Produktion lief auf Hochtouren und die Nachfrage nach Arbeitskräften wuchs. Diese günstige Marktlage für die Arbeitskraft konnten die Arbeiter nutzen und real steigende Löhne durchsetzen. Sorgfältig vermieden haben die Kapitalisten aber, die Löhne auch tariflich zu fixieren. In den 60er Jahren waren im Durchschnitt nur zwei Drittel des Effektivlohns tariflich abgesichert. Ihre Propagandalinie war damals: Es geht auch ohne Gewerkschaften, der Lohn regelt sich über den Markt und, wie man sieht, für die Arbeiter nicht schlecht. Die IGM machte die ganze Zeit über keine Anstalten, die Schere von Tariflohn und Effektivlohn zu schließen. „Sozialer Klimbim" hießen die außertariflichen Bestandteile im Funktionärsjargon. Den Kapitalisten hat diese Untätigkeit der Reformisten genutzt. In Bremen sank die Mitgliederzahl der IG Metall beispielsweise von 1960 gleich 38615 auf 1967 gleich 30256. Erst ab 1968 stieg die Mitgliederzahl wieder langsam an, 1973 erreichte sie 36048.

Diese durch die Reformisten verursachte Schwäche der Gewerkschaft konnten die Kapitalisten in der Krise 1966/67 ausnutzen. Sie änderten ihre Taktik in der Zersetzung der Gewerkschaft. Ihr Ziel war es, die Gewerkschaften in schwere Niederlagen zu hetzen oder zur faktischen Bewegungslosigkeit zu treiben. So wurden die Tarife 1966 gar nicht zur Verhandlung gebracht und ein tarifloser Zustand bestand bis Ende 1967. Während dieser Zeit kürzten sie kräftig den Lohn. Die reformistische Gewerkschaftsführung sah sich außerstande, die gewerkschaftliche Organisation in den Kampf zu schicken. Pfennig um Pfennig und Mark um Mark wurden gekürzt. Die Metallarbeiter waren dadurch gezwungen, nicht als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einer Branche den Kampf gegen den Lohnraub der Kapitalisten aufzunehmen, sondern mußten als einzelne Beleschaften den Kampf gegen die Lohnkürzungen der Kapitalisten führen. Die Streikkassen der IG Metall bleiben für diese Streiks geschlossen. Das hatte die Kapitalistenklasse nach dem Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1954 per Gerichtsbeschluß feststellen lassen.

Im Juni 1967 sah sich die Gewerkschaftsführung dann gezwungen, einen Tarifvertrag zu kündigen. Daraufhin kündigte Gesamtmetall gleich alle Tarife außer Bayern, um die Reformisten unter Druck zu setzen. In Nordbaden/Nordwürttemberg sollte versucht werden, dauernde Lohnsenkungen zu erreichen. Forderungen wurden für diese Kündigung gar nicht erst aufgestellt. Erreicht sollte nur werden, daß die Lohnsenkungen eingeschränkt werden. 1966 hatten die Kapitalisten den Hauptvorstand dazu getrieben, eine Verzichterklärung auf höhere Löhne abzugeben. Als die Vorstände der IGM sich wegen der dauernden Lohnkürzungen bei den Kapitalisten beschwerten, erwiderte Schleyer, damals Vorsitzender der baden-württembergischen Metallkapitalisten, frech: In der Krise müsse den Firmen der Weg zu Lohnsenkungen frei bleiben.

Die Kapitalisten haben die Sozialdemokraten an ihre Verantwortung vor dem Allgemeinwohl erinnert, um sie zu zwingen, daß die IGM zusieht, wie sie den Lohn Stück um Stück zusammenstreichen. In den Verhandlungen machten sie keinerlei Angebot. Die Metallarbeiter in Nordbaden-Nordwürttemberg mußten so eine Urabstimmung durchführen, um zu dokumentieren, daß sie weitere Lohnkürzungen nicht hinnehmen werden. Dies trotz weiterer Preissteigerungen, die immerhin bei 2 % lagen, und obwohl seit anderthalb Jahren keine Lohnerhöhungen mehr durchgesetzt werden konnten. 87 % stimmten für Streik. Der Streik fand nicht statt. Unterbunden wurde er durch die Schlichtung der Bundesregierung. Für das nächste Jahr sollten die Gewerkschaften auf Forderungen verzichten, dafür wollten die Kapitalisten auf weitere Lohnkürzungen verzichten. Wieder hatte die Gewerkschaftsbewegung einen Schlag versetzt bekommen, weil die Reformisten ihre Verhandlungstaktik durchsetzen konnten.

Im darauffolgenden Jahr 1968 konnten die Kapitalisten erneut einen Sieg verzeichnen. Sie setzten durch, daß die Löhne nur um 4 % erhöht wurden. Obwohl zum Zeitpunkt des Abschlusses bereits deutlich war, daß die Preise sprunghaft in die Höhe schossen. Wieder hatten es die Kapitalisten erreicht, daß die gewerkschaftliche Organisation faktisch außer Kraft gesetzt wurde. Bei all ihren Manövern konnte sie sich auf die reformistische Führung der Gewerkschaften stützen, die in jeder Phase des Lohnkampfes Rücksicht nahm, auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf die Bundesregierung, auf die Profite der Kapitalisten; die in keiner Phase des Lohnkampfes die gewerkschaftliche Kraft der Metallarbeiter entfaltete und einsetzte, sondern Warnstreiks, Urabstimmungen, Protestdemonstrationen durchführen ließ als Begleitmusik zu ihren Verhandlungen.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Bewegung drohte, ihnen aus der Hand zu gleiten, plazierten sie einen Abschluß, der die Metallarbeiter entweder zwang nachzugeben oder ohne gewerkschaftliche Unterstützung gegen die Kapitalisten den Kampf aufzunehmen. So mußten die Metallarbeiter im Herbst 1969 in betrieblichen Streiks sich das holen, was die Gewerkschaftsführung durch ihre Verhandlungen nicht erreichte. Das haben sie gemacht und dabei ihre Stärke bewiesen.

In der Tarifbewegung 1971 waren aufgrund der Erfahrung der Metallarbeiter aus den Vorjahren die Zeichen anders gestellt. Der Gewerkschaftsführung wurden die Verhandlungen nicht mehr allein überlassen. Der Hauptvorstand mußte deshalb alle Mittel sozialdemokratischer Politik einsetzen, um die Initiative der Arbeiter zu brechen. Das ging so weit, daß bei der Klöckner-Hütte Bremen die Forderung der großen Tarifkommission aufgehoben wurde, der Hauptvorstand eine eigene, wesentlich niedrigere Forderung plazierte, eine durch die Tarifkommission eingeleitete Urabstimmung für Streik aufhob, der Vorstand selbst die Verhandlungen übernahm und, nachdem die große Tarifkommission das ausgehandelte Ergebnis von 6,6 % abgelehnt hatte, den Beschluß der Tarifkommission außer Kraft setzte und für die Arbeiter der Hütte das Ergebnis annahm. Der Hauptvorstand hat hier direkt und unmittelbar die Geschäfte der Kapitalisten übernommen, um einer kampfstarken und selbstbewußten Belegschaft das Kreuz zu brechen.

In der Metallverarbeitung wurde 1971 im Tarifstreik Nordwürttemberg/Nordbaden das Ergebnis erzielt, das für alle Tarifbezirke übernommen wurde. Nach drei Wochen Streik hatten die Metallkapitalisten ihre Ziele weitgehend durchgesetzt, realer Lohnabbau und langfristige Laufzeit der Verträge. Die Taktik der Gewerkschaftsführung, mit Schwerpunktstreiks den Kampf zu führen, beantworteten die Kapitalisten mit Flächenaussperrungen. Unter dem Vorwand des Materialausfalls wurden in anderen Bezirken die Arbeiter nach Hause geschickt, dort griff die IGM, nicht ein, weil sie sich mitten im Schlichtungsdschungel befand. Wieder hatte die Taktik der Führung eine Niederlage hervorgetrieben. Genau wie 69 mußten 1973 die Metallarbeiter in betrieblichen Streiks die Lohnerhöhungen holen, die durch die Tarifverhandlungen der Vorjahre nicht erzielt wurden. Die fehlende Unterstützung der Gewerkschaft wirkte sich hier viel schädlicher aus als 1969. Viele Streiks endeten mit einer halben oder ganzen Niederlage. Die Kapitalisten waren gerüstet, die Arbeiter waren allein auf ihre spontane Kampfbereitschaft angewiesen.

Seit dem Beginn der jetzigen Krise setzen die Kapitalisten wiederum alles daran, die unbezahlte Mehrarbeit auszudehnen. Lohnkürzungen bis hinunter auf den Tariflohn, Akkordverschärfungen, Umbesetzungen mit Lohngruppensenkungen, kurz, alle zur Verfügung stehenden Mittel wenden sie an, um die Profite zu steigern. Die Lohnabschlüsse der letzten Jahre sind ihnen dabei eine große Hilfe. Letztes Jahr brachen sie nach dem Abschluß in lauten Jubel aus, jetzt bezeichnen sie die abgeschlossenen 6,8 % als unvertretbar hoch und legen gar kein Angebot vor. Ihre Ziele in der Tarifauseinandersetzung treten deutlich hervor, ein Prozentabschluß unter der Inflationsrate und für das weitere Jahr eine Gewerkschaft ohne Forderungen. Der sich erneut entfaltenden Arbeiterbewegung soll eine Niederlage beigebracht werden.

Auf den Hauptvorstand können sie dabei setzen, der durch sein Hinauszögern den Kapitalisten unnötigen Spielraum verschafft und die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaft einschränkt. Bei den Manöver können sich die Kapitalisten stützen auf die Ergebnisse sozialdemokratischer Lohnpolitik. Weitere Verhandlungen, dann eventuell Abbruch, Bedenkzeit für beide Seiten, Zwangsschlichtung, wenn es die Kapitalisten verlangen, wiederum Bedenkzeit undsoweiter undsofort. Während dieser ganzen Zeit haben die Kapitalisten alle Mittel in der Hand, sich auf die Streiks vorzubereiten, ihre Zeitungen, ihren Rundfunk und ihr Fernsehen für das propagandistische Trommelfeuer einzusetzen. Der IGM sind juristisch die Hände gebunden, unter Androhung von hohen Strafen darf sie nicht zu Streik aufrufen und keinen Streik unterstützen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung verweist auf ihre gebundenen Hände.

Keinen Grund, der im Interesse der Metallarbeiter liegt, gab es für den Hauptvorstand, nochmalige Verhandlungen zu erbitten, denn die Warnstreiks in den letzten Tagen haben deutlich gezeigt, daß die Metallarbeiter den Angriffen der Kapitalisten nicht hilflos gegenüberstehen. Überall wurden Resolutionen gegen die Provokation der Kapitalisten gefaßt. In einigen Resolutionen wurde gefordert, daß die Tarifkommission Arbeitskämpfe einleiten soll, wie bei John Deere in Mannheim. Ebenso wurde die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen während vieler Aktionen diskutiert und auch beschlossen wie in Heidelberg bei Teldix.

An dieser Linie muß festgehalten werden: Kampf der Lohndrückerei, Kampf gegen die Verelendung, Vorbereitung und Einleitung von Kampfmaßnahmen, Abbruch der Verhandlungen. Der zersplitterte, aber hartnäckige Widerstand gegen den Lohnabbau kann sich in der Tarifauseinandersetzung einheitlich entfalten, wenn die Arbeiterbewegung mit der sozialdemokratischen Tarifpolitik bricht. – (db)

Streiks in Nordbaden-Nordwürttemberg

In Nordwürttemberg/Nordbaden sind fast alle Großbetriebe bestreikt worden. Die abgedruckten kurzen Berichte von KBW-Zellen zeigen, daß es die Kapitalisten sein werden, die eine Niederlage einstecken, und nicht die Arbeiter, wenn sie selbst den Verlauf des Lohnkampfes bestimmen.

John Deere

Mannheim. Am Donnerstag machten die Kollegen bei John Deere (2000) den Hebel für eine halbe Stunde raus. Bei John Deere hatte die Geschäftsleitung davon Wind bekommen, daß um zwölf Uhr direkt nach der Mittagspause gestreikt werden sollte. Schon ab zehn Uhr liefen die Meister in der Gießerei aufgeregt herum und bedrohten die Kollegen (80 % türkische Arbeiter), daß sie rausfliegen, wenn sie streiken. Doch sie hatten Pech. Kurz und bündige Antwort der Kollegen: „Hau ab!" Sie arbeiten meist in Lohngruppe 3 und müssen 150 % schaffen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Da konnte sie kein Meister von dem Warnstreik abhalten.

Eltro

Heidelberg. In der neuen Fertigungshalle von Eltro, wo ich arbeite, war heute für eine Stunde Ruhe – der Hebel war raus. Sonst ist dort ein Maschinenlärm, der einem an die Nerven geht. Seit Januar sind die Mechanik vom früheren Werk 2, der Werkzeugbau und andere Abteilungen in dem Neubau unter einem Dach. Wir sind alle unzufrieden mit den Verhältnissen in der neuen Halle, nicht nur wegen dem Krach, sondern wegen einer ganzen Reihe anderer Punkte. Hinzu kommt, daß die Vorgesetzten uns schärfer kontrollieren und uns engstirnige Vorschriften machen. Wir werden nicht als Menschen behandelt, sondern nur als Faktor zur Erhöhung der Produktion. Wenn wir heute wegen der unverschämten Haltung des Metallarbeitgeberverbandes den Hebel rausgemacht haben, hat das ganz logisch viel mit unserer allgemeinen Unzufriedenheit zu tun.

Unser Warnstreik war nicht von „oben" organisiert, sondern von selbst. Um 13 Uhr versammelten wir uns beim Werkzeugbau. Es war eine ziemliche Spannung, bis auch der letzte Kollege in der Halle die Maschine ausmachte und dazu kam. Es war für uns ein Sieg, weil es jetzt seit mehreren Jahren zu einer einheitlichen Aktion kam. Keiner von uns wird das überbewerten, aber wir brauchen es auch nicht herunterzuspielen. Der Kampf geht weiter, und die Bedingungen sind besser als vor dem Warnstreik. Heute war der erste Tag in der neuen Halle, an dem man sich mal freuen konnte. Heute haben wir uns selbst bewiesen, daß Einigkeit möglich ist und stark macht.

Harvester

Heidelberg. Am letzten Donnerstag war es auch bei Harvester nach drei Jahren wieder soweit. Ziemlich rasch waren viele Kollegen entschlossen, nach dem Frühstück mal unübersehbar die Brocken hinzuschmeißen. Die Stimmung war: Wir geben nicht nach, wir beugen uns ihrem Lohnabbauvorhaben nicht. Vertrauensleute, die durch die Abteilungen gingen, merkten bald, es würden Kollegen aus der Montage mitmachen, aus der Schweißerei, aus Lager- und Reparaturabteilungen. So war es schließlich auch.

Beim Frühstück war noch einmal heftig diskutiert worden. Manche lehnten ab: Die machen ja doch, was sie wollen. Manche zweifelten: Ob wir etwas ausrichten können? Einige, die früher nie den Mund aufgemacht hatten, traten ganz energisch auf: Das ganze Jahr schimpft ihr, daß das Geld nicht langt. Jetzt zaudert ihr. Aber es kommt drauf an, du und du und du, ihr geht jetzt auch mit raus! Im Hauptlager, wo mit die niedrigsten Löhne gezahlt werden, wurde mit zehn zu zwei Stimmen folgende Resolution verabschiedet:

„Resolution an Verhandlungs- und Tarifkommission der IG Metall

Die Kollegen am Frühstückstisch im Hauptlager von Harvester sind ganz entschieden dagegen, daß die in den unteren Lohngruppen immer schlechter dran sind. Sie fordern die Tarifkommission auf, keine Verschlechterung der Lohnbedingungen zuzulassen und insbesondere die alte Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen zu erheben.

Zehn Kollegen"

Dann sammelte sich ein größerer Trupp von Kollegen in der Montagehalle. Man überlegte. Auf den Hof gehen, schlugen Kollegen aus dem Hauptlager vor. Der Vorschlag war richtig, und so wurde auf den Hof vor Verwaltungsgebäude und Betriebsratsbüro gezogen. Etwas später stieß dort der Trupp aus Reparaturabteilung und benachbarten Abteilungen dazu. Insgesamt waren etwa 200 Kollegen zusammen.

Teldix

Heidelberg. Am Freitag, 6.2., legten bei Teldix zirka 100 Arbeiter und Angestellte für 45 Minuten die Arbeit nieder. Nach einer Viertelstunde kam der Fertigungsleiter und fragte, ob das hier ein Streik sei. Ein Kollege gab ihm zur Antwort, daß dies ein Warnstreik sei. Ein anderer Kollege sagte, daß man doch sieht, daß dies keine Kaffeestunde ist. Der Fertigungsleiter wollte die Kollegen damit einschüchtern, indem er sagte, daß die Zeit, die hier gestreikt wird, nicht bezahlt wird. Durch dieses Geschwätz hat sich aber niemand einschüchtern lassen.

IG Druck Vorsitzender Mahlein sprach auf Bezirksversammlung Mannheim gegen Festgeldforderung

Für 150 DM Festgeld stimmte die Mehrheit

Mannheim. Vergangenen Samstag fand im Mannheimer DGB-Haus die Bezirksmitgliederversammlung des Bezirks Rhein/Neckar statt. Anwesend waren knapp über 100 Kollegen. Eingeladen war als Hauptredner Loni Mahlein, 1. Vorsitzender der IG-Druck. Sein Thema: Kurz- und mittelfristige Tarifpolitik der IG Druck und Papier.

Gleich zu Beginn der Versammlung wurde von Kollegen aus der Mannheimer Morgen Großdruckerei bekanntgegeben, daß ein Antrag für eine Forderung von 150 DM Festgeld für diese Tarifrunde eingebracht werden soll.

Zunächst jedoch sprach Loni Mahlein zur Tarifpolitik.

Zur anstehenden Tarifrunde sagte Mahlein, es gehe um die möglichst weitgehende Absicherung der Realeinkommen sowie um die Erhaltung der bestehenden Lohntarifstruktur. Daraus leitete er eine Ablehnung von Festgeldforderungen ab. Gleichzeitig mußte er jedoch zugeben, daß ihm in dieser Frage der Wind ins Gesicht bläst. Denn bis jetzt, so gab er bekannt, seien von 20 in den Ortsvereinen aufgestellten Forderungen 13 Festgeldforderungen bis hin zu 200 DM pro Monat und 7 Prozentforderungen bis zu 18,5 %.

Nach Mahleins Rede sprachen sich mehrere Kollegen aus der Maschinensetzersparte gegen eine Festgeldforderung aus, durchweg alle mit der Begründung, ihnen stünde Lohnabbau ins Haus, wenn sie von bisher 120 % des Facharbeitertariflohns z.B. auf 118 % abfallen würden, nur eine Prozentforderung könne ihnen diese Position erhalten, die ihnen auf Grundlage der Leistungsgesellschaft auch zukomme. Alle diese Beiträge gingen nur von der Erhaltung der Lohndifferenz zu den anderen Kollegen aus, ohne auch nur ein Wort über die Höhe der Forderung zu verlieren. Diese Haltung wurde von anderen Kollegen angegriffen. Sie sprachen sich für die Festgeldforderung aus, weil es gerade darum gehe, dem immer stärkeren Druck der Kapitalisten auf die Löhne dadurch zu begegnen, daß der Lohnkampf mit größtmöglicher Geschlossenheit geführt werde. Die Grundlage für die Einheit der Kollegen im Lohnkampf ist die Festgeldforderung.

Ein Kollege hob hervor, daß es schließlich nicht die Lohnstruktur ist und der Abstand vom anderen Kollegen, von dem man die Lebensmittel und die Miete bezahlt, sondern das, was in Mark und Pfennig in die Tasche kommt. „Vom Lohnabstand wird niemand satt." Wieviel in die Tasche kommt, hängt allein von der Kampfkraft der Kollegen ab, und sie wächst mit größerer Einheit und zerfällt, wenn sich die Belegschaften vom Kapitalisten in die Lohngruppen und Sparten immer weiter auseinandernehmen lassen.

Eine Prozentforderung vertieft die Spaltung. Sie treibt die Kollegen auf der Grundlage der bestehenden Lohnstruktur auseinander, weil jede Lohngruppe für etwas anderes kämpft.

In seinem zweiten Beitrag zog Loni Mahlein ebenfalls gegen die Festgeldforderung zu Feld. Er bekräftigte die unbegründete Furcht vieler Maschinensetzer und Korrektoren, eine Festgeldforderung bedeute für sie Lohnabbau. Er betonte noch einmal, wie wichtig es sei, die bestehende Lohnstruktur zu erhalten als Notwendigkeit der „Leistungsgesellschaft" und gegen die Gleichmacherei.

Mit solchen Reden stärkt ein Gewerkschaftsvorsitzender die Kampfkraft der Mitglieder in dem bevorstehenden Lohnkampf wahrhaftig nicht. Denn auf der Grundlage der jetzigen Lohnstufen treibt eine Prozentforderung die Sparten und Lohngruppen noch weiter auseinander.

Daneben lieferte Mahlein noch eine neue Auffassung darüber, was man unter einer Einheitsgewerkschaft verstehen müsse. Angesprochen auf die Festgeldforderungen im öffentlichen Dienst, meinte er, dort herrschen völlig andere Verhältnisse. Die IG Druck müsse sich mit ihren Forderungen an den Industriegewerkschaften orientieren, besonders an der IG Metall, schließlich sei die IG Druck nur ein kleiner Teil einer großen Einheitsgewerkschaft.

Wer unter Einheitsgewerkschaft versteht, daß über die Branchen hinweg eine gleiche prozentuale Lohnforderung aufgestellt wird, der hat schon von vorneherein nur im Sinn, wo man sich ungefähr mit den Druckkapitalisten einigen wird, und nicht, wie gegen die Kapitalisten die Forderung durchgesetzt werden kann. Das ganze Gegenteil davon meinte der Kollege, der für eine Abteilung im Mannheimer Morgen die Festgeldforderung einbrachte. Er meinte, dies sei eine Forderung, die die Kollegen zusammenschließe und deshalb in dieser Höhe durchsetzbar sei.

Die Kollegen erteilten mehrheitlich den Vorstellungen Mahleins eine Abfuhr. Mit 52 zu 41 stimmten sie dafür, eine Festgeldforderung von 35 DM die Woche an die Tarifkommission zu geben.

Am 25. Februar tagt diese zum ersten Mal. – (v., Heidelberg)

IG Druck:

Beschlüsse für Festgeld

In der IG Druck haben zahlreiche Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutekörper Beschlüsse für Festgeldforderungen gefaßt. Viele der Forderungen liegen zwischen 135 und 150 DM. Es ist gut, daß die Mitglieder und Vertrauensleute jetzt ihre Forderungen gestellt haben, denn am 25. Februar tagt die Tarifkommission.

IG Druck Westberlin: 150 DM mehr

Westberlin. Die Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz am 3.2. hat eine Forderung von mindestens 150 DM für die Tarifrunde aufgestellt. Dieser Beschluß wurde von den 160 Anwesenden gegen acht Stimmen gefaßt. Seit Jahren ist dies die größte Versammlung gewesen. Diese Festgeldforderung ist auf Beschluß an die Presse weitergegeben worden. Unter großem Beifall wurde deutlich gemacht: „Dieses Jahr gibt es ohne Kampf keinen Stich." Der sozialdemokratische Vorstand müßte dem nur zu entgegnen: man solle bedenken, daß Arbeitskampf Geld kosten würde.

Hannover. Die Bezirksmitgliederversammlung der IG Druck und Papier hat 200 DM als Forderung zum Tarifrunde beschlossen.

Offenbach. Die Mitgliederversammlung der IG Druck fordert einen Sockelbetrag von 100 DM und vier Prozent, das sind rund 155 DM

nen Sockelbetrag von 100 DM und vier Prozent, das sind rund 155 DM im Monat.

Offenburg. Bei einer Konferenz von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Druck und Papier zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahl wurde die Aufstellung einer einheitlichen DM-Forderung empfohlen, die zumindest den Einkommensverlust ausgleicht.

Für Festgeldforderung

Kassel. Die Mitgliederversammlung der IG Druck Kassel, 60 bis 70 Anwesende, beschloß einstimmig gegen die Stimme des Sekretärs, daß eine Festgeldforderung aufgestellt wird. Als Höhe wurde diskutiert 150 bis 160 DM für alle. Nach der Verteilung eines Flugblatts in den Betrieben soll die Forderung endgültig auf einer Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte am 21. Februar beschlossen werden.

München. IG Druck Vertrauensleutekörper Münchner Merkur: 50 DM mehr in der Woche.

Hannover. Druckhaus Madsack: 220 DM mehr.

IG Druck und Papier Jugend: 1 DM mehr in der Stunde für alle

Frankfurt/M. Am 5.2. fand im DGB-Haus ein Treffen der Druck- und Papier-Jugend Frankfurt statt, zwecks der anstehenden Tarifforderungen.

Ohne Gegenstimmen wurden folgende Forderungen verabschiedet:

1. Lohnerhöhung, d.h. für alle Lehrjahre 1 DM mehr in der Stunde.
2. Wegfall der Altersstaffelung für Auszubildende.

HBV: Versicherungsvertrauensleute: 170 DM mehr

Frankfurt. Der HBV-Vertrauensleutekörper der Zürich-Versicherung fordert für die kommenden Tarifverhandlungen 9 % mindestens 170 DM.

Forderungen der Bäcker

Essen. Am 31.1. verteilten mehrere Mitglieder der Fachgruppe Bäcker in der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten vor den Bäckereien auf der Kettwigstraße Flugblätter, in denen sie ihre Forderungen für Urlaub, zum Weihnachtsgeld usw. darlegten. Die Bäckerkollegen schreiben, daß sie wöchentlich 42 Stunden arbeiten für 331,80 DM tariflichen Wochenlohn. Häufig kommt Sonntagsarbeit dazu. Der Jahresurlaub ist auf 3 Wochen beschränkt. Die Bäcker fordern 4 – 5 Wochen Urlaub, kein Verfall des Urlaubsanspruchs bei Arbeitsplatzwechsel, ein zusätzliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld von je 50 % eines Monatsverdienstes, Bäcker, die 50 Jahre alt und 10 Jahre im Betrieb sind, dürfen nicht mehr gekündigt werden. Die Bäckermeister haben die Forderungen in den Verhandlungen abgelehnt.

Rheinkabel/Köln

Der Kampf gegen die unteren Lohngruppen hat Tradition

Lohngruppen hat Tradition

Köln. Rheinkabel ist ein Betrieb, der zum BBC-Konzern gehört. Von den Kollegen werden Kabel für alle möglichen Zwecke hergestellt. Es sind etwa 800 Kollegen dort beschäftigt.

Seit Mitte 74 wurden 200 Mann entlassen oder haben „freiwillig" gekündigt. Es wurden mehrere Kurzarbeitsperioden durchgeführt. Die Arbeitshetze hat stark zugenommen: heute werden von 200 Mann weniger in mehreren Abteilungen bis zu einem Drittel mehr produziert.

Immer mehr Kollegen werden um eine Lohngrupe tiefer gestuft. Als erstes haben sich die Arbeiter an den Betriebsrat gewendet, daß er diesen Herabstufungen nicht zustimmen soll. Das ist auch vom Betriebsrat beschlossen worden.

In den Debatten der Kollegen wird klar gesagt, welche Gefahr in den unteren Lohngruppen für die Existenz der Kollegen liegt.

Oft wird dabei über den Kampf der Frauen in der Spinnerei und im Prüffeld gegen die unteren Lohngruppen, der vor etwa 2 Jahren bei Rheinkabel stattfand, berichtet. Damals waren im Bereich der Spinnerei und im Prüffeld bis auf wenige Ausnahmen alle Frauen in der Lohngruppe 2.

Es bestand schon lange Unmut bei den Frauen der Spinnerei über die schwere und unter miserablen Arbeitsbedingungen stattfindende Arbeit, die sehr schlecht bezahlt wurde. 5 DM bekamen manche Frauen, nur minimal über dem Tariflohn.

Daß plötzlich noch mehr Maschinen bedient werden sollten: statt 5 Maschinen jetzt die doppelte Anzahl war der auslösende Faktor.

Die Frauen legten die Klamotten hin. Die Maschinen standen still, die Frauen gingen nach vorn. Das war ein Schritt voran für die Kollegen bei Rheinkabel, so etwas hatte es erst einmal gegeben! Die Frauen forderten „Alle in Lohngruppe 4!"

Verhandlungen wurden angeboten. Die Geschäftsleitung wollte verzögern, verschleppen und die Front aufweichen. Nur einige sollten in Lohngruppe 3.

Nichts da! Das ließen sich die Frauen nicht bieten – wieder standen die Maschinen still. Die Geschäftsleitung mußte nachgeben, denn sie war auf die Kabel angewiesen. Inzwischen waren die Frauen des Prüffeldes hinzugekommen.

Das Ergebnis der Kampfaktion war:

- alle Frauen in der Spinnerei in die Lohngruppe 4!
- Die Mehrheit im Prüffeld in 4 der Rest in Lohngruppe 3!

Das war damals ein großer Erfolg alles in allem. Es bedeutete, daß im gesamten Werk niemand mehr in der Lohngruppe 2 war.

Der Geschäftsleitung war ein Instrument der Erpressung und Spaltung zumindest an einem Punkt aus der Hand geschlagen worden. Noch heute können wir uns auf den Erfolg der Frauen 73/74 stützen. Erkennen kann man jetzt, daß die Geschäftsleitung diesen Erfolg wieder aufheben will.

Daher betonen gerade heute Kollegen bei Rheinkabel, wo die Mehrheit der Kollegen unterhalb der Lohngruppe 6 eingestuft ist und die Kapitalisten Kollegen von 5 nach 4 runterstufen wollen, die Berechtigung der Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen. Diese Erkenntnis stützt sich auf die Kampferfahrung und die Resultate des Kampfes der Frauen in der Spinnerei und im Prüffeld. – (g)

Göttingen und Hannover

Sitzwachenstreiks abgebrochen

Göttingen. Nach acht Wochen Streik beschloß die Vollversammlung der studentischen Sitzwachen am 6.2. mit knapper Mehrheit den Abbruch des Streiks. Der Vorschlag der Landesregierung, der eine weitgehende Lohnkürzung vorsieht, wurde angenommen.

Hingegen lehnte die Vollversammlung mit großer Mehrheit ab, die Arbeit unter den Bedingungen der von der Landesregierung neu vorgelegten Rahmenverträge aufzunehmen und fortere deren sofortige Zurücknahme.

Die Rahmenpläne sehen vor: Verzicht auf ein tariflich gebundenes und sozialversicherungspflichtes Arbeitsverhältnis, Anerkennung des Tagelöhnerstatus, jederzeitige Verfügbarkeit für bis zu neun Wachen in vier Wochen, Verzicht auf Lohnfortzahlung, Urlaub und sonstige Vergütung, jederzeitige fristlose Kündigung.

Die Genossen des KBW vertraten die Einschätzung: Die Weiterführung des Sitzwachenstreiks ist unbedingt notwendig. Die Schwächen der Streikfront, die Resignation können behoben werden. Dafür gibt es günstige Bedingungen. Die Klinikbelegschaft geht weiter voran. Inzwischen hat die erste Personalversammlung in der Nervenklinik stattgefunden. Sie verabschiedete mehrheitlich eine Resolution, in der sie sich mit den Zielen des Sitzwachenstreiks solidarisiert und die sofortige Einstellung aller Sitzwachen zu den alten Bedingungen fordert. Die Solidarität der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auch über den Bereich der Kliniken hinaus nimmt trotz der Drohung des Kreisvorstandes der ÖTV weiter zu. Die Vorbereitung für die Lohnauseinandersetzung im öffentlichen Dienst schafft Raum, den Angriff auf den Dienstherrn zu verbreitern und damit auch dem Streik der Sitzwachen die Unterstützung, die er braucht, gegenüber der Landesregierung aufzutreten.

Auf der Vollversammlung konnte sich diese Position mehrheitlich nicht durchsetzen, wobei KB Nord Mitglieder eine entscheidende Rolle spielten. Sie bejammerten die subjektiven Schwierigkeiten und schätzten die günstigen Momente gering. Der Streikabbruch wurde mit 56 zu 45 Stimmen beschlossen. Die volle Tragweite dieser Erscheinung wurde erst deutlich, als die KB Nord-Vertreter vorschlug, die vorgelegten Rahmenverträge zur Verhandlungsgrundlage mit der Landesregierung und dem Kurator zu machen. Dies lehnte die Vollversammlung mit großer Mehrheit ab. – (m./Red.)

Hannover. Am 29.1. brach die Versammlung der Extrawachen an der Medizinischen Hochschule den am 20.1. begonnenen Streik gegen die Lohnkürzung ab. Mit Überstunden, die von der Pflegeleitung erzwungen werden konnten, und Streikbrechern, zum großen Teil nicht Medizinstudenten, konnte die Wirkung des Streiks abgefangen werden.

Allein im Januar wurden 400000 arbeitslos

Kürzungen des Arbeitslosengeldes seit 1.1. in Kraft/FDP-Rubin fordert Arbeitsdienst

1351000 Arbeitslose und 743300 Kurzarbeiter waren Ende Januar bei den Arbeitsämtern gemeldet, die höchste Arbeitslosenzahl seit 17 Jahren. Allein im Januar haben sich 409300 neue Arbeitslose gemeldet. Sie kriegen gleich die kräftigen Kürzungen des Arbeitslosengeldes zu spüren, über die wir in der KVZ Nr. 2 berichtet haben. Besonders die Familien, in denen beide lohnabhängig sind, haben bis zu mehreren Hundert Mark weniger. Die bürgerliche Presse hatte diese im Rahmen des Haushaltssicherungsgesetzes hinterrücks beschlossenen Streichungen bisher fast völlig verschwiegen. Erst am 6.2. kam die „Bild"-Zeitung mit der Schlagzeile: „Neue Arbeitslose. Sie kriegen weniger Geld". Tags darauf brachte sie den Geschäftsführer der CDU/CSU Jenniger. Die Kürzungen seien „um so skandalöser, als erst zu Jahresbeginn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht wurden." Nachdem die Streichungen längst unter Dach und Fach sind, will die CDU/CSU den Zorn über diesen Skandal auf ihre Mühlen lenken. Natürlich ist ihre Aufregung reine Heuchelei. Die CDU hat zwar die Änderung am Arbeitsförderungsgesetz abgelehnt, gerade über die Änderung der Berechnungsgrundlage für das Arbeitslosengeld hat sie aber kein einziges Wort verloren.

Die Kürzungen kommen dadurch zustande, daß bei der Berechnung des Steuerabzugs nicht mehr wie bisher von der Einkommenssteuertabelle, sondern direkt von der Lohnsteuertabelle der jeweilige Steuerklasse ausgegangen wird. Durch diese Änderung der Berechnung wird das Arbeitslosengeld gekürzt, insbesondere für verheiratete Lohnabhängige, wenn beide gearbeitet haben und einer arbeitslos wird.

Die räuberische Absicht verrät auch die Bestimmung, daß den verheirateten Arbeitslosen ausdrücklich ein Wechsel in eine günstigere Steuerklasse verweigert wird.

Inzwischen sind in der bürgerlichen Presse weitere Pläne ins Spiel gebracht worden, die Arbeitslosigkeit im Sinne der Kapitalisten auszuschlachten. Schon im November hat der Sozialdemokrat Ehrenberg in der „Frankfurter Rundschau" (11.11.) den Vorschlag gemacht, die Bundesanstalt für Arbeit solle zukünftig „in der Hochkonjunktur ihre Überschüsse zinslos bei der Bundesbank deponieren und in konjunkturellen Schwächeperioden (nach Abbau der Guthaben) direkt aus der Bundesbank refinanziert werden, mit Zins und Zinseszins, versteht sich. Die Arbeitslosenversicherung vollständig unter der Fuchtel der Staatsbankiers, da gerät der Sozialdemokrat Ehrenberg ins Schwärmen.

Ein nicht weniger fettes Geschäft verspricht sich der Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach von einem „Notopfer" für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe. Er hat vorgeschlagen, den Differenzbetrag zwischen dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe durch eine Umlage aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Höhe von einem halben Prozent ihres Einkommens auszugleichen. Die Unternehmen ausgenommen. So könne man verhindern, daß die länger Arbeitslosen ins Hungertuch kommen. Dann doch ihm geht kein Geschäft. Für den Anfang, meint der Bankier, würden die Banken gerne für 1,5 Milliarden Kredit geben. Denn Geld hätten sie genug.

Diese Woche hat nun das Mitglied des FDP-Bundesvorstands vorgeschlagen, die Arbeitslosen für etwas mehr als die Arbeitslosenunterstützung im Rahmen eines staatlichen Notstandsprogramms einzusetzen, für Straßenbau, Küstenschutz und ähnliches. Arbeitsdienst nannte sich das bisher.

Außerdem hat die Bundesregierung eine Gesetzesänderung eingebracht, mit der sie hofft, daß das „freiwillige soziale Jahr" jugendliche Arbeitslose ködern will. - (hv)

CDU-Kommission verlangt Beseitigung des Streikrechts im öffentlichen Dienst

Nur Streik kann die Reaktion zurückschlagen

Der CDU-Abgeordnete Vogel aus Ennepetal hat sich mit etlichen seiner Fraktionskumpanen zusammengetan, um seinen Beitrag zur Vorbereitung der Lohnauseinandersetzunng im öffentlichen Dienst zu leisten. Bekanntlich werden am 16. Februar die Verhandlungen beginnen.

Die CDU-ler haben entdeckt, daß der „Anstieg der Personalkosten nicht auf die Einkommensentwicklung beim einzelnen Beschäftigten zurückzuführen sei“. Entscheidend sei für den „überproportionalen Anstieg“, daß es zu viele wären, die bei Bund, Ländern und Gemeinden Beschäftigung hätten.

Genauso würden zuviele relativ zu hoch bezahlt. Deswegen sollten sich Bund, Länder und Gemeinden zusammenschließen und festhalten, daß bis zum Jahre 1980 keine strukturellen Einkommensverbesserungen mehr durchgeführt werden.

Damit ein solches Abkommen nicht etwa durch den Kampf der Gewerkschaften zerschlagen werden könne, müsse man darüber nachdenken, wie man das Streikrecht beseitigen könne.

Nach Ansicht dieser Reaktionäre ist es sowieso klar, daß ein reguläres Streikverbot für die Bereiche der „lebensnotwendigen Daseinsvorsorge“ möglich ist.

Unter diesen Bereichen verstehen CDU-Vogel und Konsorten etwa „Versorgungs- und Verkehrsbetriebe“ sowie „Kranken- und Pflegeanstalten“. Dort könne der öffentliche Arbeitgeber das Streikrecht ohne weiteres völlig ausschließen, ohne mit der „grundgesetzlich garantierten Tarifautonomie in Konflikt zu geraten“.

Dies ist in der Tat der Ausgangspunkt. Sowohl für die Reaktionäre von der CDU wie auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Reaktionäre bedauern, daß der Streik „grundsätzlich zulässig“ sei. Die Beschäftigten in öffentlichen Diensten sehen, daß er praktisch und grundsätzlich das einzige Mittel zur Vertretung ihrer Interessen darstellt.

Die Reaktionäre sind nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt mit ihren „Gedanken“ herausgeplatzt. Sie wollen ein „Signal setzen“, wo es lang geht.

Ihre Überlegung besteht in folgendem: Sie bedenken: Es mag sein, daß die Lohnfront für 135 DM sich als sehr hart erweist. Um sie aufzuweichen, müssen wir dem einzelnen Arbeiter zugeben, daß es nicht der Lohn ist, den er erhält, an den wir ranwollen. Dafür werden wir ihn nicht gewinnen. Daher das Zugeständnis. Vertuscht soll damit werden, daß es die gleiche Sache ist, ob 100 Arbeiter um 10 % weniger Lohn kriegen oder 10 Kräfte beseitigt werden und die übrigen 90 die gleiche Arbeit für insgesamt weniger Lohn machen müssen.

Es bleibt eine Verausgabung von Arbeitskraft, die nicht gezahlt wird. In der Öffentlichkeit ist es vielleicht nicht bekannt, und der CDU-Vogel weiß es entsprechend nicht, das ganze Jahr über steigern sich die betrieblichen Kämpfe gegen die Rationalisierung und die Stellenstreichungen. Es besteht wenig Aussicht, daß der Plan, die Lohnsenkung hinter der Mehrarbeit durch Rationalisierung zu verbergen, Aussicht auf Erfolg hätte. Eine Verteidigung der 135 DM-Forderung würde im Gegenteil dazu führen, daß alle Kämpfe gegen die Rationalisierung Aufschwung nehmen würden. Daher ist auch weniger die betrügerische Seite an diesem Vorschlag wichtig. Es ist eine naive Vorstellung, wenn man annimmt, die Bourgeoisie sei im Stande, eine **siegreiche Gewerkschaft** zur Aufgabe ihrer Tarifrechte bis 1980 zu bewegen oder mit Streikverbot zu belegen.

Die Vogelschen Vorschläge zielen vielmehr darauf ab, im Falle einer Niederlage, eines Zusammenbruchs der Lohnfront, die Linie festzulegen, auf der die öffentlichen Dienstherren nachzusetzen hätten.

Diese Reaktionäre rechnen so: Wenn die Arbeiter sehen, daß in der Lohnfrage, wo sie ihre Geschlossenheit am leichtesten herstellen können und die Spaltung am schwierigsten ist, sie mit ihrer um ein einheitliches Ziel geballten Millionenkraft nichts erreichen können, dann werden sie in anderen Fragen auch nachgeben. Um das richtig ausnutzen zu können, müssen weitergehende Pläne schon vorher ins Gespräch gebracht werden. Zu diesem Zweck gründen Abgeordnete wie der Vogel/Ennepetal Arbeitsgruppen der CDU.

Allerdings sind das nicht die einzigen Arbeitsgruppen, die gegenwärtig gegründet werden. Im gesamten öffentlichen Dienst gibt es eine Beschleunigung und Ausweitung des gewerkschaftlichen Lebens. Viele Gewerkschaftsmitglieder sehen genau, daß in dieser Lohnbewegung nicht nur über die notwendige Forderung von 135 DM entschieden wird, sondern je nach Sieg oder Niederlage Auswirkungen auf alle Auseinandersetzungen mit dem staatlichen Dienstherren da sein werden. So wollen viele ihr Teil dazutun, daß es ein Erfolg wird.

Die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften beherrschen, sehen die Lage anders. Zu erwarten ist, daß sie gerade angesichts der äußerst reaktionären Pläne folgenden Sozialdemokratenschmarren verbreiten:

Streik im Wahljahr, das ist schlecht für die Regierung. Es wird sowieso schon knapp. Wenn aber Leute wie der Vogel drankommen, dann wird es ganz schlecht. Gerade weil die Pläne der Reaktionäre so reaktionär sind, muß man nachgiebig sein. Dann bleibt vielleicht die SPD dran. Davon haben wir wenigstens das Versprechen, daß aus diesen reaktionären Plänen nichts wird.

Man möchte hinzufügen: Und die Lohnsenkung, die verschärfte Ausbeutung, zu der dieses Nachgeben, genauso wie die Reaktionäre wollen, führt, haben wir dann sogar schon sicher! Und unsere Rechte haben wir, insofern wir versprechen, daß wir sie nicht benutzen! Großartig.

Es kann leicht geschehen, daß die Sozialdemokraten die Lohnfront im öffentlichen Dienst aus diesen Gründen von innen her aufrollen, wenn man sie läßt.

Dies kann und muß man verhindern. Man kann es nur verhindern, wenn auch der vernageltste Gewerkschaftsführer sieht, daß ein Heruntergehen von den 135 DM so oder so zu Streiks und Kampfaktionen führt.

Die Reaktionäre können nur durch Kampf zurückgeschlagen werden. Die Sozialdemokraten können in diese Kampffront nur und nur so weit hineingezogen werden, als sie auch gegen ihren Willen schon aufgebaut wird.

Gerad in den letzten Wochen haben viele Gewerkschaftsmitglieder feststellen müssen, daß die größten Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen gegenwärtig von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ausgehen.

Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Die herrschende Klasse kennt gar kein „Erbarmen“ und hat kein „Verständnis“, sie hat nur Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit. Jedes Nachgeben stachelt bloß ihren Heißhunger an. – (mf)

ÖTV-Tarifverhandlung am 16.2.

ÖTV-Mitglieder fordern: Die 135DM durchsetzen



Westberlin. Der Vorstand der Betriebsgruppe Technische Universität hat beschlossen, die Forderung nach 135DM öffentlich an der Technischen Universität auszuhängen. Der Vertrauensbereich Erweiterungsbau hat ein Plakat: „Mindestens 135 DM für alle“ bereits deutlich an der TU angeklebt. (siehe Bild)

Westberlin. Der Vorstand der Betriebsgruppe Technische Universität hat beschlossen, die Forderung nach 135DM öffentlich an der Technischen Universität auszuhängen. Der Vertrauensbereich Erweiterungsbau hat ein Plakat: „Mindestens 135 DM für alle“ bereits deutlich an der TU angeklebt. (siehe Bild)

Frankfurt/M. Der Vertrauensleutekörper Universität-Kernbereich hat auf seiner Sitzung am 4.2. den ÖTV-Kreisvorstand aufgefordert, am Tag nach der ersten Verhandlung eine Protestkundgebung mit allen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchzuführen. Am gleichen Tag soll vor der Mensa eine Kundgebung sein. Sollte der Kreisvorstand die geforderte Protestkundgebung nicht organisieren, werden die Vertrauensleute sich an andere Betriebsgruppen wenden und mit ihnen gemeinsam auf dem Gelände der Universität eine Kundgebung durchführen.

Oldenburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Oldenburg beschloß, die GEW-Betriebsgruppe und den Studentenrat aufzufordern, die Forderungen der ÖTV zu unterstützen und die notwendigen Aktionen der Kollegen entschlossen zu unterstützen. Die Lohnforderung soll in der Mensa aufgehängt werden.

Heidelberg. Die ÖTV-Abteilung Sozialarbeit des Rhein-Neckar-Kreises fordert von der Kreisverwaltung der ÖTV, eine Kundgebung unter freiem Himmel zu veranstalten und diese durch Flugblätter in allen Betrieben des öffentlichen Dienstes vorzubereiten.

Hamburg. Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Justizreferendare hat beschlosen: An die Große Tarifkommission wird ein Brief geschrieben, wo die volle Durchsetzung der 135 DM gefordert wird, andernfalls gestreikt werden soll. An den ÖTV-Brettern werden Pressemeldungen zur Tarifrunde kommentiert ausgehängt. Der Abteilungsvorstand soll einen Aufkleber erstellen mit der Aufschrift: „135 DM sind schon zu knapp, davon rükken wir nicht ab!“

Lorsch/Bergstraße. Die ÖTV-Betriebsgruppe am Krankenhaus Lorsch hat einstimmig beschlossen, daß die ÖTV-Kreisverwaltung Darmstadt aufgefordert wird, zum Zeitpunkt der ersten Verhandlungen eine Veranstaltung durchzuführen,

München. Die Mitgliederversammlung der ÖTV, Abteilung Frauen, am 6.2. beantragte, zu Beginn der Tarifverhandlungen eine Mitgliederversammlung durchzuführen, wo über den Stand der Verhandlungen beraten und Kampfschritte wie Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks beschlossen werden können. Schon die 100 anwesenden ÖTV-Kollegen auf der Mitgliederversammlung der Abteilung Sozialarbeit am 19.1.76 hatten einstimmig denselben Beschluß gefaßt.

Die Frauenversammlung forderte zusätzlich, daß sofort nach der Verhandlung am 16.2. eine Gesamtmitgliederversammlung in München stattfindet. Der Kreisvorstand soll Aktionen in die Wege leiten, Flugblätter verteilen und Informationsstände in der Stadt über die wirkliche Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchführen.

Flensburg. Die ÖTV-Abteilung Sozialarbeit hat einen offenen Brief an die gesamten Abteilungen der ÖTV in Flensburg geschickt. Der ÖTV-Kreisgeschäftsführer hat diesen Brief im Auftrag der ÖTV-Abteilung an die Presse geschickt. In dem Brief wird begründet, daß die 135 DM Forderung richtig ist, weil sie bewirkt, daß die Mehrheit in den unteren Lohngruppen ihr Lebensniveau sichern kann. Den Angriffen auf die Forderung von seiten des Dienstherrn in Presse und Rundfunk muß durch die Einheit der Kollegen entgegengetreten werden. Auf der Mitgliederversammlung Rathaus Flensburg haben die anwesenden 35 Mitglieder diesen Brief ebenfalls einstimmig beschlossen. Der ÖTV-Personalrat soll diesen Brief auf der nächsten Personalratssitzung bekanntgeben und auf der nächsten Personalversammlung öffentlich machen.

Westberlin. Die **ÖTV-Mitgliederversammlung am Urbankrankenhaus** fordert die volle Durchsetzung der 135 DM-Forderung. Eine Urabstimmung soll angesetzt werden, sobald der Arbeitgeber ein Angebot unter 135 DM macht. Es wurde beschlossen, Transparente mit der 135 DM Forderung anzubringen.

Wir wollen 135 Mark für alle gleich durchsetzen

Freiburg. Schon Kanzler Schmidt wurde in der Freiburger Stadthalle mit der Forderung nach 135 DM konfrontiert. Seit 14 Tagen tragen Kollegen aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung (Universität) selbstgebastelte Plaketten zur Durchsetzung der 135 DM und haben ein Plakat entworfen, das jetzt gedruckt werden soll. Für den Tag des Verhandlungsbeginns haben die ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung beschlossen, einen Informationsstand vor dem Mensapersonal-Eingang zu machen, um alle Aufmerksamkeit auf die Durchsetzung der 135 DM zu lenken. Sie sagen: „Wir glauben, daß die Verhandlungen entsprechend hart werden und schlagen vor, von Anfang an zu zeigen, daß es an den 135 DM nichts zu drehen und zu wenden gibt. Unterstützt unser Telegramm an die große Tarifkommission: Kein Verhandlungsspielraum – 135 DM für alle!“ (aus dem Wandtafeltext)

Gegen Rationalisierungsmaßnahmen

Freiburg. Der öffentliche Dienstherr sucht fieberhaft nach Rationalisierungsmöglichkeiten auf dem Rücken der Beschäftigten, andererseits hat er einen drastischen Lohnabbau im Auge. Mit Begeisterung unter den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kann er damit nicht rechnen – ganz im Gegenteil werden in verschiedenen Abteilungen und in der Gewerkschaft Maßnahmen dagegen ergriffen. Hier nur ein Beispiel aus der Hautklinik:

In allerkürzester Zeit sollen in der gesamten Klinik 200 Stellen eingespart werden. Das ist so geplant, daß bei der Kündigung oder Pensionierung die Stellen nicht

griffen. Hier nur ein Beispiel aus der Hautklinik:

In allerkürzester Zeit sollen in der gesamten Klinik 200 Stellen eingespart werden. Das ist so geplant, daß bei der Kündigung oder Pensionierung die Stellen nicht

neu besetzt werden. Auf die Männerstation in der Hautklinik soll im April eine solche Streichung zukommen. Die Kollegen wissen schon jetzt, daß das zum Chaos führt, denn die fehlende Stelle soll überbrückt werden, indem Tag- und Nachtdienst sich nach Vereinbarung die Arbeit aufteilen. Die Kollegen haben sich an den Personalrat gewandt, der sich auf den Tarifvertrag stützte, daß es nämlich nicht zulässig ist, einen der für Nachtdienst eingestellt ist, in den Tagdienst zu übernehmen. Er sicherte den Kollegen Unterstützung zu, falls es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt.

Westberlin. Auf einer Personalversammlung der Bediensteten der Technischen Universität wurden die Sparmaßnahmen des Westberliner Senats zu Lasten der Beschäftigten einstimmig bei wenigen Enthaltungen abgelehnt. Damit verhindert wird, daß der durchgeführte Stellenstopp zu Mehrarbeit bei den Kollegen führt, wurde der Personalrat aufgefordert, weitere Überstunden nicht zu genehmigen. Dieses wurde sofort als ein Kampfschritt gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Senats begriffen. Weiterhin begrüßte die Mehrheit der etwa 800 Anwesenden gewerkschaftliche Aktivitäten zu einer Demonstration gegen die Sparmaßnahmen und gegen die Gebührenerhöhungen der Senatsbetriebe.

Köln. Die Mitgliederversammlung der ÖTV Abteilung Sozialwesen fordert: Vor Beginn der Verhandlungen Ständer in der Innenstadt gegen die Hetze der Presse und Aufklärung über die Notwendigkeit und Richtigkeit der ÖTV-Forderung. Am ersten Verhandlungstag eine Kundgebung in der Innenstadt.

ÖTV Hessen fordert Aufhebung des Radikalenerlasses

Die Aufhebung des Radikalenbeschlusses forderten die 170 Delegierten der ÖTV-Bezirkskonferenz Hessen am vorletzten Freitag in Gießen. Auch die Sondergesetze zur Säuberung des öffentlichen Dienstes wurden verurteilt und der ÖTV-Hauptvorsand aufgefordert, sie zu bekämpfen.

Proteste gegen fristlose Entlassung von 3 Betriebsräten

Die Leitung will freie Hand, um

Proteste gegen fristlose Entlassung von 3 Betriebsräten

Die Leitung will freie Hand, um den Schießerlaß durchzuführen

Neckargemünd. Vorletzte Woche wurden am Rehabilitationszentrum Neckargemünd 3 gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte fristlos gekündigt. Das ist von Seiten der öffentlichen Dienstherren, hier dem Stiftungsrat des RZN der bisher schärfste Angriff auf die gewerkschaftliche und politische Betätigung von gewählten Vertretern der Belegschaft (siehe Bericht KVZ 5/76).

Gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst, gegen die Einführung der Bespitzelung durch den Schieß-Erlaß haben sich die Vertrauensleute am Rehabilitationszentrum in einer Resolution klar ausgesprochen und fordern die sofortige Wiedereinstellung der gekündigten Betriebsräte. Außerdem wandte sich der Vertrauensleutekörper an alle gewerkschaftlichen Gremien und forderte die Kollegen auf, in ihren Bereichen dazu beizutragen, die Forderung nach Wiedereinstellung der Betriebsräte zu unterstützen. Der Angriff der Stiftungsleitung auf die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stößt auf Empörung und Ablehnung durch andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Von mehreren Gewerkschaftsgruppen im Raum Heidelberg – so von den Johannesanstalten in Unterschwarzach, der Arbeitsgemeinschaft für empirische Bildungsforschung, der Orthopädischen Klinik Schlierbach, der Fachgruppe für Sozialarbeit, kamen Solidaritätsresolutionen, die sich alle für die sofortige Wiedereinstellung der gekündigten Betriebsräte aussprachen. Auch die Juso-Kreisdelegiertenkonferenz befürwortete alle Maßnahmen, die zur Wiedereinstellung der Gekündigten führen. Die Gewerkschaftsgruppe am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg schrieb an die Geschäftsleitung am Rehabilitationszentrum Neckargemünd (RZN) einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Hiermit erklären wir Ihnen unsere tiefste Abscheu gegenüber Ihren Maßnahmen, deren Ziel es ist, die von der Belegschaft gewählten Vertretungsorgane praktisch zu unterdrücken. Die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen gegen die drei Kollegen zeigen allen Demokraten nur zu deutlich, daß der Schieß-Erlaß konsequent bekämpft werden muß.

Am 10. Februar hat die Stiftung durch ihren Vertreter Boll die Personalvertretungsorgane aus dem Rehabilitationszentrum Neckargemünd, dem Berufsförderungswerk Wieblingen und dem Rehabilitationskrankenhaus Langensteinbach zusammengerufen, wo Boll im Namen des Stiftungsvorstandes beantragte, folgendem Beschluß zuzustimmen: „Vorstand und Personalvertretungen der Stiftung Rehabilitation halten die Zugehörigkeit zur Organisation KBW und/oder ihre aktive Unterstützung zum Nachteil der Stiftung für unvereinbar mit einem Mitarbeiterverhältnis bei der Stiftung Rehabilitation.“ Für die dreckigen Geschäfte der Leitung, die Beschäftigten zu unterdrücken, dürfen sich die Vertretungen der Beschäftigten nicht hergeben.

Was für den Direktor Boll ein Nachteil ist, ist keineswegs ein Nachteil für die Beschäftigten, über die er das Kommando führt. Man kann geradezu davon ausgehen, daß der Direktor immer dann Nachteile für sich und seinen Betrieb befürchtet, wenn die Belegschaft dabei ist, einen Vorteil zu erringen, wie sie das mit der Betriebsratswahl getan hatte. Darum darf man dem Dienstherrn keine freie Hand lassen.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Nichts zum „Ausschöpfen"

Vor Jugendfunktionären der IG-Metall hat das für Jugendfragen zuständige Mitglied des Hauptvorstandes der IGM, Georg Benz, letzte Woche in Augsburg dazu aufgerufen, daß das vor kurzem im Bundestag mit nur einer Gegenstimme verabschiedete Jugendarbeitsschutzgesetz „voll ausgeschöpft" wird. (Frankfurter Rundschau, 5.2.76) In der Metallzeitung 2/76 hatte es noch geheißen, das neue Gesetz sei in einer Reihe von Punkten schlechter als das alte. Eine Nummer später geht's dagegen schon ans „Ausschöpfen".

Vor allem Jugendvertreter, Betriebsräte und die IGM-Vertrauensleute sollen eingeschaltet werden, damit das gelingt. Benz fordert außerdem die Bundesländer auf, die Kontrollen beim Jugendschutz verstärkt durchzuführen und die über eine Million Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz einzudämmen. Was kann ausgeschöpft werden bei diesem Gesetz und von wem?

In den Kämpfen, die die Arbeiterjugendlichen im letzten Jahr in den Betrieben und an der Berufsschule führten, konnten zunehmend Forderungen nach Schutzbestimmungen für die Arbeiterjugend verankert und der hemmungslosen Ausbeutung durch die Kapitalisten entgegengestellt werden. Dazu gehört das Verbot der Akkordarbeit und seine Kontrolle durch Betriebsrat und Gewerkschaft, dazu gehören acht Wochen Urlaub und Sechsstundentag für Jugendliche. Dazu gehört auch das generelle Verbot der Nacht- und Schichtarbeit und das Verbot der Kinderarbeit, und zwar ohne jede Ausnahme. Dazu gehört die Forderung nach generell arbeitsfreien Berufsschultagen. Auf den vielen Jugenddemonstrationen des letzten Jahres wurden auch diese Forderungen an die Öffentlichkeit getragen.

Was bringt nun das neue Jugendarbeitsschutzgesetz von alledem? Nichts. Das neue Gesetz ist gerade dazu geschaffen worden, noch die Tausende von Verstößen gegen das bestehende Gesetz, von denen G. Benz spricht, abzusichern und zu legalisieren. Das neue Gesetz ist gerade dazu geschaffen worden, die jugendliche Arbeitskraft der verstärkten Ausbeutung preiszugeben. Wo früher ein generelles Verbot der Akkordarbeit vorhanden, ist jetzt mit dem neuen Gesetz zu schon vorhandenen Ausnahmeregelungen die Freigabe der Akkordarbeit für Jugendliche durch die Kapitalisten gesichert. (Siehe KVZ 3/76) Die Kinderarbeit ist durch allerlei Ausnahmeregelungen gut möglich, besonders auf dem Land und beim Zeitschriftenaustragen, ebenso verhält es sich mit der Nacht- und Schichtarbeit, wo ebenfalls Ausnahmeregelungen den Kapitalisten zubilligen, die Jugendlichen in ihren Fabriken zu halten. Kurz, der bürgerliche Staat, die bürgerlichen Parteien, vorneweg die SPD/FDP-Regierung haben ein Gesetz geschaffen, das die Profitinteressen der Kapitalistenklasse voll befriedigen soll. Und da ruft der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer zum „vollen Ausschöpfen" auf. Jahrelang war die Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes ,der Entwurf der SPD/FDP-Regierung, Schlager sozialdemokratischer Gewerkschaftsjugendpolitik. Jetzt hat die Reaktion die Reform vom Tisch gefegt und jetzt sollen sich die Arbeiter und ihre Jugend nach Meinung von Benz unterwerfen und die Reaktion „ausschöpfen". Ausschöpfen, das können bei diesem Gesetz nur die Kapitalisten. Die Arbeiterklasse und ihre Jugend muß dieses Machwerk des Kapitals rundweg ablehnen. Sie muß weiterhin für die Schutzforderungen eintreten, die im ganzen letzten Jahr erhoben worden sind für die Jugend.

Die Vorbereitungen zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, und die anstehenden Jugendvertreterwahlen im Mai und Juni dieses Jahres sind eine ausgezeichnete Gelegenheit dafür. Sicher ist, daß zu den Jugendvertreterwahlen Arbeiterjugendliche die Ablehnung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf ihr Programm setzen. Die Unterstützung der Arbeiter, in den Betrieben und in den Gewerkschaften, haben sie dabei gewiß. – (jk)

Polizeistation statt Jugendhaus
Mannheim. Seit zehn Jahren drän- nen kürzester Frist dagegen haben

Polizeistation statt Jugendhaus

Mannheim. Seit zehn Jahren drängen die Jugendlichen in dem Stadtteil Vogelstang darauf, daß endlich ein Jugendhaus gebaut wird, damit 2000 Jugendliche nicht ständig auf der Straße herumhängen müssen. Viele Versprechungen sind ihnen gemacht worden, aber es ist kein Stein auf den anderen gekommen. Jetzt sind zwar erste Mittel im Haushaltsplan der Stadt vorgesehen, aber die stehen nur auf dem Papier. Den bestehenden Jugendhäusern in der Stadt sind gleich 30000 DM abgezogen worden. Binnen kürzester Frist dagegen haben sich die Stadtherren geeinigt, daß auf der Vogelstang jetzt eine Polizeistation gebaut wird. Gegen das „Rowdytum" sähe er „keine andere Maßnahme als das Wissen um die ständige Präsenz der Polizei". „Koste es, was es wolle", meinte einer der Stadträte. Die Verwandlung eines Jugendhauses in eine Polizeistation – ein garstiges Lied! Die Herren der Stadt rechnen, daß sie mit der Peitsche jetzt weiterkommen als mit dem Zuckerbrot.

Gegen die bürgerliche Schulpolitik

Kampfaktionen reißen nicht ab

Die Kampfaktionen gegen die bürgerliche Schulpolitik reißen nicht ab. Nachdem erst vor wenigen Tagen Zehntausende gegen die Verschlechterung der Lage im Volksbildungswesen auf die Straße gegangen sind, haben auch in der letzten Woche wieder Streiks und Demonstrationen stattgefunden, in verschiedenen Städten werden erneut Vorbereitungen für Demonstrationen und Aktionen getroffen. Dabei drängen immer mehr Eltern, Schüler und Lehrer auf ein gemeinsames Vorgehen. Sie sehen: Je weniger es der Schulbürokratie gelingt, Schüler, Eltern und Lehrer auseinanderzudividieren, je enger sie sich zusammenschließen, desto besser können sie ihren Forderungen Geltung verschaffen.

Kassel. Zur Vorbereitung einer erneuten Demonstration gegen die Schulpolitik der hessischen Landesregierung insbesondere die Nichteinstellung von Lehrern hat der Elternbeirat der Gesamtschule Waldau zu einem Treffen von Vertretern aller Kasseler Schulen aufgerufen. An der Schule soll jetzt Mitte Februar die Schulgemeinde, also die Versammlung aller Eltern, Lehrer und Schüler einberufen werden. „Wir müssen uns ... zusammentun", heißt es in dem Beschluß des Elternbeirats, „denn es geht um die Belange unserer Kinder. – Wir dürfen nicht mitspielen, wenn die Kultusbürokratie versucht, uns zu vereinzeln: Solidarität ist das Gebot der Stunde!"

Bad Endbach-Hartenrod. Gegen die vom hessischen Kultusministerium verfügte Streichung von Lehraufträgen gegen zwei schon pensionierte Lehrerinnen mitten im Schuljahr streikten auf Beschluß einer Elternversammlung die Schüler von 3 Klassen an der Mittelpunktschule in Hartenrod. Einer der beiden Lehraufträge wurde inzwischen verlängert.

Offenbach. Die Kreisversammlung der GEW Offenbach-Land hat am 4.2. beschlossen, sich mit dem Schulstreik in Ober-Roden zu solidarisieren (siehe KVZ Nr. 5/76). Die Versammlung hat den Lehrern empfohlen, wenn auch an anderen Schulen Streiks für die Einstellung von Lehrern durchgeführt werden, Personalversammlungen einzuberufen, den GEW-Apparat zur Verfügung zu stellen und sich an den Streiks und Demonstrationen zu beteiligen.

Düsseldorf. Auf einer GEW-Veranstaltung am 29.1. unter dem Thema „Auf Kosten Ihrer Kinder", zu der etwa 200 Menschen, darunter die Hälfte Eltern erschienen waren, wurde die Schulpolitik der Landesregierung heftig angegriffen. Seit dem 1.2. müssen 3720 Grund- und Hauptschullehrer mit abgeschlossener Ausbildung mit halber Stundenzahl für 700 DM netto arbeiten, was knapp über dem Sozialhilfeniveau liegt.
Allein in Düsseldorf führt das dazu, daß weit über 500 Lehrer fehlen. In diesem Jahr sollen 6 Schulen ganz geschlossen werden. Gerade die Eltern drängten auf der Veranstaltung auf gemeinsames Vorgehen gegen diese Politik der Landesregierung. Der GEW-Vorstand des Stadtverbandes mußte auf Drängen der Versammelten zusagen, daß für den 11.2., wenn der Landtag den Haushalt verabschieden will, eine Demonstration vorzubereiten, die vom DGB durchgeführt werden soll.

Essen. Gegen Lehrermangel und unerträglichen Leistungsdruck streikten am 29.1. über 100 Schüler von vier Gymnasien und zogen in einer Demonstration von einer Schule zur anderen. Trotz massivem Polizeiaufgebots und Drohungen der Schulleitungen konnte die Protestaktion erfolgreich durchgeführt werden. Auch bei den Eltern fand die Aktion Unterstützung. Unmittelbarer Anlaß war, daß im Zuge der „Oberstufenreform" in verschiedenen Fächern der Lehrermangel jetzt schon so groß ist, daß Plätze für den Besuch von Kursen **ausgelost** werden müssen. In einer Erklärung stellen die Schüler fest, daß die „schönen Versprechungen der Oberstufenreform" nicht erfüllt worden seien. Daß diese Reform „einen ungeheuren Leistungsdruck hervorruft, der den Schüler in die Isolation und zum Egoismus treibt". Die Essener Bezirksschülervertreter rufen für den 7.2. zu einer Demonstration gegen die Mißstände bei der Oberstufenreform auf.

Mühlheim/Köln. Über 200 Schülerinnen am Genoveva-Gymnasium streikten am vorletzten Mittwoch gegen das Berufsverbot für die Referendarin Angelika Lehndorff-Felsko.

Hamburg-Altona. Weil seit Wochen wegen einer kaputten Heizung die 700 Schüler der Haupt- und Realschule Musäusstraße frieren müssen, zogen jetzt 120 Schüler in einem Protestmarsch zum Altonaer Rathaus. Jetzt wird Tag und Nacht durchgeheizt.

Worms. Zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem rheinland-pfälzischen Kultusminister Vogel über „Das Ende der Bildungsreform" waren neben der CDU-Parteianhängerschaft über 60 Menschen gekommen, um den Minister wegen seiner Schulpolitik zur Rede zu stellen. Massiver Polizeieinsatz war die Antwort des Ministers. Nach der Veranstaltung wurde Vogel mit Transparenten gegen die Schließung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und „Einstellung aller Lehrer!" erwartet. Wieder prügelte die Polizei auf die Menschen ein und nahm mehrere fest. Ein Ei flog dem Vogel an den Kopf.



Rüsselsheim: 500 demonstrieren gegen den Krollmann-Erlaß

Rüsselsheim: 500 demonstrieren gegen den Krollmann-Erlaß

Hessen. Die hessische Schülerschaft ist entschlossen, den von der Landesregierung geplanten Maulkorberlaß für die Schülervertretungen zu Fall zu bringen. Am 4.2. haben in **Rüsselsheim** 500 aus dem Kreis Groß-Gerau gegen den Erlaß demonstriert, darunter viele Eltern und Lehrer, die den Kampf der Schüler für ihre Rechte unterstützen. Aufgerufen hatte zu der Demonstration der Kreisschülerrat.

In **Friedberg** haben die Schülervertreter von fünf Schulen einstimmig die Durchführung einer örtlichen Demonstration am 18.2. gegen die Rechtsverordnung beschlossen.

An der Käthe-Kollwitz-Schule (einer Berufsschule) in **Offenbach** haben sich mehrere Tagesversammlungen für die Organisierung eines landesweiten Streiks ausgesprochen.

An der Falk-Schule in **Frankfurt** hat die Schülervertretung über Aktionen während der Aktionswoche an den Frankfurter Schulen Beschlüsse gefaßt. Unter anderem wollen die Schüler auf den Römerberg marschieren und durch ein öffentliches Turnen auch ihrer Forderung nach einer Turnhalle Nachdruck verleihen.

Um einen landesweiten Streik vorzubereiten, finden in **Darmstadt** in dieser Woche Aktionstage mit mehreren Veranstaltungen statt, darunter Podiumsdiskussionen, zu denen die bürgerlichen Politiker eingeladen sind.

Wir brauchen eine umfassende Ausbildung in Theorie und Praxis

Interview mit einem Schüler der Realschule Pestalozzistraße in Köln

Wann habt ihr mit dem Chemieunterricht begonnen?

In der siebten Klasse. Wir hatten dann zwei Jahre einen Lehrer, der einiges konnte. Das war allerdings auch kein ausgebildeter Chemielehrer, sondern ein Doktorand. Der hat den Unterricht ganz interessant gemacht, auch aktuell; der hat uns zum Beispiel während der sogenannten „Energiekrise" erklärt, wozu das Erdöl verarbeitet wird und was es sonst noch für Energieträger gibt. Der war also noch ganz gut; dann haben wir jetzt aber seit zwei Jahren einen neuen. Der ist Student, bzw. mittlerweile hat er sein Examen. Der macht nur äußerst selten und widerwillig Versuche, im letzten halben Jahr haben wir gar keinen mehr gemacht – wahrscheinlich hatte der wegen seinem Examen auch gar keine Zeit, sich vorzubereiten. Jedenfalls ist das Interesse der Schüler an Chemie, das in der siebten und achten noch ziemlich groß war, jetzt weg, weil einfach der Unterricht bloß noch theoretisch ist und ungeheuer langweilig.

Wie ist denn die Ausstattung der Schule für den Chemieunterricht?

Da sind nur einmal Geräte angeschafft worden, nämlich als die Schule geöffnet wurde, das war vor dreizehn Jahren. Die Ausstattung ist unheimlich primitiv. Da gibt es **eine** Destillationsanlage, das Elektrolysegerät ist seit zwei Jahren kaputt. Der Rest sind ein paar Erlenmeyerkolben, Reagenzgläser, Bunsenbrenner und eben die Grundchemikalien. Die sind aber dauernd verbraucht, und oft passiert es, daß die Schüler sie sich selbst anschaffen müssen, wenn sie überhaupt Versuche machen wollen. Der Abzug ist ebenfalls kaputt, so daß bei Versuchen, wo sich Dämpfe entwickeln, einfach das Fenster aufgesperrt wird. Du kannst dir denken, daß das nicht gerade gut ist für die Gesundheit.

Was habt ihr denn gelernt in den vier Jahren Chemieunterricht? Welche praktischen Fähigkeiten habt ihr erworben?

Nicht viel. Grundkenntnisse eben. Wir haben gelernt, wie die einfachsten chemischen Reaktionen ablaufen. Wir wissen zum Beispiel, wie Säuren hergestellt werden, das haben wir schon mal gemacht. Wir wissen zum Beispiel auch, daß, wenn wir Kupfer in Salpetersäure werfen, daß da Kupfernitrat bei rauskommt. Mit anderen Worten: Wir haben gelernt, wie Salze hergestellt werden – immer nur die primitivsten, versteht sich.

Das Schlimme an der Sache ist, daß man überhaupt nicht weiß, was man damit nun anfangen kann. Irgendwie ist das alles Spielerei, ohne jeden praktischen Nutzen ... Diese ganzen elektrolytischen Verfahren werden ja in der Metallindustrie ziemlich viel verwendet; ich weiß halt, daß zum Beispiel der Chrom auf die Stoßstangen bei den Autos draufkommt. Ich weiß das aber bloß; aber wie man das jetzt macht – keine Ahnung. Sowas mal selbst zu machen, was Nützliches herzustellen – gar nicht dran zu denken.

Wie sieht das denn in anderen Fächern aus?

Ich habe zum Beispiel als Wahlpflichtfach noch Biochemie, da kann man das noch besser dran sehen. Unsere Lehrerin, die ist eigentlich gar nicht schlecht, die gibt sich viel Mühe. Sie ist auch die einzige ausgebildete Chemielehrerin an der ganzen Schule. Biochemie, das hört sich zunächst mal so an, als ob da Chemiekenntnisse auf biologische Vorgänge angewandt würden. Das hört sich aber nur so an. Man kann sich viele Gebiete der Biochemie denken, hauptsächlich in der Medizin, aber auch in Kunsstoffherstellung, der Landwirtschaft usw.

Na gut, was haben wir gemacht? Wir haben mal den Vorgang der Polymerisation ausprobiert, das heißt die Herstellung von Riesenmolekülen, woraus der Kunststoff hergestellt wird. Da haben wir dann zwei Chemikalien und einen Katalysator zusammengeworfen und mit dem Bunsenbrenner aufgeheizt, da kam dann schließlich so eine Art Plastik raus. Das war's dann aber schon, damit konnten wir uns hinterher gegenseitig bewerfen. Was willste auch mehr machen bei der Ausstattung der Schule?

Und bei der Medizin noch schlimmer. Von der Herstellung oder der Funktionsweise der einfachsten Medikamente, da hab ich keine Ahnung.

Oder noch was anderes: Du kannst dir denken, daß die ganze Entwicklung der Landwirtschaft, Züchtung, Düngemittel usw., auf der Biochemie beruht. Aber jetzt glaub bloß nicht, wir hätten das mal ausprobiert, zum Beispiel wie ein bestimmtes Düngemittel auf bestimmte Pflanzen wirkt und die Sache dann weiterverfolgt und verbessert. Nichts. Mir ist das grad hier so aufgefallen, weil ich weiß, daß zum Beispiel in der Volksrepublik China die Jugendlichen auf dem Land so ausgebildet werden, daß sie gerade solche Sachen lernen. Die können dann wenigstens was.

Wie entwickeln sich denn die Schüler bei so einem Unterricht? Wie verhalten sie sich?

Unterschiedlich, das ist klar, je nach persönlichen Interessen. Was aber ganz klar auffällt, ist, daß, wenn praktisch was gemacht wird, wenn Versuche laufen, und wenn sie noch so primitiv sind, dann ist Interesse da, da beteiligen sie sich. Wenn's reine Theorie gibt, dann schlafft alles ab. Man muß sich das genau vorstellen: Der ganze Chemieunterricht zum Beispiel besteht ja fast nur aus Auswendiglernen,, wie soll sich da einer entwickeln? Der kann ja nur pauken lernen, und das wollen die meisten nicht, und da haben sie ja auch recht ...

Ich bin jetzt in der zehnten, also bald fertig. Gut, und was ist das Ergebnis? Ich hab einiges im Kopf, besonders das, wofür ich mich besonders interessiere, aber ich kann **praktisch** so gut wie nichts. Hier wird eben kein Wert darauf gelegt, daß man wirklich praktisch was lernt, produktive Fähigkeiten, die werden nicht entwickelt, die verkommen einfach. Das kann man deutlich feststellen ...

Du siehst das, je mehr du drüber nachdenkst, immer deutlicher: Wir brauchen eine umfassende Ausbildung, in der Theorie und Praxis miteinander verbunden sind; nur dadurch können die produktiven Fähigkeiten entwickelt werden. Dafür müssen wir kämpfen.

Der Kampf gegen den § 218 wird fortgesetzt!

Vorbereitungen auf die Aktionstage am 12. und die Demonstrationen am 21. Februar



Kassel: Richter Hesse verschanzt sich hinter Polizei



Frankfurt: Protestkundgebung vor dem Polizeipräsidium gegen die Verhaftung von Marion Kraft

BVG-Richter zur Rede gestellt

Kassel. Am 4.2. war Richter Konrad Hesse vom Bundesverfassungsgericht in Kassel. Vor ausgesuchtem bürgerlichem Publikum – Mitgliedern der Juristischen Gesellschaft und Stadtverordneten – wollte er zum Thema „Kirche und demokratischer Staat" sprechen.

Das Kasseler Komitee gegen den § 218 hatte die Gegner des § 218 mit Flugblättern aufgerufen: „Man muß unbedingt dafür sorgen, daß er nach Karlsruhe den sicheren Eindruck mitnimmt, daß das Volk mehrheitlich das Bundesverfassungsgerichts-Urteil ablehnt ..."

Etwa 30 Gegner des § 218 waren nach einer Kundgebung in der Innenstadt mit einem Transparent gekommen. Die erlauchte Gesellschaft zeigte sich verblüfft. Der Veranstalter erklärte, man habe von uns Kenntnis genommen und begänne nicht eher mit dem Vortrag, bis wir unsere Transparente eingepackt und uns entfernt hätten. Wir forderten im Namen der über 7000 Menschen in Kassel, die mit ihrer Unterschrift für die ersatzlose Streichung des § 218 eingetreten sind, Rederecht zum BVG-Urteil und die Antwort des Richters. Die bürgerliche Versammlung hub ein entsetztes Geschrei an, obwohl sie in der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" dreimal zu ihrer Veranstaltung eingeladen hatte.

„Sie haben hier nichts zu suchen" und: „Laden Sie doch den Richter auf Ihre eigene Veranstaltung ein." Dem Volk, antworteten wir, stellen sich die hohen Richter nicht, die muß man schon im eigenen Kreise aufsuchen.

Sie seien hergekommen, um zu „arbeiten", schrie man uns an. Wir hingegen brächten „Argumente von der Straße". – Diejenigen, die wirklich arbeiten in dieser Gesellschaft, genau diejenigen sind es, die durch den § 218 schikaniert und unterdrückt werden sollen, antworteten wir.

Die Aufregung war so groß, daß der Richter Hesse schließlich sich selbst nur mühsam Gehör verschaffen konnte. Ihm seien die Forderungen nach Abschaffung des § 218 durch Volksentscheid bekannt. Aber er müsse uns dasselbe sagen, was er schon Freiburger Studenten gesagt habe: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stünde fest und daran habe sich **jeder** zu halten.

Wir klagten an, daß die hohen Richter sich anmaßen, im Namen des Volkes Urteile gegen das Volk zu beschließen. Beim Erwähnen des Volkes erhob sich Geheule im Saal: „Volk! Volk!", schrien Juristen und Stadtverordnete. Sie schütteten Schmähungen aus: „Wer mit Verstand lebt, den trifft der § 218 nicht, aber wer tierischen Instinkten nachgibt, muß abtreiben."

Es blieben ihnen keine Argumente mehr, und folgerichtig ließen sie Polizei aufmarschieren. Die Polizei wurde dann beauftragt, uns „vorzuschlagen", die Transparente einzurollen und uns ruhig den Vortrag des Verfassungsrichters anzuhören. Hernach könnten wir ja dann auch diskutieren.

Wir lehnten das ab, weil wir nicht gekommen waren, um den Vortrag des obersten Richters zu hören, sondern um ihn anzuklagen, und weil wir ihn zwingen wollten, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Forderungen der Komitees Stellung zu beziehen. Als sie merkten, daß wir uns nicht abspeisen ließen, erklärten sie, daß sie die Veranstaltung abbrechen und als nichtöffentliche Mitgliederversammlung im Bundessozialgericht eine Stunde später durchführen wollten, um zu verhindern, „daß es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt". Von einem Polizeieinsatz gegen die Gegner des § 218 befürchteten sie offenbar, daß er dem Protest gegen den § 218 nur neue Nahrung geben werde.

Während die ganze feine Gesellschaft unter Getöse aufbrach, verlasen wir eine Resolution, die sich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und seine Durchsetzung in Gesetzesform richtete und dagegen die Forderung nach Streichung des § 218 und einem Volksentscheid gegen den § 218 erhob. – (Komitee gegen den § 218 Kassel)

Vergebliche Einschüchterungsversuche

Vorstandsmitglied des Komitees gegen den § 218 willkürlich verhaftet/ Nach Protestaktionen freigelassen

Frankfurt/M. Mit Willküraktionen der Polizei versucht der Staatsapparat vergeblich, die Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218 in die Knie zu zwingen. In Frankfurt wurde am Samstag das Mitglied des Komitees gegen den § 218 Marion Kraft, presserechtlich verantwortlich für die Veröffentlichungen des Frankfurter Komitees, von der Straße weg verhaftet und erst am anderen Morgen unter dem Druck von Protestaktionen wieder freigelassen.



Marion Kraft nach ihrer Freilassung

Das Komitee gegen den § 218 hatte am Samstag an mehreren Stellen in der Stadt Aktionen gegen die geplante Verabschiedung des neuen § 218 durchgeführt und in der ganzen Stadt Aufrufe zum Aktionstag am 12.2. und zur Demonstration am 21.2. verteilt. Schon seit Tagen sind an vielen öffentlichen Gebäuden die Forderungen „Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218" zu lesen. Marion Kraft wurde nach Abschluß der Aktionen unter der willkürlichen Anschuldigung, eine Parole gegen den § 218 an die Post in Bockenheim gemalt zu haben, festgenommen und aufs Polizeirevier gebracht. Marion Kraft schreibt:

„Wegen angeblicher ‚Verdunkelungsgefahr' durfte ich keine Verbindung zu einem Anwalt aufnehmen. Ich berief mich auf mein Recht nach Rücksprache mit einem Anwalt, worauf mir bedeutet wurde: ‚Was hier Recht ist, bestimmen wir, so schnell kommen Sie hier nicht weg.' Ich wurde zur Durchsuchung ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Ich mußte mich völlig entkleiden, weil angeblich nach Farbspuren gesucht wurde. Wieder zurück im Revier, wurde ich in eine Einzelzelle gesteckt. Die § 218-Plakette wurde als ‚Beweismaterial' beschlagnahmt. Schließlich wollten sie noch einen ‚Alkoholtest' mit mir machen, was ich ablehnte. Als sich nach etwa vier Stunden trotz Polizeieinsatzes zirka 70 Menschen vor dem Polizeirevier versammelten und gegen meine Festnahme protestierten, wurde ich von sechs Polizisten mit einem Schäferhund aufs Präsidium gebracht. Dabei wurden ständig unverschämte Bemerkungen gemacht, um mich zu provozieren. Wieder verlangte ich nach einem Anwalt, was mit Gelächter quittiert wurde. Dann wurde ich zum zweiten Mal ins Untersuchungsgefängnis gebracht, wo ich nach einer weiteren Durchsuchung die Nacht in einer Einzelzelle verbringen mußte. Am anderen Morgen würde ich dem Haftrichter vorgeführt, hieß es. Am Morgen wurde ich dann gegen zehn Uhr nach erkennungsdienstlicher Behandlung freigelassen."

Etwa hundert Menschen versammelten sich nach ihrer Freilassung zu einer Protestkundgebung vor dem Polizeipräsidium. Die Kundgebungsteilnehmer zogen anschließend in einer spontanen Demonstration, die auf zirka zweihundert Menschen anwuchs, zur „Frankfurter Rundschau", wo sie eine Presseerklärung übergaben. „Nichts fürchtet die bürgerliche Reaktion mehr als die öffentliche Debatte, denn sie weiß, wie verhaßt der § 218 bei den Volksmassen ist. Kein Polizeiknüppel und kein Strafrichter wird verhindern können, daß der Widerstand gegen den § 218 wächst", heißt es darin. Auf der Abschlußkundgebung vor dem Pressehaus wurde noch einmal zum Aktionstag am 12.2. und zu der Demonstration am 21.2. aufgerufen. – (k., Frankfurt/M.)

Viele Kinder können sich nur die Reichen leisten

In der Februarnummer der vom Arbeits- und Sozialministerium herausgegebenen „Arbeits- und Sozialstatistik" wird über den seit zehn Jahren anhaltenden Geburtenrückgang in Westdeutschland geklagt. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1975 ist die Zahl der Geburten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wieder um 4,3 % zurückgegangen. Wenn die Entwicklung so fortgehe, werde die „Gesamtbevölkerungszahl der Deutschen ... in den nächsten 25 Jahren um über 10 % auf 52 Millionen sinken." Für die westdeutschen-Imperialisten sind diese Zahlen ein Alarmsignal, denn schwindende Bevölkerungszahlen passen nicht zu ihren Expansionsplänen. Für die Arbeiter dagegen sind sie nur Beleg dafür, daß die bürgerliche Klasse nicht einmal mehr die Reproduktion der Arbeiterfamilien gewährleistet. Selbst die bürgerlichen Wissenschaftler können das nicht verheimlichen. „Die einzige Sozialschicht, die sich hinsichtlich der Kinderwünsche und der Realisierung der gewünschten Kinderzahl ... deutlich nach oben abhebt, sind die bildungs- und einkommensmäßig in der Spitzengruppe rangierenden, zahlenmäßig allerdings nicht sehr starken Teile der Bevölkerung." Während sich die Reichen so viele Kinder leisten können, wie sie wollen, ist „bei Frauen mit mangelnder schulischer Ausbildung, die nicht oder nur mit mangelhafter Ausbildung am Berufsleben teilnehmen, ... der stärkste Rückgang des ursprünglich höher liegenden Kinderwunsches nach der Geburt des ersten Kindes zu verzeichnen". (Eine Antwort der Bundesregierung über die Situation der Kinder) Das heißt: Die Arbeiterin muß bald sehen, daß mehr Kinder für sie und ihre Familie nicht tragbar sind. Für die Familien der Lohnabhängigen ist jedes Kind mehr nichts anderes als ein Schritt ins nackte Elend. In ihrem jüngsten Wohngeld- und Mietenbericht muß die Regierung zugeben, daß abgesehen von den Rentnern die Familien mit fünf und mehr Kindern am häufigsten auf Wohngeld angewiesen sind (über 7 % aller Haushalte). Das heißt sie können sich allein vom Lohn, ohne staatliche Almosen, nicht über Wasser halten. Und das, obwohl sie sich auf engstem Raum zusammendrängen. Denn 95 % aller Haushalte mit fünf und mehr Personen leben in Wohnungen mit weniger Räumen, als der Haushalt Mitglieder zählt.

Dem Reaktionär blieb nur der Polizeiknüppel

Dortmund. Nur durch den Einsatz des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) konnte sich am letzten Donnerstag der CDU-Bundestagsabgeordnete Vogel davor retten, vollständig als Volksfeind entlarvt zu werden. Ort und Anlaß des brutalen Polizeieinsatzes gegen Dortmunder Gegner des § 218 war eine öffentliche Veranstaltung der „Gemeinschaft der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung". Unter dem Thema „Kompromiß oder Konsequenz – was ist beim § 218 politisch machbar?" wollte der CDU-Parlamentarier sich darüber auslassen, wie der Volksbetrug im Parlament arrangiert werden soll.

Daraus ist nichts geworden. Das Komitee gegen den § 218 und die Ortsgruppe des KBW hatten dazu aufgerufen, den Bundestagsabgeordneten zu stellen und diesem Erzreaktionär und seiner Clique eine Abfuhr zu erteilen. Zirka 50 Gegner des § 218 und 15 gutbetuchte Vertreter der Reaktion waren erschienen. Ein Vertreter des Komitees und ein junger Arbeiter eröffneten die Veranstaltung gleich mit Beiträgen, die aufzeigten, warum die Mehrheit des Volkes gegen den § 218 ist. Vogel wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen. Nach langem Hin- und Hergerede antwortete er schließlich auf die Frage, warum er einen Volksentscheid gegen den § 218 ablehne: „Weil es solche Leute wie Sie gibt." Er weiß also selbst, daß die Mehrheit des Volkes gegen diesen Schandparagrafen ist.

Immer weiter in die Enge getrieben, wußte er sich schließlich nur noch durch Herbeirufen des Polizeisonderkommandos zu retten. 8 Mann von der Terrortruppe, unterstützt von 10 Uniformierten, stürmten den Saal und droschen rücksichtslos auf die versammelten Gegner des § 218 ein, 6 Menschen wurden weggeschleppt.

Viele Passanten blieben vor den Reinoldi-Gasstätten stehen und protestierten gegen den hinterlistigen Überfall. Rund 70 Menschen riefen immer wieder die Forderungen des Komitees und verlangten die sofortige Freilassung der Verhafteten. Sie zogen zum Polizeipräsidium. Mehr als zwei Stunden erschollen Sprechchöre gegen den § 218 und für die Freilassung der Verhafteten. Demokratische Lieder und Lieder der Arbeiterbewegung wurden immer wieder gesungen. Schließlich wurden die Festgenommenen freigelassen.

Zeugen gesucht

Bremen. Über die bürgerliche Presse sucht die Polizei dringend Zeugen. Unbekannte haben an mehreren öffentlichen Gebäuden weithin sichtbar und in Farbe(!) die Forderung „Weg mit dem § 218!" angebracht. Es koste den Steuerzahler eine ganze Menge Geld, „diese Schäden wieder zu beseitigen". Aber was soll das für ein Schaden sein, wenn zum Beispiel an der Mauer vom Lesumer Polizeirevier „Weg mit dem § 218!" steht? Ausgezeichnet, wird jeder sagen, der gegen den § 218 ist. Um so mehr, als sich die Befürworter des § 218 hartnäckig ausschweigen über die Bewegung gegen diesen Strafparagrafen

Die Genossen der Betriebszelle vom Vulkan konnten ihren Kollegen denn auch leicht klarmachen, daß nicht die gerechten Forderungen an den Gebäuden ein Schaden sind, sondern daß es dieser Paragraf ist, der dem Volk schadet. „Man sollte bei der Polizei mal anrufen, als Zeuge gegen den § 218, und ihnen erzählen, wie ausgezeichnet man die Forderung an ihrem Gebäude findet und daß sie dran bleiben soll", hat die Bremer Ortsbeilage der KVZ deshalb vorgeschlagen.

Veranstaltung gegen § 218 in Heidelberg

Heidelberg. Rund 650 Menschen nahmen am 5.2. an einer Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 in der Heidelberger Stadthalle teil. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der die Lesung und Beschlußfassung der Gesetzesreform im Bundestag als Betrugsmanöver gegenüber den Volksmassen gekennzeichnet wurden und zur Aktionswoche und Demonstration am 21.2. unter den Forderungen der Komitees aufgerufen wurde.

In einer zweiten Resolution verurteilten die Versammelten den § 130a (88a) und protestierten gegen die vom Heidelberger Rektorat verhängten Relegationen gegen vier Studenten wegen ihrer konsequenten Agitation gegen den § 218 an der Universität. Gefordert wurde: Weg mit dem § 130a (88a)! und: Rücknahme der Relegationen!

Erfolgreicher Aktionstag in Westberlin

Westberlin. Am Samstag haben die Westberliner Komitees gegen den § 218 einen Aktionstag durchgeführt. An Beratungsstellen, Parteibüros und Amtsgerichten wurden Wandzeitungen aufgehängt. An fünf zentralen Punkten wurden Stände aufgebaut. Erneut sind über 700 Unterschriften gesammelt worden. 500 Zeitungen der Komitees wurden verkauft. Obwohl überall die Polizei aufkreuzte, ist es ihr nirgendwo gelungen, etwas auszurichten. In Neukölln mußten die CDU und die SEW ihre Stände frühzeitig einpacken, weil sie neben den Ständen der Komitees mit ihrer Position zum Paragrafen 218 sich öffentlich nicht halten konnten. Es ist sogar gelungen, zwei der CDU-Mitglieder am Stand für eine Unterschrift zu gewinnen.

Das Ergebnis der Studentenparlamentswahlen

Die Wahlen zu den Studentenvertretungen, die jetzt an zahlreichen Hochschulen stattgefunden haben, haben die Aufmerksamkeit aller politischen Kräfte auf sich gezogen und zu scharfer politischer Auseinandersetzung an den Hochschulen geführt.

Erstmals seit mehreren Semestern haben führende Politiker der bürgerlichen Parteien wieder direkt versucht, den Einfluß der herrschenden Klasse unter den Studenten zu stärken. Bekannt geworden sind die kläglichen Auftritte des CDU-Vorsitzenden Kohl in Freiburg oder des Verteidigungsministers Leber in Münster. Verschiedenenorts, wie z.B. in Freiburg oder Kiel, hat die SPD sich direkt an die Studenten gewandt und zur Wahl des SHB bzw. der Jusos aufgefordert, nachdem sie mehrere Jahre damit beschäftigt war, ihren Studenten die Unterstützung ihrer reaktionären Politik aufzuzwingen.

Den bürgerlichen Politikern ist klar, daß der Neuaufschwung der Studentenbewegung gebrochen werden muß, der in diesem Semester sichtbar geworden ist. Folgt man den SPD-Regierungshofschreibern von der „Frankfurter Rundschau", so ist dies Unternehmen der bürgerlichen Politiker geglückt. Einen Tag nach Bekanntwerden der neuen Juso-Mehrheit im Kieler Studentenrat jubelten sie: „‚Rote Zellen' verlieren letzte Hochburg", bezeichneten das Ergebnis der Studentenvertretungswahlen an den Hochschulen als „gesunkenen Einfluß der Radikalen" und „Neuorientierung" der Studenten und behaupteten: „An der Kieler Universität wird nur eine Entwicklung fortgeschrieben, die sich seit einigen Semestern anbahnte."

Dieser Selbstbetrug der Regierungspresse stimmt uns heiter, denn es ist nie schlecht, wenn der Feind sich irrt. Den offen rechten Studenten ist tatsächlich nirgends ein politischer Durchbruch gelungen. Dieser wäre aber dringend, um der jahrealten Hoffnung nach „politischer Tendenzwende an den Hochschulen" endliche Zugkraft zu geben.

Dies haben die rechten Studenten zu spüren bekommen, die als Vertreter aller bürgerlichen Parteien auftreten und mit Grundgesetz, Rechtsstaat und Freier Marktwirtschaft winken, während sie sich um die gerechten Forderungen der Studentenmassen herumzudrücken suchen. An der Kieler Universität z.B. haben RCDS und die „Studenten für das Grundgesetz" im Durchschnitt zusammen 500 Stimmen verloren.

An der Universität Bonn, wo die rechten Studentengruppen die Mehrheit haben, erhielten sie insgesamt 2 Mandate weniger als bei den Wahlen zuvor. Wo, wie in Göttingen, RCDS und SLH (Sozial-liberale Hochschule) mit 31,5 zusammen ein paar Prozent mehr haben als im Vorjahr, verschweigen sie lieber, daß vor zwei Jahren der RCDS allein dieses Ergebnis hatte.

Wie die Henne auf ein Korn hat sich die bürgerliche Presse gestürzt auf das Wahlergebnis an der Gesamthochschule Paderborn. Hier stellt der RCDS seit diesen Wahlen die Mehrheit im Studentenparlament. Indessen ist dies keineswegs Beweis für wachsenden Einfluß der Rechten, sondern Beweis dafür, daß man solchen Leuten wie den Jusos, die sich in ihren Worten als Vertreter der Studenten aufspielen und in ihren Taten der Reaktion in die Hände arbeiten, die Studentenvertretungen nicht überlassen darf: Bereits im April 1975 hatten die Jusos ihre Arbeit in diesem AStA niedergelegt und ihn dadurch völlig auf den Hund gebracht, nachdem ihr Satzungsvorschlag von der Studentenschaft abgelehnt wurde, weil er wesentliche Rechte gegenüber dem Rektor preisgab.

Während sich die relative Isolation der rechten Studenten und der politischen Reaktion in den Wahlen zu den Studentenvertretungen bestätigt, hat sich auf seiten der fortschrittlichen Studentenmassen die im Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht gewonnene politische Selbständigkeit erst teilweise in den Wahlen zu den Studentenvertretungen niedergeschlagen. Beispiele für diese fortschrittliche Entwicklung gibt es jedoch schon an fast jeder Hochschule an einzelnen Fachbereichen oder Instituten.

An der Osnabrücker Universität z.B. wurde eine vom Kommunistischen Studentenbund unterstützte Liste der Fachbereichsgruppen mit 33,6 Prozent und 8 Sitzen stärkste Fraktion im Studentenparlament. Diese Fachbereichsgruppen entstanden in der Vorbereitung des Streiks im November an fünf von sieben Fachbereichen der Universität. Die RCDS-Studenten, die aus den Wahlen im Juni als stärkste Fraktion mit 43,2 Prozent und 10 Sitzen hervorgingen, wurden durch die Liste der Fachschaftsgruppen geschlagen: Bei diesen Wahlen erhielten sie 29,3 Prozent der Stimmen und 7 Sitze.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Herstellung der Aktionseinheit der fortschrittlichen Studenten im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zeigt sich auch in Wahlergebnissen von einzelnen Fachbereichen an der Universität Göttingen, wo insgesamt der Kommunistische Studentenbund weniger Stimmen bekam als vor einem Jahr. Hier stellte im letzten Jahr eine Liste des Kommunistischen Studentenbundes mit 192 Stimmen gegen 149 Nein-Stimmen und 62 Enthaltungen den Fachschaftsrat; heute ist es so, daß die „Liste der Seminarversammlung" mit 285 Stimmen gegenüber 64 Stimmen für den RCDS den Fachschaftsrat stellt. Ähnlich am Fachbereich Mathematik/Physik: 1975 wählten 176 Studenten das Juso-Programm und 169 den Kommunistischen Studentenbund; heute stimmten 295 für die Aktionsgruppe und 81 für den RCDS. Mit nur 10 Stimmen (195 zu 205) waren die „demokratischen Landwirte" an einer Hochburg des RCDS unterlegen.

An der Universität Braunschweig bildete sich aus einer Reihe von Fachbereichen eine Liste von Basisgruppenvertretern, die bei den Wahlen 10 Mandate gewann gegenüber 2 vor einem Semester.

An der Fachhochschule Köln bekamen die DKP-Studenten, die dort bisher den AStA stellten, eine klare Antwort auf ihre Versuche, sich mit dem Kultusminister hinter dem Rücken der Studenten unter Preisgabe der Selbständigkeit der Vertretungsorgane zu arrangieren: An den Fachbereichen Sozialpädagogik und Sozialarbeit wurden die Kandidaten der „Demokratischen Einheitsliste" der Fachbereichsgruppen mit 78 bzw. 83,2 Prozent der Stimmen gegen eine von der DKP unterstützte Liste gewählt.

Diese Beispiele zeigen, daß die fortschrittlichen Studenten beginnen, sich im Kampf gegen die politische Reaktion der Staatsmacht zusammenzuschließen und die Studentenvertetungen zu Sprechern und Organisatoren dieses Kampfes zu machen. Gelungen ist dies erst teilweise und in scharfen Auseinandersetzungen mit den reformistischen Studentengruppen. Unter der Führung der Jungsozialisten sind diese in den Wahlen angetreten, um die Studenten dafür zu gewinnen, mit ihrem Stimmzettel ihr Recht auf eigenes Auftreten gegen eine „sozialistische Alternative in der SPD" einzutauschen. Wo die Studenten die praktische Erfahrung noch wenig gemacht haben, daß diesen „linken" Versprechungen die Auslieferung der Studentenbewegung an die Reaktion in der Praxis folgt, haben die Jungsozialisten mit diesem Betrug gewisse Erfolge erreichen können, wie z.B. in Kiel oder Hamburg. Daß dieser Betrug nicht lange vorhalten kann, sondern durchschaut wird, zeigen die Verluste der Jungsozialisten in Braunschweig und Göttingen, wo sie bisher die Studentenvertretungen stellten. In Göttingen z.B. haben die Jusos mit 1 970 Stimmen bei diesen Wahlen etwa 1 000 weniger als noch vor zwei Jahren.

Die Spekulation der herrschenden Klasse auf „Tendenzwende" und „Ernüchterung" findet in den Tatsachen gar keine Grundlage.

Warum aber dann der verhaltene Jubel? Den Bourgeois geht es nicht um die Meinung der Studenten. Ihnen geht es um die Ruhe an der Universität.

Die wollen sie, die brauchen sie. An den Wahlen interessiert sie bloß, ob zu befürchten ist, daß die Studentenbewegung der **Unterdrückung widerstehen kann.** Darüber ist in der Tat noch nicht entschieden zum Zeitpunkt dieser Wahlen. Das riechen die bürgerlichen Hofschreiber.

Was sie unter der Flagge der „Tendenzwende" laufen lassen, ist das Schiff der Reaktion. Sie hoffen, daß die Fähigkeit der Studenten zum Kampf nicht im gleichen Tempo wächst, in dem sie zuschlagen wollen.

In dieser Hinsicht wäre nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen auch jeder Optimismus wirklich fehl am Platze. Ein gewaltiger Fortschritt im Zusammenschluß gegen die Reaktion muß gemacht werden, um ihre Schläge zurückzuweisen. Es besteht nach dem Ergebnis dieser Wahlen keinerlei Grund zum Jubel. Man sieht einen Ansatzpunkt für eine große Aufgabe. Beides muß man sehen. – (h.j.)

Freiburg. Stärkste Fraktion wurde bei den Studentenratswahlen an der Universität die GEW-Liste mit 4 035 Stimmen und 9 Sitzen (8). Der SHB erhielt 3 Sitze (4), der LHV 4 Sitze (2). Die reaktionäre Liste „Demokratische Mitte" erhielt 3 Sitze (4), die CDU-Studenten erhielten 7 Sitze (5). Die Liste der Gruppe Internationaler Marxisten erhielt wie im Vorjahr 2 Sitze. Die Liste Aktionsprogramm, welche die Kommunistische Hochschulgruppe unterstützte, erhielt 1 091 Stimmen und 2 Sitze (3).

Osnabrück. Bei den Wahlen an der Universität Osnabrück wurde die Liste der Fachbereichsgruppen, die der Kommunistische Studentenbund unterstützte, mit 33,6 Prozent und 8 Mandaten stärkste Fraktion. Im letzten Parlament hatte der Kommunistische Studentenbund mit 24,3 Prozent über 6 Mandate verfügt. 7 Mandate erhielten die Jungsozialisten und ein Mandat (gegenüber zweien im Vorjahr) der MSB Spartakus. Die CDU-Studenten vom RCDS erhielten mit 29,3 Prozent 7 Mandate, während sie im Vorjahr noch 43,2 Prozent und 10 Mandate hatten.

Hamburg. Stärkste Fraktion wurde bei den Wahlen an der Universität der SHB mit 20,4 Prozent (24,2 Prozent). Der MSB Spartakus, der bei den letzten Wahlen mit 23,9 Prozent noch zweitstärkste Fraktion gewesen war, erhielt nur noch 14,2 Prozent, den gleichen Stimmenanteil erhielten die Jungsozialisten. Die reaktionären Studentengruppen RCDS und LHV erhielten 11,9 (11,6) bzw. 16,5 Prozent (18,8). 14,5 Prozent (14,8) erhielt die Studentengruppe des Kommunistischen Bundes (Nord). Die SSG (Studentenorganisation des KBW) erhielt 4,3 Prozent (5,4), was einem absoluten Stimmenzuwachs von 491 auf 628 Stimmen entspricht.

Paderborn. An der Gesamthochschule wurden hier die CDU-Studenten vom RCDS mit 43,3 Prozent gegenüber 16,1 Prozent bei den letzten Wahlen stärkste Fraktion. Sie stellen damit den Allgemeinen Studentenausschuß. Die Jungsozialisten, die im vorhergehenden Parlament mit 54 Prozent als absolut stärkste Fraktion den Allgemeinen Studentenausschuß stellten, erhielten 29,8 Prozent. Der MSB Spartakus erhielt 0,6 Prozent (9,4 Prozent). Die Liste des Kommunistischen Studentenbundes erhielt 4,2 Prozent gegenüber 9,4 im Vorjahr.

Mensaboykott in Braunschweig:

Bis die Essensausgabe stillstand

Braunschweig. Seit mehreren Semester ist der Geschäftsführer des Studentenwerks bemüht, den Preis für das Mensastammessen von 1,40 auf 1,80 DM zu erhöhen. Bislang ist er damit nicht durchgekommen. Den zwei Fürstimmen der beiden Professoren im Vorstand des Studentenwerks standen immer die beiden Gegenstimmen der Studenten gegenüber.

Jetzt wartet Geschäftsführer Löschke auf den angekündigten Erlaß der Landesregierung, daß in solchen Pattsituationen die Professorenmehrheit im Verwaltungsrat entscheiden soll. In Erwartung dieses Erlasses hat Löschke bereits die Erhöhung für April angekündigt.

Von Anfang an für eine Erhöhung der Mensapreise auf 1,60 waren auch die Jusos (SPD-Studenten), die mehrheitlich den Allgemeinen Studentenausschuß stellen.

Dafür ernteten sie auf der Vollversammlung nur Pfiffe. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, am 29. Januar einen eintägigen Warnboykott durchzuführen. Der Allgemeine Studentenausschuß wurde beauftragt, ein Ersatzessen zu organisieren. Dann, am 29. Januar, zeigte sich, wie wenig der Allgemeine Studentenausschuß gewillt war, den Boykott zu einem Erfolg zu bringen. Während draußen vor der Mensa das Ersatzessen angeboten wurde, sammelten sich die organisierten rechten Studenten zusammen mit ein paar Professoren und Assistenten, um den Vollversammlungsbeschluß zu unterlaufen und sich das Stammessen ausgeben zu lassen.

Angesichts dieser Lage hatte der Allgemeine Studentenausschuß nichts Eiligeres zu tun als durch Megaphon die Studenten immer wieder aufzufordern: „Laßt die Rechten essen!" Völlig gerechtfertigt begann der Kommunistische Studentenbund in dieser Situation Ketten zu organisieren. Denn sind die Beschlüsse der Studenten nicht Sandkastenspiele, wenn man gleichzeitig erklärt, man wolle sie gar nicht durchsetzen?

Wir haben die Studenten und insbesondere den Allgemeinen Studentenausschuß aufgefordert, mit uns dafür zu sorgen, daß kein Essen mehr ausgegeben wird, indem der Gang zur Ausgabe von den Studenten blockiert wird. Das ist dann auch durchgeführt worden, und die Essensbänder mußten gestoppt werden.

Das Studentenwerk gab an, daß nur 10 Prozent des Essens an diesem Tag ausgegeben wurden. In der Notmensa dagegen aßen 2 000 Studenten. Das ist ein ausgezeichneter erster Erfolg des Kampfes der Studenten gegen die geplante Mensapreiserhöhung und auch staatliche Zwangsmaßnahmen wie der angekündigte Erlaß der Landesregierung und Schadensersatzdrohungen von 9 000 Mark gegen den Allgemeinen Studentenausschuß befördern nur den wachsenden Zusammenschluß und die Kampfbereitschaft der Studenten. – (Kommunistischer Studentenbund Braunschweig)

Braunschweig. Mit 23 Stimmen wählte der Studentische Rat der Technischen Universität Braunschweig einen MSB-Juso-Unabhängigen-AStA. Schwerpunkt des AStA-Programms sind Forderungen nach Mitbestimmung, Umverteilung des Staatshaushaltes und Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Dagegen kandidiert hatte der Kommunistische Studentenbund mit einem Programm, das vom Kampf der Studenten um Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat ausging, vom uneingeschränkten Recht der Studenten auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit uneingeschränktem Politischem Mandat. Enthalten waren weiterhin Forderungen gegenüber den staatlichen Angriffen auf die materielle Studiensituation und Existenz der Studenten. Auf der Grundlage dieser Forderungen hatten sich nach dem Streik im Dezember Studenten in Fachbereichen zusammengeschlossen. Auch verschiedene Basisgruppen aus anderen Fachbereichen, die die stärkste Gruppe im neuen Studentenrat sind, sprachen sich für die Forderungen dieses Programms aus und stimmten bei der Wahl für die drei Kandidaten des Kommunistischen Studentenbundes, die 15 Stimmen erhielten.

Universität Osnabrück:

Für die Anwesenden war klar – der Schandparagraph muß weg

Osnabrück. Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität hat eine Veranstaltung mit Vertretern aller Bundestagsparteien zum § 218 durchgeführt, um diese Politiker zur Rede zu stellen wegen ihrer Absicht, die Strafverfolgung der Abtreibung aufrechtzuerhalten.

Allein an der Universität waren 800 Unterschriften für die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und nach Volksentscheid gegen den § 218 gesammelt worden.

Zu der Veranstaltung gekommen sind MdB Emmerlich (SPD), die ehemalige Vorsitzende der Jungdemokraten Ingrid Mathäus (FDP) und der Kreisvorsitzende der CDU Schneller.

Gekommen waren sie wohl, weil sie jetzt schon auf Stimmenfang für die kommenden Bundestagswahlen und die Kommunalwahlen in Niedersachsen aus sind. Dem CDU-Schneller fiel nichts Neues ein, und so leierte er das Lied vom „Schutz des Lebens" herunter. Weit kam er damit aber nicht, und ein Redner hielt ihm entgegen: „Für die Herren von der CDU gibt es offenbar zwei Arten von Leben. Einmal ist es zur Tötung freigegeben, etwa beim Völkermord wie in Vietnam oder wenn diese Partei sich für den gezielten tödlichen Polizeischuß einsetzt, aber wenn es um das ungeborene Leben geht, da schreien sie plötzlich laut nach dem ‚Schutz des Lebens'."

Die Vertreter der Koalitionsparteien versuchten durch linkes Getöne sich aus der Affäre zu ziehen. Emmerlich von der SPD bejammerte das Bundesverfassungsgerichtsurteil und weinte der Fristenlösung nach. Gegenüber seiner Jammerkomödie wurde in einem Beitrag klargestellt: Wer das Urteil von fünf Richtern höher stellt als die Interessen der breiten Massen in diesem Land, dem ist es mit seinem menschenfreundlichen Geschwätz nicht ernst.

Auch Frau Mathäus von der FDP, die als entschlossene „Frauenrechtlerin" auftrat und sich gar als Befürworterin der Streichung des § 218 zu erkennen gab, kam bei den Anwesenden damit nicht an und mußte in der Diskussion bald so viel Federn lassen, daß sie nun für jeden als zutiefst bürgerliche Politikerin erkennbar war.

Auf die Frage eines Arbeitslosen, was er denn anfangen solle, wenn seine Frau ein Kind bekäme und dadurch auch noch ihren Arbeitsplatz verliere, wußte sie zu sagen: „Wieso, wenn Sie sowieso zu Hause sind, dann versorgen doch Sie das Kind!"

Man sah daran, wie sie mit aller Gewalt versuchte, von den wirklichen sozialen Verhältnissen abzulenken, von der massenhaften Arbeitslosigkeit, davon, daß jedes weitere Kind die Arbeitslosen noch tiefer ins Elend herabdrückt, davon, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die zur Abtreibung zwingen, und daß deshalb der § 218 ersatzlos weg muß.

Demgegenüber stellte sie die Arbeitslosigkeit als günstige Gelegenheit heraus, um Emanzipationsübungen zu betreiben.

Bei den Anwesenden fand diese Komödie, die von den Koalitionsvertretern aufgeführt wurde, wenig Anklang. Denn die Tatsachen sind eindeutig, und so konnte auch festgestellt werden: Die da oben sind sich im Grundsatz einig – die Strafverfolgung der Abtreibung soll weiter bestehen. Das wollen sie am 12. Februar im Parlament beschließen. Darüber können keine schönen Worte hinwegtäuschen.

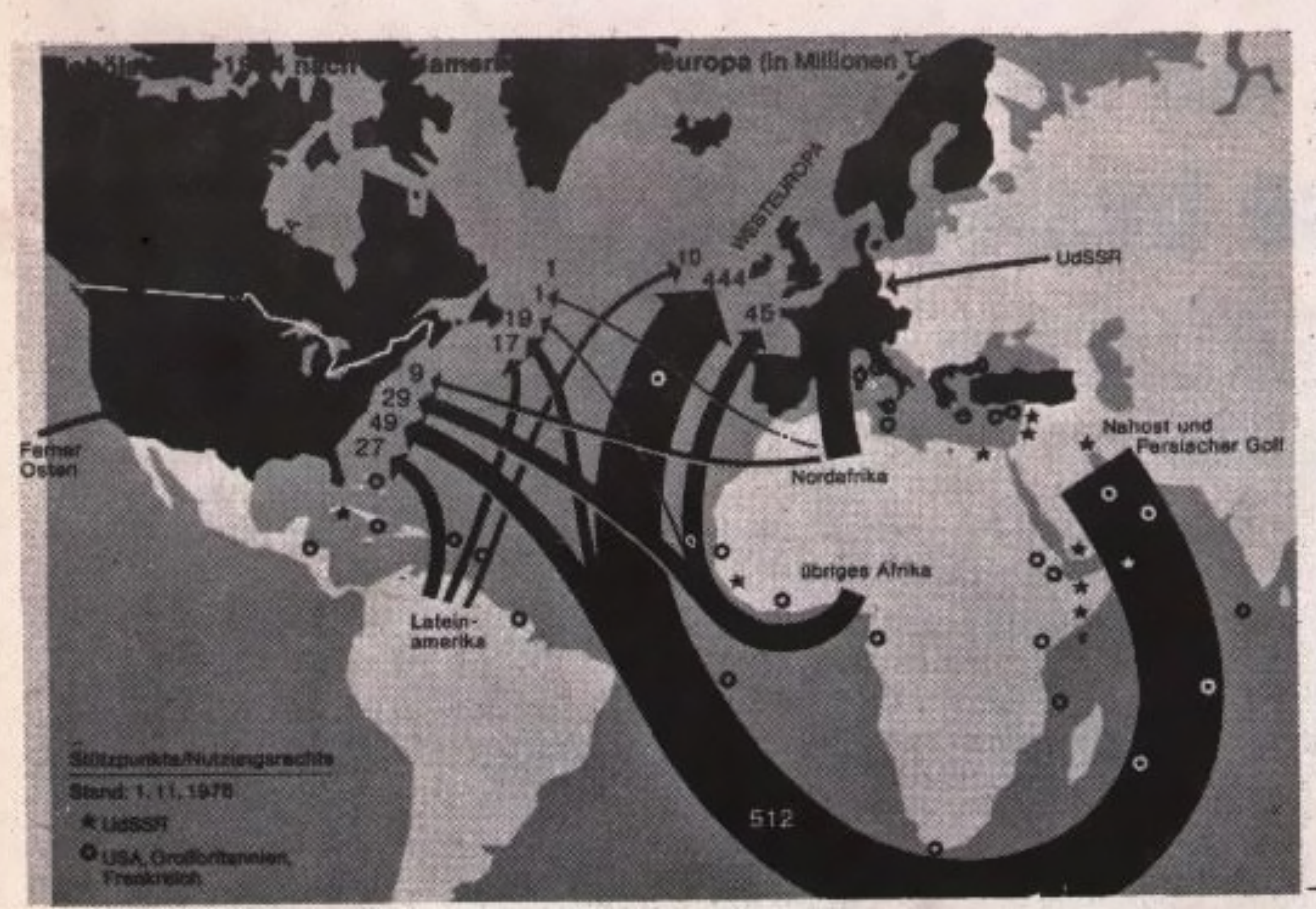
Nicht verwunderlich, daß die Parteienvertreter am Ende der Veranstaltung nicht allzu glücklich auf ihren Sesseln saßen. Was ihnen blieb, war hilflose Polemik gegen den KBW. Insbesondere Frau Mathäus beklagte sich bitter, daß hier alle Parlamentsparteien so „über einen Kamm geschoren" würden.

Der Erfolg der Veranstaltung bestand aber gerade darin, daß die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 sich als klare Scheidelinie erwies zwischen denen, die bloß vorgeben, die Interessen des Volkes zu vertreten, und denjenigen, die ernsthaft für diese Interessen eintreten. Auf dieser Grundlage wurde in Anwesenheit der Parteienvertreter mit großer Mehrheit eine Resolution beschlossen, die gegen die reaktionären Gesetzespläne der bürgerlichen Parteien Stellung bezog und die Entschlossenheit der Anwesenden bekräftigte, weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 und für einen Volksentscheid zu kämpfen. – (t., Ortsgruppe Osnabrück)

Die 135-DM-Forderung begrüßt

Heidelberg. Die Fachschaft Neuphilologie der Universität Heidelberg hat in einer Erklärung einstimmig die vom Hauptvorstand der ÖTV aufgestellte einheitliche Lohnforderung von 135 DM für die laufende Tarifrunde begrüßt. In ihrer Erklärung heißt es: „Die Studenten, die keine reichen Eltern haben, sind auch von Preissteigerungen und der Abwälzung von Sozialkosten auf ihren Geldbeutel betroffen und haben daher allen Grund, mit den Kollegen im öffentlichen Dienst solidarisch zu sein. Die Fachschaft wird die Studenten über den Verlauf und die Bedeutung dieser Lohnrunde für die Entwicklung der Arbeiterbewegung unterrichten."

Köln. Bei nur fünf Gegenstimmen verabschiedete die studentische Vollversammlung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Kölner Universität am 22.1. eine Resolution, in der die 135 DM Festgeldforderung der ÖTV begrüßt wird. „Diese Forderung ist die richtige Antwort auf die Pläne der Regierung, den Lohnabbau zu betreiben und überall auf Kosten des Volkes zu sparen", heißt es in der Resolution.





Links: Militärstützpunkte und die Ölroute. (Aus: Bundeswehrweißbuch 1975) – Mitte: Stützpunkte des US-Imperialismus in der Welt. (Aus: Österreichische Militärzeitschrift Nr. 1/1976) – Rechts: An die EG assoziierte afrikanische Staaten. (Aus: Bundeswehrweißbuch 1975)

Ausdehnung der NATO auf den Südatlantik:

Fregatten - Instrument der „Krisenbewältigung" für den westdeutschen Imperialismus

Nachdem der Verteidigungsausschuß des Bundestages das Fregattenbau-Programm beschlossen hat, veröffentlichte die großbourgeoise „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in der vorletzten Woche einen Bericht, wonach die NATO dabei sei, sich auf den Südatlantik auszudehnen und damit das südafrikanische Rassistenregime einzubeziehen. Die Fregatten ermöglichen dabei eine militärische Beteiligung des westdeutschen Imperialismus und verstärken sein Gewicht und seine Stellung innerhalb der NATO. Zugleich ermöglichen sie die Durchführung selbständiger Operationen des westdeutschen Imperialismus.

Der offizielle NATO-Auftrag für die Bundesmarine besteht im Schutz der Ost- und Nordseeküsten sowie der Sicherung des Durchgangs zwischen den beiden Meeren. Schließlich muß die Bundesmarine für Nachschubkonvois im Fall eines Krieges in Europa den Geleitschutz in der Nordsee stellen. (Der Spiegel, 22. Dezember 1975) Für diesen Auftrag wird die Bundesmarine nun mit 12 neuen Fregatten mit bordgestützten Hubschraubern ausgerüstet. Die ersten sechs Schiffe, deren Bau der Verteidigungsausschuß des Bundestages jetzt genehmigte, sollen mit Beginn der achtziger Jahre in Dienst gestellt werden. In der Beschaffungsvorlage für den Verteidigungsausschuß wurde allgemeina uf den Schutz von eigenen und die Störung und Unterbrechung von gegnerischen Nachschubverbindungen über den Atlantik sowie die Abwehr von gegnerischen Landungsverbänden und Kampfschiffen hingewiesen. Aber was mit den Schiffen abgewehrt werden kann, kann damit auch selber ausgeführt werden. Die Admiralität hat in ihren ersten Begründungen erklärt, die Bundesmarine müsse „Flagge zeigen", die Fregatten seien ein „flexibles Instrument zur Krisenbewältigung". (Der Spiegel, 22. Dezember 1975)

Die „Süddeutsche Zeitung" fordert offen ein „NATO-Geschwader unter amerikanischer Beteiligung an Zerstörern und Fregatten für den Südatlantik. Hier hätte eine leistungsfähige deutsche Fregatte im Sinne der Marine Zukunft." Die oben abgebildeten Karten, die dem Bundeswehrweißbuch 1975 und der Österreichischen Militärzeitschrift entnommen sind, zeigen die Gründe für diese Forderung: Über das Assoziierungsabkommen zahlreicher afrikanischer Staaten mit der EG hat der BRD-Imperialismus seine Interessensphäre in Afrika nach Süden ausgedehnt, und die vollständige Abhängigkeit von Nahost-Öl läßt ihn nach militärischer Sicherung und Kontrolle der Ölroute um Südafrika herum suchen. Auf NATO-Pläne über eine Einbeziehung des südafrikanischen Rassistenregimes ist erst kürzlich wieder hingewiesen worden. Für diese Aufgaben ist die Fregatte als Trägerwaffe für Hubschrauber und mit ihrem Aktionsradius von 4 000 Seemeilen (7 000 Kilometer) gut geeignet, zumal sie von den Stützpunkten des US-Imperialismus (siehe Karte) aus operieren kann. Und auf Landungsunternehmen in fremden Ländern wird die Bundeswehr im Rahmen der sogenannten Eingreifverbände der NATO (Allied Mobil Forces – AMF) vorbereitet. Vom 12. bis 18. September 1975 fanden Landemanöver in der Ägäis und der Osttürkei statt, vom 26. November bis 13. Dezember 1975 wurde die Landung an der südwestenglischen Küste geübt. Luftlandetruppen, Sanitätseinheiten, Fernmeldeeinheiten und Transporthubschrauber der Bundeswehr waren daran beteiligt. – (g.j.)

„§ 218 – pro und contra" in der Aktuellen

Oberstleutnant gescheitert

Koblenz. In der 2. Kompanie des schweren Pionierbataillons 850 fand eine aktuelle Information zum Thema „§ 218 – pro und contra" statt. Die „Aktuelle" dient zur politischen Bildung der Truppe. Politische Bildung heißt, den Soldaten den Kapitalismus als verteidigenswert darzustellen, Westdeutschland als freiestes und demokratischstes Land zu propagieren, und daß es uns doch allen gut gehe.

Die „Aktuelle" über „§ 218 – pro und contra" wurde vorbereitet von einem Leutnant und zwei Soldaten. 40 Soldaten hatten sich im Feldhaus versammelt, als die Tür aufging und der Bataillonskommandeur Oberstleutnant Michel hereinkam. Verwundert nahm er das Thema der „Aktuellen" zur Kenntnis, eigentlich habe er ja einen anderen Unterricht erwartet. Er setzte sich daraufhin, um dem Unterricht beizuwohnen.

Nachdem der Leutnant über die einzelnen Gesetzentwürfe und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts informiert hatte, nahmen die beiden Soldaten Stellung. Für den § 218 kamen die Schlagworte der Kirche „Abtreibung ist Mord" und des Staates, „er müsse das ungeborene Leben schützen", und „die Abtreibung könne nicht die Privatsache der Betroffenen sein". Dem Soldaten fiel es schwer, die Argumente zu untermauern, da er selbst ein Gegner des § 218 ist, jedoch zur Vorbereitung der „Aktuellen" kein entschiedener Befürworter des § 218 in der Kompanie gefunden wurde.

Gegen den § 218 führte der Pionier Gerhard Bayha aus, daß abgetrieben wird aus finanziellen Schwierigkeiten, daß die Abtreibung viele Arbeiterfamilien zu verzweifelten Schritten zwingt oder in größeres Elend, daß ein Interesse an seiner Aufrechterhaltung die Fabrikherren und Generale haben, die sich das Menschenmaterial für Maschinen und Kriege sichern wollen, und die einzige Antwort nur heißen kann: Ersatzlose Streichung des § 218!

Die darauf folgende Diskussion, in der die Soldaten auf die Gefährlichkeit der illegalen Abtreibung aufmerksam machten und die Frage stellten, welchen Weg ein Kind wohl nehmen wird, das die Eltern nur unter großen Schwierigkeiten großziehen können und das immer merken wird, daß es doch besser nicht zur Welt gekommen wäre, paßte dem Oberstleutnant nicht so recht in den Kram.

Deshalb versuchte er durch Unterbrechungen die Diskussion an sich zu ziehen. Als ihm dies nicht gelang, schaltete er sich direkt ein und versuchte den Pionier Bayha gegen die übrigen Soldaten auszuspielen. Und zwar sollten sie ihm Beispiele nennen, wo es Leuten wirklich dreckig ginge, denn die gibt es seines Erachtens nicht. Die wirtschaftliche Situation habe nichts mit dem § 218 zu tun. Ein Kind sei doch etwas Besonderes, auch gebe es da doch die Tradition. Und mit Tradition meinte er, daß es früher die Familien doch auch geschafft hätten, ihre Kinder großzuziehen, und so niedere Argumente wie fehlendes Geld könne man doch bei so etwas nicht anführen.

Als ein Soldat sich meldete und sagte, er habe einen Freund, der 600 DM im Monat verdient und über 200 DM Miete zahlen muß, der hinten und vorne mit dem Geld nicht hinkomme, konnte der Oberstleutnant nur sagen: „Dies ist ein Einzelfall, und mit 600 DM im Monat komme ich zweimal aus; außerdem, was braucht der auch so eine teure Wohnung, er kann sich ja nach einem billigen Zimmer umsehen." Für diese Aussage handelte er sich das laute Gelächter aller Soldaten ein. Noch lauter wurde das Lachen, als er auf die Aussage des Soldaten Bayha, daß gerade Lehrlinge und Schüler nicht einmal das verdienen und viele aus Angst, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren, zur Abtreibung gezwungen würden, antwortete: „Man sollte ja eigentlich annehmen, daß Gymnasiastinnen keine Kinder bekommen."

Da er so nicht weiterkam, stieg er auf die Lohnabschlüsse um. Er meinte, daß die Arbeiter in Westdeutschland doch gut verdienen. Doch auch hier konnte er sich nicht halten, und er merkte, daß die Sympathien der Soldaten keineswegs auf seiner Seite waren. So wußte er sich nur noch so zu helfen: in Rußland könne man vielleicht das Argument mit der finanziellen Not bringen, denn dort würden die Leute wirklich am Hungertuch nagen.

Für seine Entgegnungen, wobei er sich durch den Oberstleutnant nicht mehr unterbrechen ließ, erhielt Pionier Bayha den Beifall der versammelten Soldaten: Die Argumentation mit Rußland sei schon immer dann gebracht worden, wenn man keine anderen Argumente mehr hätte, um Veränderungen und Auseinandersetzungen madig zu machen. Mit dieser Aussage habe er sich selbst disqualifiziert.

Die über hunderttausend Frauen, die in Westdeutschland jährlich abtreiben, seien nicht zu dumm dazu, um zu wissen, wann sie ein Kind bekommen können oder nicht. Wenn die Arbeiterfamilien ein Kind bekommen, dann denken sie nicht an Tradition oder was Besonderes, sondern dann setzen sie sich hin und rechnen ihren Haushaltsplan durch, was sie ausgeben und was sie streichen können.

Erfreut darüber, daß die Zeit für die „Aktuelle" herum war, sah sich der Oberstleutnant genötigt, noch ein Schlußwort zu halten. „Wir wollen es nicht hören", rief ihm ein Soldat zu. Wieder faselte er von Tradition, Ethik und Moral, die es verbieten, abzutreiben, und die Soldaten sollten nicht auf so Leute wie den Pionier Bayha hereinfallen, der sie mit herbeigezogenen Argumenten für seine Forderungen zu gewinnen suche. „Oberstleutnant disqualifiziert", war die Antwort der Soldaten darauf.

Nach der „Aktuellen" fanden noch rege Diskussionen unter den Soldaten statt. Einige erzählten, daß ihre Freundin schwanger sei und sie dem Offizier mal gerne vorgerechnet hätten, was allein die Einrichtung eines Kinderzimmers kostet. Einer erzählte: „Meine Eltern haben zehn Kinder, das elfte hat meine Mutter abtreiben lassen. Warum? Weil wir es uns finanziell nicht leisten können. Meinen Vater sehen wir sowieso kaum, weil er mit Nebenjobs noch Geld verdienen muß. Und daß wir eine Wohnung brauchen, ist doch klar, und zwar eine große. Vielleicht meint der, wir sollten in Baracken ziehen." – (Ein Soldat der 2.s.PBtl. 850, Koblenz)

Doppelte Bestrafung und Entlassung angedroht

Braunschweig. Nachdem der Panzerschütze Bredenkamp aus der 1. Kompanie des Panzerbataillons 24 eine Arreststrafe von 7 Tagen abgesessen hat wegen seiner Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 in Bonn im September, muß er jetzt erneut für sieben Tage in den Bau. Anschließend hat er dann noch sieben Tage verschärfte Ausgangssperre. Diese Bestrafung wurde vom Kompaniechef damit begründet, daß der Panzerschütze über die erste Disziplinarmaßnahme in der Öffentlichkeit berichtet habe. Der Kompaniechef betreibt darüberhinaus die Entlassung des Soldaten aus der Bundeswehr. Gegen die Bestrafung des Panzerschützen Bredenkamp und eine drohende Entlassung aus der Bundeswehr sowie gegen die politische Disziplinierung der Soldaten und die Säuberungsaktionen der Armeeführung unter den Soldaten hat der Studentenrat der Technischen Universität Braunschweig in einer Solidaritätsresolution protestiert. Die Resolution wurde an der Technischen Universität verbreitet sowie an die örtliche Presse und die Kompanie- und Bataillonsführung des Panzerbataillons 24 geschickt.

Militärische Führung fühlt sich provoziert

120 DM Disziplinarbuße

Hannover. „Er hat sich am 14. Juni 1975 in 3000 Hannover auf offener Straße in Uniform (Ausgehanzug) ohne Kopfbedeckung i.d. Öffentlichkeit gezeigt."

Das ist die Begründugng der Disziplinarmaßnahme gegen Sanitätssoldaten Götze, die ihm direkt von Oberst Odendahl verabreicht wurde, da der Soldat Vertrauensmann der Sanitätslehrkompanie 90 in der Schulz-Lutz-Kaserne war.

Nun ist es aber zu offensichtlich bei dieser Maßnahme durch den Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9, daß es in Wirklichkeit bei der Bestrafung nicht um einen unvollständigen Anzug ging, sondern wegen der Teilnahme an der DGB-Demonstration an diesem Tag in Hannover. Diese Demonstration unterstützte Forderungen zur beruflichen Bildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit. Daran nahmen u.a. auch etwa 100 Soldaten in Uniform teil.

Worum geht es den Soldaten dabei, wenn wir am 1. Mai an der DGB-Demonstration oder wie jetzt im Herbst 1975 an der Demonstration gegen den § 218 gerade in Uniform teilnehmen?

Sicher nicht darum, weil diese Uniform so schön ist. Es geht darum, die Isoliertheit vom Volk zu durchbrechen und in gemeinsamer Aktion auf Demonstrationen mit den Massen aufzutreten. Um einmal zu zeigen, daß wir als Soldaten diese Forderungen des Volkes unterstützen, und zum anderen Forderungen der Soldaten selber zu stellen und in der Öffentlichkeit zu zeigen, weil uns rechtliche und politische Unterdrückung zuwider ist.

Deswegen haben wir als Soldaten die Forderung nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung in der Bundeswehr als Transparent mitgetragen. Die Unterdrückung in der Bundeswehr zeigt sich aber auch in dem niedrigen Wehrsold. Deswegen ist auch eine Forderung auf einem Transparent von uns Soldaten getragen worden, wo die Forderung nach Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige aufgestellt wird.

Diese ganzen Aktivitäten der Soldaten passen natürlich der Bundeswehrführung überhaupt nicht. Sie bespitzelt diese Soldaten, die sich an Demonstrationen in Uniform beteiligen, um sie zu verfolgen und zu bestrafen, wie das das Beispiel des Soldaten oben zeigt. Wie nun die Form und Begründung aussehen, ist der Bundeswehrführung egal.

Ob die Soldaten nun direkt wegen Teilnahme oder wegen eines fehlenden Schiffchens bestraft werden. Die Logik der Bundeswehrführung ist immer: Diese Soldaten müssen bestraft werden. Grundsätzlich geht es der Bundeswehrführung darum, durch die Bestrafungen diese Soldaten fernzuhalten vom Auftreten in Uniform in der Öffentlichkeit. Auffällig dabei ist, daß nur solche Beteiligungen in Uniform bestraft werden, wo die Interessen des Volkes vertreten werden. In den Beschwerdeantworten liest sich das dann so: „Als Angehöriger der Bundeswehr wäre es so, daß ein negativer Eindruck von der Disziplin der Soldaten der Bundeswehr entstand." Oder in einem Beschluß des Truppendienstgerichts heißt es zu der oben genannten Disziplinarmaßnahme folgendes: „Das Verhalten des Beschwerdeführers (stellt) eine offensichtliche Provokation der militärischen Führung dar. Daß eine solche gewollt war, ergibt sich aus der Verabredung der teilnehmenden Soldaten untereinander, zumal der Beschwerdeführer die Uniform zu dieser Veranstaltung freiwillig angezogen hat."

Hiermit wird gleich noch obendrein per Truppendienstgericht zugegeben, daß die Soldaten den „grauen Rock" sonst in der Bundeswehr nur unter dem in der Bundeswehr herrschenden Prinzip von Befehl und Gehorsam anziehen.

Der Beschluß des Truppendienstgerichts ist deshalb unter anderem sehr lächerlich und zum anderen zeigt es, daß das Recht der Beschwerde in dieser Sache für die Katz ist, daß also der Soldat sich bis hin zum Truppendienstgericht beschweren kann, was aber alles abgewiesen wird mit den lächerlichsten Begründungen. Lächerlich in der Weise, daß die Bewegung unter den Soldaten der Bundeswehr dadurch in keinster Weise gebrochen werden kann. Sie wird weitergehen und größer werden, und das wird sich gerade am 1. Mai 1976 zeigen. – (g., Reservist)

Wache zweimal

Marburg. Um die Torwache der Jäger-Kaserne, die gerade von der Stabsbatterie des Artillerieregiments 2 gestellt wurde, zu überprüfen, wurden zwei Soldaten einer anderen Einheit verkleidet und mit gefälschten Ausweisen in die Kaserne geschickt. Weil den Torposten die Sache weiter nicht auffiel, wurden sie einige Tage danach von ihrem Batteriechef mit einer „besonderen erzieherischen Maßnahme" bestraft: Wache zweimal außerhalb der Reihe.

KPF-Parteitag

Verrat an der Arbeiterklasse besiegelt

Der 22. Parteitag der KPF konnte einer großen Aufmerksamkeit in der bürgerlichen Welt gewiß sein. Die westeuropäische Bourgeoisie nahm ihn als Prüfstein, wieweit sie sich die KPF unterwerfen kann und wie weit diese geht, um sich ihr anzudienern. Gleichzeitig wollte sie sehen, wieweit die KPF noch nach der Pfeife des russischen Sozialimperialismus tanzt. Die internationale bürgerliche Presse hat ihr Urteil bereits gefällt: Erfreut zeigt sie sich, daß die KPF erneut einen tiefen Kotau gemacht hat, indem sie die „Diktatur des Proletariats" aus dem Parteistatut gestrichen hat. Gleichzeitig erteilt sie nach wie vor das Prädikat „unzuverlässig", weil die KPF nicht mit dem Befehlsstab der Sowjetunion gebrochen hat.

Durch die Streichung der „Diktatur des Proletariats" aus dem Parteistatut hat der Parteikongreß jene Aussage beseitigt, die noch an die revolutionäre Tradition der KPF erinnert hat. Er hat damit besiegelt, was die KPF ideologisch und politisch bereits seit langem ist: eine revisionistische Partei, eine Partei des Verrats am Marxismus-Leninismus und an der Arbeiterklasse.

Marchais, der Generalsekretär, hat diese Streichung in seinen vierstündigen Rechenschaftsbericht eingearbeitet, formell wurde über sie gar nicht abgestimmt. Die Entfernung wurde über die Annahme des Rechenschaftsberichts vollzogen: „Im weiteren Verlauf seines Berichts hob Marchais hervor, daß der dem Parteitag vorgelegte Dokumentenentwurf den Begriff der ‚Diktatur des Proletariats' nicht enthalte. Dieser Begriff decke nicht mehr die Realität in Frankreich, weil unter dem Begriff ‚Proletariat' nur ein Teil der heutigen Arbeiterklasse verstanden werde. Die KPF sei für die Macht der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Hand und des Geistes, also für die Macht der großen Mehrheit der Bevölkerung. Zudem sei der Begriff ‚Diktatur' belastet durch die Erinnerung an Hitler und Mussolini." (UZ, 5. Februar)

Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse „zeitgemäß"?

Was soll an der Diktatur des Proletariats nicht mehr zeitgemäß sein? In Frankreich wie in der BRD herrscht das imperialistische Kapital und lebt von der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus werden auf die Spitze getrieben, das ist die heutige Realität. Noch heute zeitgemäß hat Karl Marx schon im Kommunistischen Manifest geschrieben, daß das Proletariat „die Klasse moderner Arbeiter (ist), die nur solange leben, als sie Arbeit finden, und die nur solang Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt". Der Arbeiter wird nicht dadurch zum Proletarier, daß er seine Arbeitskraft auf dem Markt verkauft, sondern er wird zum Proletarier dadurch, daß er durch seine Arbeit seinen Gegensatz, das Kapital, direkt produziert, den gesamten gesellschaftlichen Reichtum als Kapital produziert.

Zweck der Aussagen Marchais' ist, die revolutionären Fähigkeiten der Arbeiterklasse, ihr Selbstbewußtsein dadurch zu erdrosseln, daß ihr die Erkenntnis über ihre ökonomische Stellung genommen wird. Verhindert werden muß, daß sie sich als entscheidende gesellschaftliche Produktivkraft begreift, deren schrankenlose Entfaltung durch das Kapitalverhältnis gefesselt wird. Die Unversöhnlichkeit des daraus erwachsenden Klassengegensatzes soll vernebelt werden. Sie selber darf sich nicht als produzierende Klasse begreifen, sondern bloß als Bestandteil aller Arbeitenden, um so ihre Führungsaufgabe zu untergraben, den Boden für eine Politik der Klassenversöhnung und Sozialreform zu bereiten.

Das sagt die KPF selbstverständlich nicht. Mitglieder ihres ZK haben die Streichung damit begründet, daß sie dadurch eine Beschränkung der Arbeiterklasse auf sich selbst verhindern wollen, François Billoux (Politbüro). Damit, daß die Aufrechterhaltung des Begriffs der Diktatur des Proletariats zur „Bremse" geworden sei. Eine Bremse bei der Anbiederung an die Bourgeoisie, gewiß. Eine Isolation, das ist Unsinn.

Folgt aus der Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu den Produktionsmitteln hat, vom Verkauf der Arbeitskraft lebt, daß das Proletariat sie für seine Revolution gewinnen kann, so folgt aus dem Verzicht auf die Unterscheidung zwischen Proletariat und den übrigen Lohnabhängigen der Verrat an der Revolution und am Kommunismus. Das Wesen des Kapitalverhältnisses, die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, wird genauso vertuscht wie der soziale Zweck der proletarischen Revolution preisgegeben wird: „Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt." (Programm des KBW, Seite 15) Indem alle Muttermale der alten Gesellschaft beseitigt, alle Menschen in den unmittelbaren Produktionsprozeß einbezogen, alle Überbleibsel der kapitalistischen Arbeitsteilung beseitigt werden, schreitet sie auf dem Weg zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft, voran. Das Aufgeben dieser Erkenntnisse liefert die Arbeiterklasse allen bürgerlichen Ideen aus und entwaffnet sie in der Wahrnehmung ihrer führenden Rolle in der Revolution: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, wenn sie die ganze Menschheit befreit." (Programm des KBW, Seite 17)

Bekenntnis zum bürgerlichen Parlamentarismus

So wie der Revisionismus die soziale Befreiung des Proletariats preisgibt, bürgerliche Ideen in es hineinträgt und dadurch spaltet, will er es an die Herrschaft der Bourgeoisie binden und der Arbeiterklasse die politischen Mittel zur Durchsetzung ihrer sozialen Interessen aus der Hand schlagen: den bewaffneten Aufstand, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Statt zur Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes und zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates bekennt sich die KPF zum bürgerlichen Parlamentarismus und zum Stimmzettel, zum „allgemeinen freien Wahlrecht" (Marchais). „Der revolutionäre Prozeß wird das Ergebnis einer Reihe von qualitativen Veränderungen sein." (ZK-Mitglied François Hilsum) Welcher? Mit diesem Gerede soll die geschichtliche Erfahrung unterdrückt werden, daß die Ausbeuter weder freiwillig die Beseitigung ihrer Herrschaft hinnehmen noch die Hoffnung nach ihrem Sturz aufgeben, sie wieder zurückzuerobern. Marx und Engels haben diese Erkenntnis gerade durch die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse, die Erfahrungen der Pariser Kommune gewonnen. Entsprechend schreibt Marx in der Kritik des Gothaer Programms: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Daß die Bourgeoisie den Arbeitern nichts schenkt, sondern mit allen Mitteln gegen sie vorgeht, das hat gerade die gewaltige Erhebung der französischen Arbeiterklasse im Mai 1968 gezeigt.

Wie die Revisionisten die reaktionären Positionen der Bourgeoisie übernehmen und sich ihnen unterwerfen, zeigt schließlich Marchais' Behauptung, daß die Diktatur des Proletariats an Mussolini und Hitler erinnere. Hitler und Mussolini haben im Auftrag der imperialistischen Bourgeoisie die terroristische Herrschaft der Ausbeuter über die Arbeiterklasse errichtet. Diese Verbrechen wird die Arbeiterklasse ihren Ausbeutern nie vergessen. Heute will die Bourgeoisie erreichen, daß diese Erinnerung verknüpft wird mit der Diktatur des Proletariats, um so die Arbeiterklasse an die demokratisch verbrämte Diktatur der Bourgeoisie zu binden. Dieser Absicht der Bourgeoisie ist die KPF jetzt auch offiziell nachgekommen. Das internationale Proletariat hingegen erinnert sich bei der Diktatur des Proletariats an die siegreiche Oktoberrevolution, an die chinesische, an die albanische Revolution. Welchen klassenbewußten Arbeiter soll es bei der Vorstellung gruseln, daß die geschlagene Bourgeoisie unterdrückt wird, daß all ihre Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, verhindert werden?

Entsprechend alle anderen Aussagen auf diesem Kongreß: Marchais als der glühende Verteidiger der Unabhängigkeit der französischen Nation, deren herrschende Klasse die Bourgeoisie ist, der ausdrückliche Verzicht auf den Gruß mit der geballten Faust, weil er den Anschein von Aggressivität erwecken könne (gegenüber der Bourgeoisie tut er das wahrhaftig), die Rede eines Delegierten über sein Glück, zugleich Christ und Mitglied der KPF zu sein. (Alle Angaben nach Le Monde)

Der Verrat kam nicht über Nacht

Dieser Kongreß ist dennoch nichts anderes als ein später Gipfelpunkt. Die KPF unter Maurice Thorez war bereits in den fünfziger Jahren treuer Gefolgsmann der KPdSU bei deren Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Kommunistische Partei Chinas. Die Kommunistische Partei Chinas hat damals festgestellt, „daß im chinafeindlichen Chor und im Wettbewerb der Angriffe auf die Kommunistische Partei Chinas Thorez und andere Genossen die größten Anstrengungen machten und sogar manche Genossen aus anderen Bruderparteien noch übertrafen". Die KPF war führend in der Kapitulation vor dem US-Imperialismus: „Genosse Thorez kann sich sicherlich noch erinnern, daß seinerzeit die ‚Humanité', das Organ des ZK der KPF, mit großem Propagandaaufwand erklärte, ‚eine gemeinsame Sprache ist zwischen Washington und Moskau gefunden worden, die Sprache der friedlichen Koexistenz', ‚die USA haben eine Wendung vollzogen'."

Die KPF hat den Befreiungskampf des algerischen Volkes gegen die französische Kolonialmacht sabotiert, sie hat bei der Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung durch die KPdSU einen erheblichen und untertänigen Beitrag geleistet: „Es scheint, daß manche Genossen der Ansicht sind, man brauche nur anderen zu folgen, ohne sich um die Interessen des Proletariats und des Volkes im eigenen Land, um die Interessen des internationalen Proletariats und die Interessen der Völker zu kümmern. Was richtig ist, der Weg nach Osten oder Westen, vorwärts oder rückwärts, alles, alles kann man unbeachtet lassen. Was jemand anders sagt, das plappert man nach, ein anderer macht den Schritt, man folgt. Hier zeigt sich mehr die Fähigkeit, wie ein Papagei zu sprechen, aber es mangelt an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus." (Woher die Differenzen, 27. Februar 1963)

Dem Sozialimperialismus ergeben

Von diesem Eindruck, strikt am Befehlsstab der KPdSU zu hängen, wollte sich die KPF auf diesem Kongreß reinwaschen. Deshalb mußte Marchais einige kritische Worte über die Behandlung politischer Gefangener in der Sowjetunion verlieren. Offensichtlich hat ein Tauschgeschäft zwischen der KPF-Spitze und der KPdSU stattgefunden: ein bißchen Kritik, gleichzeitig aber ein Loblied auf die Errungenschaften des Sozialimperialismus und Zugeständnisse bei der Vorbereitung der europäischen Revisionistenkonferenz, die die KPdSU unbedingt will.

In Reaktion auf den KPF-Kongreß hat die Führung der sozialimperialistischen Macht erneut von „Diktatur des Proletariats" gesprochen, obwohl sie es war, die diese in der Sowjetunion angegriffen, das Proletariat im Klassenkampf gegen die alte und neue Bourgeoisie entwaffnet und so die eigene Machtergreifung vorbereitet hat. Als sozialimperialistische Macht, die überall in der Welt nach Einfluß strebt, will sie so die Möglichkeit von Staatsstreichen und Putschen rechtfertigen, genauso wie sie der Diktatur über die eigene Arbeiterklasse ein Mäntelchen umhängen will. Die revisionistischen Parteien Westeuropas hingegen, die an der Herrschaft ihrer eigenen Bourgeoisie beteiligt sein wollen, greifen die proletarische Diktatur an, um der eigenen Bourgeoisie ihr Wohlverhalten zu Füßen zu legen.

Viel hat die KPF durch diesen Kongreß nicht gewonnen. Die Bourgeoisie hat die KPF so weit getrieben, daß sie gezeigt hat, für den Preis der Beteiligung an der Herrschaft sei sie zu allem bereit. Für die Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung benutzt die Bourgeoisie die KPF. Sie dauerhaft daran zu beteiligen, daran denkt sie nicht im Traum. Sie braucht sie schon jetzt zur Fesselung der Arbeiterbewegung, sie kann sie aber nicht in der Regierung brauchen, zumal sie ihrer Distanzierung vom Sozialimperialismus nicht traut. – (hjh)

Israel: Starke Zunahme der Kriminalität und der Korruption

„1974 wurde jeder zwanzigste Israeli das Opfer eines Verbrechens. Die Zahlen für 1975 hat der Computer noch nicht ausgespuckt, aber Polizeiminister Hillel konnte der Knesset vor zwei Wochen schon einige schokkierende Tatsachen mitteilen: Körperliche Angriffe auf Beamte stiegen um 25 Prozent, Morddrohungen um 35 Prozent, versuchter Mord um 100 Prozent. Daß die Zahl der „erfolgreichen" Morde konstant blieb, ist nur ein schwacher Trost bei der ohnehin schon hohen Mordquote von 40 innerhalb eines Jahres." (Neue Zürcher Zeitung, 4. Februar)

Die Aufklärungsquote ist seit 1960 stetig zurückgegangen: Von den 53 700 Verbrechern des Jahres 1974 wurde überhaupt nur ein Fünftel verurteilt. Neben dieser Form der Kriminalität hat sich ferner ein System von **„Schutzgeldern"** entwickelt, ein System der Markt- und Restaurant-Erpressung. Ein Marktstand oder Lokale lassen sich in den Städten nur noch dann halten, wenn die Besitzer monatlich Abgaben an die Mafia zahlen: „Zahlen sie nicht, können sie mit Zerstörung ihrer Geschäfte, Marktstände und Autos rechnen. Gehen sie zur Polizei, ist ihr Leben in Gefahr."

Die Zunahme der Kriminalität und die Zunahme der Korruption sind Gradmesser für den Zerfallsprozeß der Kolonialistengesellschaft im Zionistenstaat Israel.

85 Millionen DM für chilenischen Kupferbergbau

Mit einem Kredit von 85 Millionen DM steigt die Weltbank jetzt in den chilenischen Kupferbergbau ein. Die Weltbank ist das Mittel des US-Imperialismus und der europäischen imperialistischen Länder, um sich über Kredite dieser ihrer gemeinsamen Bank politischen und wirtschaftlichen Einfluß besonders in Ländern der Dritten Welt zu verschaffen. Chile hängt zu 70 Prozent von seinen Kupferexporten ab. Um den Kupferpreis hoch zu halten, hatte die Allende-Regierung den Kupferbergbau verstaatlicht und die frühere Besitzerin, die amerikanische Aktiengesellschaft Kennecott, enteignet. Eine der ersten Handlungen der Junta nach dem Putsch gegen die Allende-Regierung im September 1973 war die Entschädigung der Kennecott mit mehreren hundert Millionen Dollar. Gegenwärtig, wo der Weltmarktpreis für Rohkupfer um 60 Prozent unter den Stand von 1974 gefallen ist, wollen die Imperialisten offenbar über die Weltbank den chilenischen Kupferbergbau erneut unter ihre direkte Kontrolle bringen. – (Nach: Süddeutsche Zeitung, 5. Februar)

UNO-Sicherheitsrat verurteilt die südafrikanische Herrschaft über Namibia

Jede Verwendung von Namibia, dem ehemaligen Südwestafrika, als Ausgangsbasis für einen südafrikanischen Angriff auf die Nachbarländer sowie die Verstärkung der südafrikanischen Militärmacht in Namibia hat der UNO-Sicherheitsrat am 30. Januar nach einer viertägigen Namibia-Debatte einstimmig verurteilt. In der Resolution wird weiter die rassistische Unterdrückung in Namibia und die Bantustan-Politik verurteilt. Diese Politik hat zum Ziel, das Volk von Namibia in Reservate auf seinem eigenen Territorium zusammenzupferchen. Gefordert wird, daß in Namibia freie Wahlen durchgeführt werden und als Voraussetzung dafür das Vorster-Regime alle politischen Gefangenen freilassen, alle Verbannten zurückkehren lassen und jede Form der Rassenunterdrückung aufgeben soll. Der UNO-Botschafter des rassistischen Vorster-Regimes, Botha, hat die Resolution zurückgewiesen und erklärt, seine Regierung spreche der UNO das Recht ab, über Namibia zu verhandeln. Die UNO hatte 1966 bereits die südafrikanische Mandatsherrschaft über Namibia, die der Völkerbund 1920 ausgesprochen hatte, für beendet erklärt und die sofortige Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit verfügt. – (Nach Le Monde, 1./2. Februar)

Westsahara: US-Imperialisten rüsten Marokko auf

Dem Sonderbotschater des marokkanischen Königs Hassan II. hat der amerikanische Außenminister Kissinger die Erhöhung der Waffenhilfe von 14 auf 30 Millionen Dollar (75 Millionen DM) für 1976 zugesichert. (Le Monde, 1./2. Februar) Der US-Imperialismus rüstet Marokko auf, um die vom spanischen Kolonialismus mit dem Westsahara-Vertrag eingeleitete Spaltungspolitik gegenüber den nordafrikanischen Ländern zur Sicherung der Phosphat-Interessen und des politischen Einflusses zu unterstützen. Mit der Spaltungspolitik und den Waffenlieferungen soll Marokko noch fester unter die Kontrolle des Imperialismus genommen werden.

Entwicklungsländer legen ihre Forderungen für die UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung fest

Eine Ministerkonferenz der „Gruppe der 77" fand in der philippinischen Hauptstadt Manila statt zur Festlegung der Forderungen der Entwicklungsländer für die UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung, die im Mai in Nairobi (Kenia) stattfinden wird. Zur Gruppe der 77 haben sich die in der UNO vertretenen Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen, um ihre Interessen in der Weltorganisation gegen die imperialistischen Länder besser verteidigen zu können. Mit der Aufnahme Surinams und der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO hat die Gruppe der 77 inzwischen 108 Mitglieder. Der philippinische Präsident Marcos, der die Konferenz eröffnete, forderte vor den 600 Delegierten, die Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern zu verstärken. Die Gruppe der 77 müßte in eine Wirtschaftsorganisation der Dritten Welt weiter entwickelt werden. Die Industrieländer müßten gezwungen werden, ihren Reichtum und ihre Macht mit den Ländern der Dritten Welt zu teilen, die Dritte Welt habe nur die Wahl zwischen Krieg und Untergang. Im Mittelpunkt der Beratungen steht der Plan, die Entwicklungsländer unabhängiger zu machen von den Schwankungen der Weltmarktpreise für ihre Exportprodukte – Rohstoffe – durch ein System international finanzierter Lagerhaltung. – (Nach Le Monde, 3. Februar)

Erfolgreiche Rundreise des Genossen Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU und Vorsitzender des Dare (Revolutionsrat)

Aufschwung des bewaffneten Kampfes des Volks von Zimbabwe

Vom 4. bis 9. Februar besuchte auf Einladung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland eine Delegation der ZANU die Bundesrepublik und Westberlin. Die Delegation wurde geleitet durch den Generalsekretär und Vorsitzenden des Revolutionsrates der ZANU, dem Genossen Robert Mugabe; in seiner Begleitung befanden sich die Genossin Mugabe, der Genosse Rex Chiwara, Vertreter der ZANU für Westeuropa, und der Genosse D. Mutumbuka vom Londoner Büro der ZANU. Zwischen der ZANU-Delegation und Vertretern des Zentralen Komitees des KBW fanden ausführliche und herzliche Gespräche statt. Der Besuch stand im Zeichen des Neuaufschwungs des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU und des Scheiterns des Entspannungsschwindels der Imperialisten. Wie die Genossen berichteten, reagiert das rhodesische Siedlerregime mit Panik, es hat den Alarmzustand im ganzen Land ausgerufen und einen Aufruf an die imperialistischen Mächte gerichtet, es im Kampf gegen das Volk von Zimbabwe zu unterstützen. Es rückt noch enger zusammen mit der anderen Bastion des Imperialismus im südlichen Afrika, der Südafrikanischen Republik, die nach wie vor Namibia besetzt hält und gegen das angolanische Volk Krieg führt. Diese hat erklärt, daß in Zukunft ihre Armee „Aktionen auf Gebiete außerhalb der Grenzen des Landes ausdehnen werde". (Neue Zürcher Zeitung, 31. Januar) Dieses Gebiet soll alles südlich des Äuquators umfassen. Dieser durchzieht Kenia, Uganda, Zaire, Congo und Gabun.

Die Genossen der ZANU erklärten, daß es keine Regelungen mit dem Siedlerregime in Zukunft geben wird, solange dieses sich nicht bereit erklärt, das Land seinen rechtmäßigen Besitzern, den Volksmassen von Zimbabwe, zurückzugeben. Wegen der Dringlichkeit der Unterstützung der Befreiungskämpfer hat das Zentrale Komitee der ZANU-Delegation eine Spende von 10 000 DM aus Organisationsmitteln überreicht. Insgesamt konnten nach der Rundreise 29 850 DM und eine Reihe von Sachspenden für den Befreiungskampf zur Verfügung gestellt werden. Im folgenden drucken wir ein Interview ab, das wir mit dem Genossen Mugabe durchgeführt haben, um den Freunden des Volkes von Zimbabwe über den Stand des Befreiungskampfes und die Aufgaben für seine Unterstützung zu berichten.

Genosse Mugabe, als Nachfolger des ermordeten Genossen Chitepo bis du verantwortlich für die Reorganisierung des bewaffneten Kampfes der ZANU und hast dich im vergangenen Jahr nach deiner Freilassung durch das Smith-Regime im Dezember 1974 in den Lagern der ZANLA (Nationale Befreiungsarmee Zimbabwes) aufgehalten. Wie ist der derzeitige Stand im bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe?

M.: Wir danken für den Empfang, den unsere Delegation erhalten hat, und sind für die ZANLA-Streitkräfte sehr glücklich, daß wir die Möglichkeit haben, uns an die Mitglieder und Sympathisanten des KBW wenden zu können, Durch die Wahl unseres Kongresses bin ich tatsächlich Generalsekretär der Partei, und letztes Jahr wurde ich auch zum Vorsitzenden des Dare de Chimurenga ernannt, des Revolutionsrates. Das Entspannungsmanöver im südlichen Afrika hat uns stark beeinträchtigt, weil wir während der vergangenen 8 Monate gezwungen waren, unsere Kampftätigkeit zu verringern. Mir wurde im März 1975 die Aufgabe übertragen, den bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus zu reorganisieren, die Rekruten in den Lagern in Mozambique zu sammeln und sicherzustellen, daß sie Instrukteure haben, die klar ausgerichtet sind. Auch war es notwendig, mit den Kommandeuren, die nicht durch die sambische Regierung gefangengesetzt worden sind, eng zusammenzuarbeiten. Wir mußten sie dabei beraten, wie sie wieder einen machtvollen Kampf gegen das Siedlerregime organisieren können.

Die Befreiungsstreitkräfte haben ein eigenes Oberkommando gebildet. Jetzt haben wir wieder den Normalzustand erreicht. Nachdem der bewaffnete Kampf einen Rückschlag erlitten hatte durch das Entspannungsmanöver, wurde gerade jetzt der Guerilla-Krieg in Zimbabwe verstärkt, unsere Basis im nordöstlichen Teil Zimbabwes

reitzuhalten, außerdem an die Weltöffentlichkeit, ihm zu helfen, den Vorwärtsmarsch der Guerilla-Kämpfer zu stoppen und dabei den Entspannungsschwindel weiterzuführen. Aber weder wir noch die fortschrittlichen Kräfte in der Welt werden darauf hereinfallen. Das Siedlerregime muß zerschmettert werden, so daß wir den Weg öffnen können für ein demokratisches System, wo die Massen die Entscheidungen treffen und ihr Land selber aufbauen.

Welche Aussichten bleiben dem Entspannungsmanöver noch?

M.: Die Intensivierung des Kampfes hat den ganzen Entspannungsschwindel zunichte gemacht. Wir wußten von Anfang an, daß er zum Ziel hatte, unseren bewaffneten Kampf zu untergraben. Nokomo, der Führer der ZAPU, ist nicht er selbst, er ist ein Agent, mit dem imperialistische Mächte Politik machen. Er wird von Sambia dirigiert, das wiederum Instruktionen durch imperialistische Mächte bekommt, es gibt eine imperialistische Achse, die Großbritannien, die USA und die Südafrikanische Republik verbindet. Sie benutzte Präsident Kaunda von Sambia, um uns in den ANC zu zwingen. Nokomo sollte ANC-Präsident werden und als Oberkommandierender der ZANLA-Streitkräfte dann dem Krieg Einhalt gebieten. Unsere Gegentaktik war, sofort im ganzen Land einen Apparat aufzubauen, um die Massen in Zimbabwe für den bewaffneten Kampf zu gewinnen und Freiwillige für die Befreiungsarmee zu rekrutieren. So konnten wir Tausende über Tausende junger Männer und Frauen für den Kampf gewinnen. Darüberhinaus führten wir ein Programm durch zur Organisierung der Massen an der Basis. Wir bewegten uns von einem Gebiet Zimbabwes zum nächsten, einer Stadt zur anderen, und die lebhafte Organisierungskampagne mobilisierte die Massen für Chimurenga, den bewaffneten Kampf. Sie sind heute für den revolutionären Krieg, Chimurenga heißt es überall im Land. Nokomo wurde zurückgeschlagen. Die Zeitungen der Imperialisten reden davon, daß er knapp 20 Prozent Massenunterstützung hat. So haben wir die Imperialisten und ihre Agenten in dieser Runde geschlagen. Nachdem wir diesen Umschwung erreicht hatten, erkannte Nokomo, daß er in der Einheit keine Rolle mehr spielen kann, und ist ausgezogen mit seiner ZAPU oder, wie er sie jetzt nennt, ANC. Das gleiche Sambia, das vorher die Einheit wollte, unterstützte ihn jetzt beim Auszug. Es arbeitet dabei wieder hin auf die Spaltung des Volkes.

Die Imperialisten verfolgen einen doppelten Kurs. Der subtilere zielt darauf ab, Konterrevolutionäre unter uns finanziell aufzurüsten, ihnen ein bequemes Leben zu ermöglichen und sie zu bewaffnen, um durch sie die Massen vom bewaffneten Kampf abzubringen und ihr Denken auf den Dialog auszurichten. Der zweite Weg ist die materielle Unterstützung des Smith-Regimes. Die Truppen der Südafrikanischen Republik kämpfen mit den rhodesischen Streitkräften seit 1967 zusammen. Sie haben sich nie zurückgezogen. Daß sie das offiziell vorgaben, war nur Bluff. Das gleiche Südafrika kämpft in Angola gegen die fortschrittlichen Kräfte, und wir wären schlecht beraten, wenn wir glaubten, daß Südafrika in Angola zu einem größeren Einsatz bereit ist als in Zimbabwe. Wir haben eine Viertelmillion weißer Siedler, davon viele von Afrikaner-Abstammung. Sie sollen sich der Woge des afrikanischen Nationalismus und der fortschrittlichen Kräfte entgegenwerfen, deren Aufgabe es ist, die Lage zu verändern. Hinter Südafrika stehen der Imperialismus, Kräfte wie Großbritannien, die Amerikaner und der westdeutsche Kapitalismus. Sie werden natürlich versuchen, sich noch mehr einzumischen. Es ist denkbar, daß sie versuchen, Nokomo rasch irgendeine Rolle in der Regierung spielen zu lassen, um eine Machteroberung durch die ZANU zu verhindern. Aber welche Regelung sie auch treffen, sie wird nicht von langer Dauer sein, denn sie müssen mit uns rechnen. Wir werden sie zerschmettern. Wir hoffen, daß diejenigen unserer Freunde in der Welt, die zu fortschrittlichen Organisationen in den kapitalistischen Ländern gehören, sich voll hinter

bau möglich ist. Jedes Lager hat einen erfahrenen Kommandanten, der einer Gruppe von Instrukteuren vorsteht. Sie haben verschiedene Funktionen, je nach ihrer Eignung. Die Freiwilligen sind eingeteilt in Kompanien, mit etwa 100 bis

R. Mugabe
c/o Office of Governor
Quelimane
Mozambique

An den
Kommunistischen Bund
Westdeutschland
6800 Mannheim
Westdeutschland

Frankfurt, 9.2.76

Genossen,
ich bin außerordentlich glücklich darüber, Euch mitteilen zu können, daß ich 29 580 DM von der westdeutschen Solidaritätsbewegung für die Fortführung unseres bewaffneten Kampfes erhalten habe. Für alle unsere ZANU-Genossen, die im bewaffneten Kampf stehen, und für die kämpfenden Massen in Zimbabwe danke ich Euch und der Solidaritätsbewegung für diesen bedeutsamen Beitrag zu unserem Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und Kolonialismus. Unsere Solidarität mit dem KBW dauere lange Zeit und sei unverbrüchlich! Immer stärker sollen die Bindungen zwischen unseren Völkern werden!

R.G. Mugabe
Generalsekretär der ZANU und
Vorsitzender des Dare

R. G. Mugabe
Sec-General of ZANU
and
Chairman of DARE



Der Genosse Mugabe beim Empfang auf der Veranstaltung in Westberlin. Obwohl nur wenige Tage zur Ankündigung der Veranstaltung zur Verfügung standen, war diese Rundreise erfolgreich. Begonnen wurde sie mit einer Veranstaltung in Mannheim, auf der die ZANU-Delegation von H.J. Hager, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW, begrüßt wurde. An dieser Veranstaltung nahmen 300 Menschen teil und konnten 1 400 DM gesammelt werden, in Frankfurt 450 (5 500 DM), in Westberlin 700 (6 738 DM) und in Essen 250 (1 840 DM). Außerdem konnte Genossen Mugabe ein Radio mit Kassettenrecorder, eine Spiegelreflexkamera mit Wechselobjektiven sowie Schreibmaschinen übergeben werden. Am 6. Februar fand in Frankfurt eine Pressekonferenz statt.

manchmal mitsamt den Lehrern. Sie kamen ebenfalls, um am Befreiungskrieg teilzunehmen, weshalb wir ihnen eine militärische Ausbildung nicht vorenthalten können. Sie erhalten aber Übungen und Aufgaben, die ihrem Alter entsprechen. Sie sind wie die Erwachsenen in Kompanien usw. eingeteilt, haben ihre eigenen kleinen Kommandeure, schnitzen sich Holzgewehre und marschieren jeden Tag usw.

Alle erhalten natürlich eine ideologische Ausbildung. Sie müssen die politische Geschichte Zimbabwes kennen, den Beginn des bewaffneten Kampfes, wie die ZANU gebildet wurde, was die Gründer der ZANU taten, sie müssen unseren Standpunkt kennen gegenüber den konterrevolutionären Parteien, denen Nokomo früher vorstand.

Dann müssen sie natürlich geschult werden in den Prinzipien des Sozialismus, wie wir beabsichtigen, die kapitalistische Gesellschaft von heute in unserem Land in einen wirklich sozialistischen Staat zu verwandeln.

Die Beziehungen im Lager sind durch Disziplin und Demokratie bestimmt. Jedem wird zuerst die Disziplin auferlegt, dem Kommandanten muß unbedingt gehorcht werden, ohne lange zu fragen. Wenn es Kritiken und Beschwerden gibt, dann müssen die später erfolgen. Die Kompanie ist für bestimmte Probleme zuständig. Wenn ein Mitglied der Kompanie ein bestimmtes Vergehen begeht, wird es zuerst von seiner kleinen Gruppe behandelt, wenn diese damit nicht zurechtkommt, vom Zug, und dieser kann sich an die Kompanie wenden. Täglich gibt es Appelle, wo jeder erscheint und seine Beschwerden vorbringen kann. Das Lagerkommando prüft sie täglich und sucht nach Abhilfe. Viele Fragen werden so demokratisch geregelt.

Worauf könnt ihr euch stützen bei der Versorgung mit den notwendigen Mitteln für den Kampf?

M.: Wir stützen uns zunächst auf unsere eigenen Mittel, wir stehen natürlich wieder am Anfang, nachdem alles, was in Sambia aufgebaut wurde, zunichte ist. Wir haben einige Gartenbauprojekte und landwirtschaftliche Projekte. Die Regierung von Mozambique hat uns Land gegeben zur Bewirtschaftung. Aber bisher brauwenden uns mit unseren Aufrufen an Organisationen wie den KBW und alle fortschrittlichen Menschen in der Welt, uns zu helfen mit allem, was für die Führung des bewaffneten Kampfes notwendig ist.

Von den Staaten Afrikas unterstützt uns die OAU; die entschlossenste Unterstützung erhalten wir von Mozambique und Tansania, was auf die fortschrittliche Einstellung von Präsident Nyerere und Präsident Samora zurückzuführen ist. Sie haben unzweifelhaft klargemacht, daß unser Kampf jetzt Priorität hat, sie betrachten den Kampf des Volkes von Zimbabwe als ihren eigenen Kampf. Sie stellen sogar ihr Land zu unserer Verfügung. Damit will ich aber die wichtige Hilfe, die wir von anderen Staaten erhalten haben, nicht herunterspielen. Was die übrige Welt angeht, so haben wir natürlich große Unterstützung durch die Volksrepublik China erhalten, die nicht nur bereit war, unsere Kader auszubilden, sondern auch die militärischen Mittel zu geben, die wir brauchen.

In der vergangenen Woche hast Du auf mehreren Veranstaltungen Dich an die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk gewandt. Welchen Beitrag für den Kampf des Volkes von Zimbabwe können diese leisten?

M.: Was uns am meisten überrascht hat, war die Begeisterung, die unserem Kampf entgegengebracht wurde. Sie zeigt eine größere Bereitschaft denn je, große Entschlossenheit, unsere Politik zu unterstützen. Das kommt auch im Betrag zum Ausdruck, der für unseren Kampf zur Verfügung gestellt wurde. Das ist eine Solidarität, die einem unterdrückten Volk gilt, das einen unerbittlichen Kampf führt. Dies ist eine ausgezeichnete Grundlage, die Propaganda unseres revolutionären Kampfes und der Wichtigkeit seiner Unterstützung in jeden Winkel des Landes zu tragen und hinter dem KBW noch mehr Unterstützer zu sammeln. Wenn wir die erhaltene Hilfe hochschätzen, so kommt es doch darauf an, darauf hinzuweisen, daß unser Kampf erst richtig gesteigert wird. Noch viele Schlachten stehen bevor, bis das illegale Siedlerregime zerschmettert ist. Noch viel mehr Menschen müssen für unsere Sache gewonnen werden.

Bericht aus dem Süden Portugals

Der bürgerliche Staat hält die Genossenschaften im Würgegriff



Landarbeiterinnen aus dem Alentejo

Die landwirtschaftlichen Kooperativen sind zweifellos eine der wichtigsten Errungenschaften des portugiesischen Volkes. Indes werden sie allzuoft für etwas genommen, was sie gar nicht sind: „sozialistische Produktionseinheiten". Es herrschen viel Illusionen und es wird viel Unsinn geredet über die Kooperativen. Darin macht sich der noch starke revisionistische Einfluß und die revisionistische Demagogie bemerkbar. Wenn der von den Revisionisten beeinflußte Landarbeiter des Alentejo auf die weit sich hinstreckenden sanften Hügel, auf die endlosen Reihen des bald aufschießenden hellgrünen Getreides in der rötlichen Erde zeigt, dann sagt er dem Fremden mit einem gewissen Stolz: „Dies alles hier, soweit du siehst, hat einem Großgrundbesitzer gehört. Es gehört jetzt uns, den ehemaligen Knechten, und nur über unsere Leichen hinweg nimmt man es uns wieder weg!"

Sieht man das Leben auf den besetzten Landgütern, so scheint der Landarbeiter recht zu haben. Hier herrscht revolutionärer Schwung und fast alle arbeiten Hand in Hand. Sie fragen nicht zuerst: „Was nützt mir?", sondern fragen zuerst: „Was nützt uns, der Kooperative, dem Volk?". Geht es um gegenseitige Hilfe, so stehen sie auch am Sonntag, dem nach dem 25. April erkämpften freien Tag, früh mit der Sonne auf und fahren mit freien Tag, früh mit der Sonne auf und fahren mit ihren Traktoren hinaus, um anderen Kooperativen zu helfen.

Das alte Kommandoregime der Großgrundbesitzer ist verschwunden, und die Beschlüsse werden debattiert und demokratisch beschlossen. Man kommt leicht auf den Gedanken, diese Kooperativen seien autonome und selbständige Produktionseinheiten, die von den Arbeitern kontrolliert und verwaltet werden.

Davon ging auch ich aus und wurde nur stutzig, als ich hörte, daß die Landarbeiter von Albernoa, einer Union von fünf Kooperativen, einen harten Kampf unter anderem für eine Woche bezahlten Urlaub hatten führen müssen. Wie das? Sie verwalten die Kooperativen selber und müssen dennoch zur Durchsetzung einer mehr als gerechten Forderung (eine Woche bezahlten Urlaub im Jahr) einen harten Kampf führen? Gegen wen also richtete sich dieser Kampf? Wer greift da derart massiv in das innere Leben der Kooperativen ein?

Als ich mit einem Genossen der UDP, der aus Albernoa stammt und in Lissabon Arbeiter ist, nach Beja und dann nach Albernoa fuhr, nahm ich mir daher vor, die Kommission der Kooperativen zu bitten, mir die Buch- und Bilanzführung der Kooperativen vorzulegen. Wie wir sehen werden, stellte sich heraus, daß das nicht möglich war.

Das Leben in Albernoa hat sich verändert

Im kleinen Bürozimmer der Kooperativen des etwa 1 200 Einwohner zählenden Arbeiterdorfs Albernoa arbeitet ein Genosse der UDP. Die führende politische Kraft in diesen fünf Kooperativen ist die UDP bzw. die Zelle der PCP (R). Draußen regnet es, und in dem Büro tropft es an einer Stelle von der Decke – die Großgrundbesitzer haben so wenig Geld wie möglich in Gebäude, Anlagen und Arbeiterwohnungen investiert, und die Menschen lebten wie Tiere.

Es ist der erste Regen nach mehreren trockenen Wochen – in den Gesichtern der Arbeiter macht die Ungewißheit über die nächste Ernte einer großen Erwartung und Zufriedenheit Platz: Die Ernte wird gut!

An den weißen rauhen Wänden des Bürozimmers hängen leicht vergilbte Fotografien über die Landarbeit vor 20 Jahren. Auf einem Bild sieht man eine Frauenbrigade, wie sie, die Arbeiterinnen, in viele Tücher gehüllt, das Kreuz zur Erde gebeugt, die kurzen Hacken in der Rechten, in einer Front den Boden für die Saat aufwerfen. Dahinter steht, in die Kamera grinsend, der gut gekleidete Aufseher, der den Takt angibt.

Heute gibt es Traktoren; die Aufseher sind verschwunden und die Landarbeiter ducken sich nicht mehr auf Kommando. Das Leben in Albernoa hat sich verändert.

Früher war die örtliche Polizeiwache im Dorf der Ort, wo die Gespräche unter den vorbeigehenden Arbeitertrupps leiser wurden. Heute ist es umgekehrt: Die fünf Nationalgardisten sitzen den ganzen Tag über im Haus, ich habe während der drei Tage nur einen einzigen für einige Sekunden vor dem Haus gesehen, wie er sich die Beine vertrat.

Natürlich arbeitet die Reaktion daran, so weit zu kommen, daß ihr Gewaltapparat wieder massiv in Erscheinung treten kann. So wurde zum Beispiel am Montag auf Befehl des Oberkommandierenden des Heeres, General Ramalho Eanes, eine groß angelegte Aktion gegen eine der Kooperativen in der Nähe von Beja durchgeführt. Über 100 Soldaten der berüchtigten Kommandos wurden in einem Blitzangriff mit Hubschraubern abgesetzt und durchsuchten die ganze Kooperative, stießen Arbeiterwohnungen mit dem Gewehrkolben auf und durchsuchten die Wohnungen. Was war geschehen? Angeblich hatte ein „Jemand" gemeldet, im Gebiet der Kooperative fänden Ausbildungslehrgänge für „ein aus Ausländern zusammengesetztes Guerilla-Heer" statt. Auf eine derartige Meldung reagiert der Staatsapparat – nimmt er sie ernst – gewöhnlich mit der Entsendung eines Spitzels zur Untersuchung der Lage. Das Oberkommando ging hier anders vor. Es ging daher nicht im entferntesten um die „Zerschlagung einer ausländischen Armee", sondern um eine schlichte Übung, die gleichzeitig einschüchtern sollte. Bei der Aktion fand man: zwei Karabiner und mehrere alte G 3-Einschüsse in einer Hauswand!

Der Vater des UDP-Genossen ist Analphabet. Er ist schweigsam, braust aber auf, wenn das Gespräch auf die Führung der revisionistischen PCP kommt. Er selber war 20 Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei. Dann trat er aus. „Es ist eine Partei der neuen Herren", sagt er. Er gehört heute zur UDP. Manchmal meint man in den Augen des alten Mannes zu lesen, daß er sich vorstellt: Wäre die PCP noch die revolutionäre Partei von damals, die die geheimen Versammlungen abhielt, sorgfältigst die Kämpfe vorbereitete und führte, die organisierte und organisierte . . . es wäre alles anders heute.

Wir sitzen in der ärmlichen Stube der Arbeiterwohnung. Ein junger Landarbeiter erzählt von seinen Erfahrungen im Kolonialkrieg in Guinea-Bissau unter dem Kommando von Spinola und Alpoim Calvao, die heute die Anführer der faschistischen Bewegung sind. Er berichtet von der PAIGC, die den Befreiungskampf des Volkes von Guinea führte. Ein anderer Landarbeiter hat schon graue Haare: „Ich kann nicht gut lesen, aber seit dem 25. April habe ich mehr als doppelt so viel gelesen wie in meinem ganzen Leben zuvor", sagt er. Er ist durch den 25. April zum bewußten politischen Leben erwacht. Heute ist er Gewerkschaftsdelegierter und Mitglied des Sekretariats der Union der fünf Kooperativen. Auch er ist Mitglied der UDP und wird für die UDP kandidieren zu den Wahlen. Von seiten der Revisionisten in Albernoa hat ihm das Gespött eingetragen: „Du weißt doch nicht, wie willst du Abgeordneter sein, das können nur erfahrene Experten." Als er das erzählt, lacht er und klopft sich auf die Knie.

In Albernoa, sagt man, gibt es immer noch 70 Prozent Analphabeten. Aber die Mutter des UDP-Genossen kann lesen und schreiben. „Eine Seltenheit für eine Frau in ihrem Alter", sagt der junge Landarbeiter anerkennend. Sie ist gerade dabei, für eine Nachbarin die Todesanzeige für deren Tochter aufzusetzen, die gedruckt werden soll.

Eine alte Frau erzählt

Die alte Frau erzählt mir, wie ihr Mann früher für 2 DM „von Sonne zu Sonne" hat arbeiten müssen, also im Sommer von 5 oder 4 Uhr früh bis abends um 10 Uhr. Dann später seien die Maschinen gekommen und mit ihnen die Arbeitslosigkeit. Viele wären ins Ausland gegangen. Damit seien dann die Löhne wieder etwas besser geworden. Aber während der Arbeitslosigkeit hätte ihr Mann mal für eine Woche Tagelohn gehabt, dann wieder wochenlang überhaupt nichts; Hunger und Kälte. Sie zeigt auf das Dach des Hauses: „Das ist neu, hier hat es immer durchgeregnet und der Wind zog durch. Jetzt haben wir es hergerichtet. Wir sind alt und haben es uns leisten können, aber geh' mal zu den Familien, die noch junge Kinder haben – sie leben trotz der Verbesserungen, die es seit dem 25. April und seit der Besetzung gegeben hat, noch in großer Not. Und unser Fußboden war immer aus bloßer Erde. Im vorigen Jahr haben wir diese Steinfliesen hier gelegt."

Es ist noch immer sehr kalt in der Wohnung. Wir sitzen alle um den runden Tisch, der in jedem Arbeiterhaus steht. Das Tischtuch hängt allseits bis auf den Boden herunter, man legt es sich über die Knie, wenn man sitzt – und dann schlägt einem von unten Wärme entgegen. Unter dem Tisch steht eine Wanne mit glühenden Kohlen, die aus einem Feuer von draußen immer erneuert werden. Die Wärme bleibt unter dem Tuch wie in einer Tonne gefangen – die einzige Heizquelle.

Die Bedingungen der Landwirtschaft im Alentejo

Die fünf Kooperativen von Albernoa bewirtschaften eine Fläche von 8 000 Hektar. Die Region ist die Kornkammer Portugals. Seit 1940 hat der faschistische Staat die Weizenkampagne in Gang gesetzt. Weizen und Gerste sind die Hauptprodukte. Albernoa besitzt auch eine Milchfarm mit schönen Holländer-Kühen und zwei Stieren. Dann einige Schweine-, Ziegen- und Schafherden. Die Schweine fressen die Eicheln, die von mittelgroßen knorrigen stachelblättrigen Bäumen fallen, die überall auf den Feldern stehen und deren tellerförmige Kronen wie dunkelgrüne Wolken auf dem hellgrünen Getreideteppich aussehen. Weiter gibt es eine Olivenpresse, in der durch vier riesige konische Steinkegel, die sich im Kreis bewegen, die Oliven vermahlen werden und das Öl abläuft.



Bäuerinnen im Ribatejo

Sonntags sieht man überall in den Feldern die Jäger mit ihren Schrotflinten. „Es ist eine Leidenschaft von uns im Alentejo", sagt mir ein Genosse, „manchmal geht es so weit, daß die jungen Arbeitergenossen mehr jagen als politisch arbeiten. Aber für den Klassenkampf ist das Gewehr im Haus jeder Familie nichts Schlechtes. Das letzte Mal wurden sie von Einigen am 25. und 26. November herausgeholt, diesmal nicht zu ‚Jagdzwecken'."

Die Weizenfelder werden turnusmäßig ruhig gestellt und in Viehweiden verwandelt: ein deutliches Anzeichen dafür, daß wenig künstlicher Dünger vorhanden ist zur Auffrischung der Substanz des Bodens. Auf der anderen Seite aber sind da die hochmodernen Mähdrescher, die in einem Umlauf mähen, dreschen und das Korn in Säcke abfüllen. Beides drückt aus: Die Landwirtschaft wird extensiv betrieben. Die Kooperativen besitzen drei Mähdrescher und dazu etliche Traktoren. Das Düngen wird offenbar sehr über den Daumen gepeilt. So haben es auch die Großgrundbesitzer getrieben, die die Landwirtschaft nur so weit entwickelten, wie sie profitierten und Raubbau betrieben. „Uns fehlen Experten hier, es fehlt uns die Wissenschaft", sagt mir ein Delegierter der Kooperativen, „eine Landwirtschaftsschule bräuchten wir." Auch in der Viehzucht fehlt diese Wissenschaft: keine Stammbäume, keine Deckanstalten usw.

1972 wurden in Portugal pro Hektar 12 Doppelzentner Weizen geerntet, in Italien 24,7 Doppelzentner. Bei Mais war das Verhältnis 13,3 zu 53,9. Diese Vergleiche wären im Verhältnis mit den USA oder der BRD sicher weit signifikanter; sie zeigen, wie wenig der Kapitalismus die portugiesische Landwirtschaft bisher durchdrungen hat. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit blieb weit hinter der Industriearbeit zurück, was zwar für den Kapitalismus in gewissem Maß gilt, aber in Portugal durch die feudalen Restbestände auf dem Land erheblich potenziert ist.

1972 trugen Land- und Forstwirtschaft und Fischfang mit 28 Prozent der aktiven Bevölkerung nur mit 16,2 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, während die Industrie mit 34 Prozent der aktiven Bevölkerung mit 43,3 Prozent dazu beitrug.

Die Faschisten förderten den Großgrundbesitz

Im Distrikt Beja hat es 1970 praktisch nur noch Großgrundbesitz gegeben neben vereinzelten Kleinbauern von 0,5 bis 2 Hektar. Die faschistische Regierung förderte die Vernichtung des Kleinbetriebs mit allen Mitteln zugunsten des großen. Ein Mittel – das wichtigste – waren die Subventionen. Subvention erhielt, wer einen Traktor kaufen wollte – das konnte der Kleinbetrieb niemals. Subvention erhielt nur, der, der ein Mindestmaß an Produktivität im Weizenanbau vorlegen konnte. Subvention gab es schließlich nur für Weizen- und Kornanbau, deren Anbau sich nur in großem Maßstab lohnt. Ein weiteres Mittel waren die Preisgarantien, die nur auf Weizen bzw. Gerste gegeben wurden. Hinzu kamen Abnahmegarantien durch den Staat. Während der Kleinbetrieb in die Ungewißheit produzierte, konnte der Großgrundbesitzer mit festen Einnahmen rechnen und macht im vorhinein Schulden noch und noch. Kein einziger Großgrundbesitzer, der nicht Schulden auf sein Landgut gehäuft hatte, denn die Großgrundbesitzer plünderten die Staatskasse, und die Banken gaben großzügig Kredite, mit denen die Feudalherren ihrerseits Aktionäre und Finanzkapitalisten wurden. Von 1950 bis 1970 ging in ganz Portugal die Zahl derer, die in der Land- oder Forstwirtschaft und im Fischfang fremde Arbeit beschäf- schaft und im Fischfang fremde Arbeit beschäf- tigten (also der ländlichen Ausbeuter) von 142 100 auf 18 500 zurück: Eine gewaltige Expropriierung und Ruinierung der kleinen ländlichen Ausbeuter fand statt und eine gewaltige Konzentrierung von Grund und Boden in den Händen einiger weniger.

Im Distrikt Beja ist diese Tendenz so in Zahlen auszudrücken: Hatten wir 1950 noch 4 066 fremde Arbeit beschäftigende Landbesitzer, so waren es 1970 nur noch 805; und während 1950 auf einen Gutsbesitzer 17,1 Lohnabhängige kamen, die er beschäftigte, so waren es 1970 43,3 Lohnarbeiter auf einen Landeigentümer.

Von 1950 bis 1960 ist es im wesentlichen die staatliche Subventionspolitik, die diesen Konzentrationsprozeß erzwingt. Von 1960 bis 1970 ist es die Mechanisierung der Landwirtschaft. Im Distrikt Beja finden wir 1950 69 679 Lohnarbeiter vor, deren Zahl bis 1960 nur um 3 000 abnimmt. Von 1960 bis 1970 allerdings fällt diese Zahl auf 38 875. Dieser Prozeß geht parallel dem Anstieg der Maschinen. Von 1965 bis 1971 steigt die Zahl der Mähdrescher in Portugal von 934 auf 2 830 Stück und die Zahl der Traktoren von 13 353 auf 32 075.

Das Finanzkapital verband sich mit dem Großgrundbesitz

Der Faschismus beruhte auf der Allianz der Bank- und Industriemonopole mit den halbfeudalen Großgrundbesitzern. Ab 1940 beginnt diese Allianz zur Verflechtung zu werden. Die Finanzgruppe CUF, das Haus Champalimaud, die Bankgruppe Espírito Santo, alle führend in Nahrungsmittel- oder Bierindustrie, beginnen sich für die „Rohstoffe" ihrer Industrien – für Weizen und Gerste – zu interessieren und kaufen sich ein oder verbinden sich mit Großgrundbesitzern. So besitzt z.B. das Haus Sommer Zehntausende von Hektar Land im Alentejo; es verbindet sich mit Champalimaud zu einer der mächtigsten Trusts Portugals.

Alle großen Finanzgruppen Portugals kann man im Distrikt Beja als Großgrundbesitzer wiederfinden. Von daher erklärt sich die Feindschaft der portugiesischen Finanzkapitalisten gegen die Nationalisierungen und die Agrarreform, die im Grunde die Bedingung für eine Entwicklung der Produktivkräfte in der portugiesischen Landwirtschaft schufen. Die Kooperativen haben schon unter Beweis gestellt, daß sie das landwirtschaftliche Produkt des Landes trotz aller in den Weg gelegter Hindernisse bedeutend erhöhen. Im letzten Jahr wurde zum ersten Mal kein Weizen eingeführt.

Hand in Hand mit dem faschistischen Staat wurde durch das imperialistische Kapital die Entwicklung einer Industrie für landwirtschaftliche Geräte verhindert. So hat die TRAMAGAL schon seit Jahren darum nachgesucht, eine nationale Traktorindustrie aufbauen zu dürfen. Die fa-

(Fortsetzung gegenüberliegende Seite)

...Genossenschaften im Würgegriff

schistische Regierung lehnte das jedesmal ab. Sie verdiente gut an der Importsteuer. Ebenso ist es in bezug auf die Bewässerungsanlagen, die nur in Gegenden gebaut wurden, wo sie dem Großgrundbesitz dienten.

„Nach der Gründung der Gewerkschaften mußten wir den Kampf gegen die Revisionisten aufnehmen"

„Nach dem 25. April 1974", so erzählt mir ein Landarbeiter, „bildeten wir hier sofort die Gewerkschaft, wir forderten eine Lohnerhöhung und die Anstellung aller Arbeitslosen. Nicht lange, da fingen die Großgrundbesitzer an, zu behaupten, sie könnten nicht mehr zahlen. Sie zahlten keine Löhne mehr aus. Bei uns bekamen wir zwei Samstage keinen Lohn für die Woche. Am Montag drauf besetzten wir das Land."

Aber schon tauchte ein neuer Gegner auf: die Revisionisten, die an der Spitze der Gewerkschaft saßen und das Regionalzentrum für Agrarreform in Beja leiteten. Gegen sie mußten die Arbeiter von Albernoa ihre Forderungen nach einem 13. Monatsgehalt, nach einer Woche bezahltem Urlaub und nach gleichem Lohn für alle durchsetzen. Die Revisionisten hetzen heute überall gegen die Arbeiter von Albernoa: Es seien Faschisten und Reaktionäre, und sie wollten sich besser stellen als die anderen Kooperativen. Der Gewerkschaftssekretär von Beja sagt, die Kooperativen seien unabhängig, sie würden einen ganz anderen Kampf als die Arbeiter in der Stadt führen müssen, nämlich den, die Produktion zu erhöhen. Die Kooperativen seien schon eine Form sozialistischer Produktionseinheiten.

Ich ging dem Problem der Buch- und Bilanzführung nach. In Albernoa selber konnte ich hierzu wenig erfahren. In Beja konnte ich dann mit einem Genossen sprechen, der sich in diesen Dingen gut auskennt. Seine Äußerungen waren einigermaßen ernüchternd.

Nach der Besetzung blieb die Eigentumsfrage ungeklärt

Sinngemäß verlief unsere Unterhaltung etwa folgendermaßen.

Ich fragte: „Wenn eine Kooperative, sagen wir,
Ich fragte: „Wenn eine Kooperative, sagen wir,
100 Tonnen Weizen produziert hat, was passiert dann damit?"

„Also, als die Ländereien besetzt wurden, meldeten die Landarbeiter das beim Regionalzentrum für Agrarreform an. In fast allen Fällen hier wurde die Besetzung genehmigt, aber das bedeutet noch nicht viel. Das Regionalzentrum schickte dann einen Experten, der mußte den Wert des Besitzes schätzen. Zweitens wurden die Schulden, die auf dem Besitz lagen, festgestellt. Die Kooperative liefert also die 100 Tonnen Weizen an das Regionalzentrum. Das verkauft. Vom Erlös werden zunächst die Löhne bezahlt. Dann vom Rest die Schulden des Großgrundbesitzers abgeglichen. Alle hatten sie massenhaft Schulden auf ihrem Land. Die Besetzungen fanden fast alle vor der Ernte statt. Die Großgrundbesitzer hatten Wind davon bekommen und noch zusätzlich Schulden gemacht. Gut, die werden also abgeglichen. In den wenigsten Fällen ist das schon geschehen. Dann kommt die Entschädigung des alten Besitzers dran. Auch das wird dann abgeglichen. Das ist noch in keinem Fall geschehen."

„Wie können die Arbeiter das Regionalzentrum kontrollieren?"

„Überhaupt nicht. Die Leute dort sind von der Regierung eingesetzt. Hier sind es alles Revisionisten."

„Also das Regionalzentrum bekommt die Produkte und zahlt den Lohn?"

„Ja, die Linie der PCP ist ja auch, die ganzen Ländereien in Staatsgüter zu verwandeln."

„Wenn nun die Arbeiter neue Maschinen brauchen, was dann?"

„Sie müssen das dem Regionalzentrum mitteilen, und das entscheidet darüber. Die Kooperative hat ja selber keinen Fonds. Der Mehrwert, der erwirtschaftet wird, liegt ja im Fonds des Regionalzentrums. Dieses gibt davon an die Kooperative nichts, vor allem mit dem Argument, daß andere Kooperativen mit Defizit arbeiten und daher subventioniert werden müßten. Man darf das heute fast nicht laut sagen, aber im Grunde ist es so, daß die Arbeiter der Kooperativen sich den Lohn erwirtschaften, zweitens die Schulden des Großgrundbesitzers tilgen, drittens die Entschädigung des Großgrundbesitzers, also die Kaufsumme des Landes, aufbringen und viertens den
summe des Landes, aufbringen und viertens den



Im Oktober 1974: Eine Bauernfamilie erhält entrissenes Haus und Land zurück. Heute müssen die Bauern wieder um ihr Land kämpfen.

Fonds des Staates bereichern. Die Revisionisten werden wild, wenn du das in der Öffentlichkeit sagst."

„Das bedeutet, daß ich eine Bilanz in keiner Kooperative antreffen werde?"

„Die kannst du im Regionalzentrum für die einzelnen Kooperativen antreffen."

„Gut, nehmen wir jetzt an, die Arbeiter hätten die Schulden und die Entschädigung des Großgrundbesitzers abgeglichen. Wem gehört dann das Land?"

„Das ist ein Problem, das weiß keiner. Wer ist heute der Eigentümer? Es gibt kein Gesetz, das eine Kooperative als „juristische Person" anerkennen würde, jedenfalls nicht in der Form, in der die Kooperativen heute aufgebaut sind. Heute ist rechtlich gesehen nach wie vor der Großgrundbesitzer der Eigentümer. Die Bestätigung der Landbesetzung durch das Regionalzentrum bedeutet hier nichts. Sie legt ja keinen neuen Eigentümer fest. Das ist eine total unklare Frage. Ich meine, die wird entschieden, wenn der Staats-
Eigentümer fest. Das ist eine total unklare Frage.
Ich meine, die wird entschieden, wenn der Staats-
apparat wieder fest in der Hand der herrschenden Klasse ist. Wie sie dann entschieden wird, ist ziemlich deutlich: Ein Teil wird Staatsländerei werden, ein anderer Teil wird zurückgegeben. So, denke ich, wird es sein. Aber ich will dir ein Beispiel erzählen, wie es ist, wenn man heute in Portugal legal eine Kooperative machen will. Ich arbeite in einem Handelsunternehmen für Traktoren, Mähdrescher usw. Wir haben damals den Wert dieses Unternehmens für die landwirtschaftlichen Kooperativen erkannt und wir Arbeiter haben dem Besitzer gesagt: Entweder du verkaufst uns die Sache oder wir machen hier kurzen Prozeß. Er hat verkauft. Wir haben, elf Leute von uns, mit ihm einen ganz legalen Kaufvertrag gemacht. So weit ging alles klar. Jetzt haben wir beantragt, daß die Firma eine Kooperative aller dort Beschäftigten wird, die elf von uns waren ja auch nur pro forma. Dieser Antrag hat natürlich alle Händler hier im Alentejo auf den Plan gebracht. Sie haben gut in Erinnerung, daß wir einige Kooperativen billig schon beliefert haben, und sahen das jetzt zum Allgemeinzustand werden. Weißt du, was der Staat jetzt für die rein ‚juristische und notarielle Umschreibung' zu einer Kooperative verlangt? Wir sollen auf das Kapital von 20 000 contos allein 4 000 contos an **Steuern** zahlen. Das gibt einen Begriff davon, was es heißt, heute hier eine rechtlich abgesicherte Kooperative zu bilden. Stell' dir dies für die unzähligen Kooperativen hier im Alentejo vor!"

Die Kooperativen sind an den Staat gefesselt

So ist die Lage. Von Autonomie und Selbständigkeit der Kooperativen also keine Spur. Mit allen Stricken sind sie an den Staat gefesselt. Das Privateigentum wird seine Zähne noch zeigen. Wenn es das heute nicht tut, dann deshalb, weil der Augenblick nicht günstig ist. Die Revisionisten wagen nicht an diesen Festen der bürgerlichen Gesellschaft zu rühren. Sie sind die eifrigsten Verfechter einer „staatskapitalistischen" Lösung, sitzen sie doch heute (noch!) in den verwaltenden Institutionen. Sie stacheln die Kooperativen zu einer Konkurrenz miteinander auf, sie säen Zwietracht und versuchen den Lohnkampf der Arbeiter gegen den Staat zu unterdrücken. Sie tun das, indem sie verbreiten, die Kooperati-
Sie tun das, indem sie verbreiten, die Kooperati-
ven seien Eigentum der Arbeiter.

Der Landarbeiter sagt: Die Großgrundbesitzer wollen nicht vom Pferd auf den Esel umsteigen. Die Landarbeiter haben den Herrenreiter von seinem Roß gestürzt. Jetzt hat ein anderer Herrenreiter das alte Roß bestiegen.

Ich denke, die Landarbeiter werden, je klarer die Dinge werden, auf dieser Linie den Kampf weiterführen:

Entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer. Streichung aller Schulden und Hypotheken auf die besetzten Güter. Übergabe der Kontrolle über Kooperativen und Agrarreformzentrum in die Hände gewählter Kommissionen der Arbeiter. Staatliche Preisgarantie. Festlegung der Menge an Produkten, die der Staat aufkaufen muß, vor der Aussaat. Anerkennung der Kooperativen als unabhängige und selbständige, von den Arbeitern verwaltete Produktionseinheiten.

Die Illusion, es bestünden heute schon gewisse „sozialistische Inseln" im Alentejo, wird der kapitalistische Staat schnell zerbrechen. Die Illusion, es sei möglich, solche Inseln überhaupt zu schaffen, müssen die Revolutionäre zerbrechen, wenn der Staat der Ausbeuter durch die Einheitsfront der Ausgebeuteten in Stadt und Land zerbrochen werden soll. – (kkw, Lissabon, 5. Februar)



Um die Landarbeiter zu schädigen, hat der Großgrundbesitzer vor seiner Flucht die Korkeichen vernichtet.

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des chilenischen Volkes

Kiel. Am 29. und 30. Januar führte das Kieler Chile-Komitee zusammen mit der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) zum dritten Mal eine Blutspendeaktion für das unterdrückte chilenische Volk durch. Dabei hat sich gezeigt, daß nach wie vor die Bereitschaft sehr groß ist, Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu üben:

270 Spender haben insgesamt 133,7 Liter Blut gespendet, für das uns die Blutplasmafirma voraussichtlich 8 222 DM zahlen wird.

Diese Geldsumme wird aufgeteilt und zwei Projekten in Chile zugeführt:

1. den Widerstandskomitees und Fabrikkommissionen in Santiago, die dafür Druckmaschinen, Reprokameras und andere notwendige Einrichtungen kaufen wollen, um die Propagandatätigkeit im Untergrund zu entfalten. Für dieses Projekt entschieden sich 69 Prozent der Spender, was einen Betrag von 5 660 DM ausmacht.

2. Das zweite Projekt, welches von der ESG vorgeschlagen worden war, ist die Unterstützung eines Pastors in Santiago (ehemaliger Mitarbeiter des nun von der Junta verbotenen Friedenskomitees) bei seiner Arbeit für politisch Verfolgte. Für dieses Projekt entschieden sich 31 Prozent der Spender, das macht 2 560 DM.

Elf Spender wollten, daß ihre Geldsumme zu je 50 Prozent den beiden Projekten zukommt.

Während der ganzen Aktion herrschte eine große Einsatzbereitschaft bei Spendern und Helfern – ein Ausdruck der Solidarität! Alle Kieler Ärzte, die die Aktion medizinisch betreuten, spendeten das Gehalt, was sie von der Blutplasmafirma für ihre Arbeit erhielten, dem chilenischen Widerstand und auf das Arbeitskonto des Kieler Chile-Komitees.

Es hat sich gezeigt, daß ein Teil der Spender nur unzureichend über die augenblickliche Situation in Chile informiert war. Deshalb war diese Aktion ein guter Anlaß für das Kieler Chile-Komitee, durch den Verkauf von Broschüren und Zeitungen sowie in Diskussionen über die Lage in Chile aufzuklären und auch in Zukunft Veranstaltungen und Informationsstände zu machen. – (en, Kiel)

Westberlin. Der ehemalige evangelische Bischof in Chile, Helmut Frenz, berichtete am Samstag, dem 31. Januar, in der Hochschule für Musik auf Einladung des Chile-Komitees und anderer Organisationen vor 500 Teilnehmern über die Situation in Chile und über die Arbeit für die politischen Gefangenen. Bischof Frenz wurde von der Junta im Oktober 1975 wegen „Störung der öffentlichen Ordnung" nach einem Auslandsaufenthalt die Wiedereinreise nach Chile verweigert und „auf ewig" aus Chile ausgewiesen. Er war in der Leitung des kürzlich aufgelösten „Friedenskomitees".

Pastor Frenz beschrieb u.a. die Spaltung der evangelischen Kirche in Chile Mitte Juni 1975. Die evangelische Kirche wird hauptsächlich von deutschen Einwanderern getragen, die mehrheitlich zu den Begüterten zählen. Als sich Bischof Frenz für die Verfolgten einsetzte und das Friedenskomitee mit organisierte, kam er in Widerspruch zur Junta. Die evangelische Kirche spaltete sich an der Frage, ob das Friedenskomitee weiter unterstützt werden soll oder nicht. Anders ausgedrückt: für oder gegen die Junta. Von den insgesamt 12 Gemeinden hatten 8 ihren Austritt erklärt, als Bischof Frenz nicht bereit war, die Friedenskomiteearbeit aufzugeben oder zurückzutreten. Von den verbleibenden waren drei kleine spanisch sprechende „arme Missionsgemeinden", die sich hinter Bischof Frenz stellten. Die deutsch sprechenden Reichen stellten sich hinter die Junta.

Pastor Frenz forderte auf, die Junta politisch und wirtschaftlich zu isolieren. An die Bundesregierung richtete er die Aufforderung, „der Junta nicht einmal einen kleinen Finger zu reichen". Auf die Frage, ob denn Investitionen und Kredite an Chile nicht auch dem Volk zugute kommen, sagte er, daß die Gelder nur die Oberschicht einstreicht oder die Junta damit ihren Terrorapparat ausbaut.

In dem Radiointerview des Senders Freies Berlin ging Pastor Frenz auch auf die Frage der Gewalt ein. Er kritisierte, daß man selten von der Gewalt und dem Terror der Herrschenden redet, von der Gewalt, die vom Staat ausgeht, hier also der Militärjunta, dagegen viel von der Gewalt der Revolutionäre. Die Revolutionäre würden jedoch für eine gerechte soziale Ordnung eintreten. Ihre feste Entschlossenheit und ihr großes Engagement führe sie zum bewaffneten Kampf. Pastor Frenz hob auch den Charakter des Gegners hervor, der chilenischen Militärjunta, die er als eine faschistische Verbrecherregierung bezeichnete. Er hob hervor, daß es auch richtig sei, wenn der chilenische Widerstand gegen sie mit Waffengewalt vorgehe.

ÖTV Freiburg: Solidarität mit verhafteten chilenischen Gewerkschaftern

1975 wurde Manuel Dinamarca, erster Leiter des verbotenen chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT in Chile, mit seiner Frau und seinen beiden Kindern im Alter von einem und vier Jahren verhaftet. Außerdem wurden zwei leitende Mitglieder der chilenischen Lehrergewerkschaft, Ivan Nunes und Carlos Moran, festgenommen. Das Freiburger Chile-Komitee erstellte eine Dokumentation, die in verschiedene Gewerkschaftsgruppen gegeben wurde. Bisher hat die Mitgliederversammlung der ÖTV Land einen offenen Brief, in dem sie ihre Solidarität ausdrückt und auffordert, sich für die chilenischen Gewerkschafter einzusetzen, an den DGB-Vorsitzenden Vetter verabschiedet und dem Kreisvorstand als Empfehlung zugeleitet.

Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt
Konto Peter Fehrenbach
Nr. 155 307 6100
Kennwort: Infrastrukturprojekt der Widerstandskomitees und Fabrikkommissionen in Santiago

Die Kritikbewegung an den Hochschulen in der Volksrepublik China

Die Herrschaft der Arbeiterklasse muß ständig neu erkämpft werden

Peking. Ein Beispiel, wie unter der proletarischen Diktatur in China der Klassenkampf weitergeht, erfuhr der Korrespondent der KVZ in der berühmten Pekinger Tjinghua-Universität, wo seit November letzten Jahres eine große Debatte im Gange ist. Die Debatte dreht sich um die Beurteilung der Erziehungsrevolution in den 17 Jahren vor der Kulturrevolution und um die Lage seit Beginn der Kulturrevolution, ob die Linie von Liu Schao-tschi vor der Kulturrevolution oder die von Mao Tsetung nach der Kulturrevolution richtig ist.

Die Auseinandersetzung hat sich ausgedehnt auf die große Beida-Universität in Peking und wurde in bestimmtem Maß auch aufgenommen in anderen Hochschulen und Schulen. Unmittelbarer Anlaß sind die rechtsopportunistischen Reden und Machenschaften des derzeitigen chinesischen Erziehungsministers Dschou Jung-chin, der während des IV. Nationalen Volkskongresses vor einem Jahr in sein Amt eingesetzt worden war, und von vier stellvertretenden Parteisekretären der Tjinghua. Letztere, zu denen ein Mitglied der Arbeiterpropagandagruppe der Universität und zwei Mitglieder der Propagandatruppe der Armee an der Universität gehören, haben unter der Leitung des stellvertretenden Sekretärs Liu Ping vor nicht langer Zeit zwei Briefe an den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung, geschrieben. Ihre Absicht war, wie leitende Kader der Tjinghua und Studenten heute sagen, den Parteivorsitzenden zu „betrügen" und „einen Angriff auf das Proletariat zu starten". Mao Tsetung antwortete auf die Briefe, daß wenn es verschiedene Ansichten gibt, die Massen darüber eine große Debatte führen und in deren Verlauf richtig von falsch trennen müssen.

Ich bekam die Erlaubnis, die vielen Wandzeitungen in der Tjinghua zu sehen und zu fotografieren. In einer davon, verfaßt von der Deutsch-Abteilung, heißt es: *„Die Reden und Briefe richteten sich direkt gegen den Vorsitzenden Mao und das Zentralkomitee der Partei. Sie greifen nicht nur einige neuere Erscheinungen und nicht nur die Hochschule an, sondern sie wollen die großen Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution insgesamt beseitigen. Obwohl auf dem IX. und X. Parteitag die Ergebnisse der Kulturrevolution bereits zusammengefaßt wurden, gibt es immer noch Leute, die gegen die Große Proletarische Kulturrevolution kämpfen. Sie wollen eine allgemeine Abrechnung mit der Kulturrevolution machen. Sie meinen, die Kulturrevolution ist katastrophal und wollen die falsche Linie rehabilitieren. Dschou Yung-chin und Liu Ping spielen gerade eine solche Rolle."*

Arbeiter leiten die Hochschule

Das Ausbildungssystem in der Tjinghua vor der Befreiung geschah entsprechend amerikanischem und europäischem Vorbild. Nach der Befreiung änderten sich die Verhältnisse in der Hochschule nur oberflächlich und dem Schein nach. Nur gering änderten sich die klassenmäßige Zusammensetzung der Studenten und die Lehrmaterialien. Der Reaktionär Liu Schao-tschi, der sich in Partei und Staat in hohe Stellungen schleichen konnte, und seine Anhänger zerstörten im Erziehungswesen die revolutionäre Linie Mao Tsetungs und ahmten das sowjetische Ausbildungssystem nach. Dies bedeutete, daß bürgerliche Intellektuelle und nicht die Arbeiterklasse die Universität beherrschten.

Nicht die proletarische Parole galt, daß die Politik bei allem an der ersten Stelle stehen muß, sondern allein das von den Studenten angesammelte Fachwissen und die Noten zählten. Man studierte für spätere Karriere und Ruhm, und das Wissen wurde als käufliches und verkäufliches Privateigentum betrachtet. Dies trennte die Studenten von den Massen der Arbeiter und Bauern und von der Produktion.

Mit dem Einzug der Arbeiterpropaganda-Gruppe im Juli 1968 wurden die Verhältnisse anders. Die Arbeiter übernahmen die Führung in der Hochschule. Sie leiteten die Lehrer und Studenten an bei der Kritik an der revisionistischen Linie und sicherten die Durchführung der richtigen Linie in der Erziehungsrevolution.

Vor der Kulturrevolution waren 44 Prozent der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees Professoren, im Verwaltungsorgan sogar 72 Prozent. Heute sind 40 Prozent der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees und 50 Prozent der Mitglieder des Revolutionskomitees Arbeiter. Arbeiter der von der Tjinghua eingerichteten Fabriken und Arbeiter anderer Fabriken nehmen an der Verwaltung dieser Hochschule teil. Etwa 85 Prozent der Arbeiter der Maschinenfabrik der Universität sind mit Lehrtätigkeit und Verwaltungssaufgaben beauftragt.

Die Studentenmassen sind Arbeiter, Bauern und Soldaten, und nach dem Studium kehren sie zurück in die Produktion und zur Armee. Früher fand die Ausbildung nur im Hörsaal statt, und es war dabei unmöglich, die Studenten zu Revolutionären heranzuziehen. Das jetzige System der Hochschule der „offenen Tür" verbindet das Lernen in der Hochschule mit dem Lernen durch praktische Arbeitserfahrungen auf dem Land, in den Fabriken und in der Armee. Die Studenten und Lehrer beteiligen sich dabei aktiv am Klassenkampf in der Gesellschaft, leben nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes, sondern leisten selber produktive Arbeit und betreiben nützliche wissenschaftliche Forschung.

Theorie und Praxis stehen so miteinander in unmittelbarer Beziehung, und die Studenten eignen sich beides, Buchwissen und Produktionserfahrungen, an. Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbüros der Tjinghua, Ma Wen-tschung, kommt zu dem Schluß: *„Deshalb sind die Studenten aus den Arbeitern, Bauern und Soldaten nicht nur in bezug auf Buchwissen, sondern auch in der praktischen Arbeit besser als vor der Kulturrevolution."*

Früher wollten die Studenten nach der Ausbildung nicht aufs Land oder in die Grenzgebiete gehen, wo das Leben hart ist. Sie zogen es vor, in den Großstädten zu bleiben und dort zu arbeiten, wo sie sich nicht schmutzig machten. Die 1800 Absolventen der Tjinghua vom Dezember letzten Jahres stellten hingegen alle den Antrag, dorthin gehen zu können, wo die Schwierigkeiten am größten sind und wo das Volk sie am meisten braucht. Das zeigt, daß die Ausbildung heute auf der proletarischen Linie Mao Tsetungs erfolgt, die ein Student in dem Satz zum Ausdruck brachte: *„Das Volk schickt uns auf die Universität, und wir studieren für das Volk!"* Die Hochschule ist nicht mehr wie bis vor der Kulturrevolution ein Instrument der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, sondern dient dem Aufbau des Sozialismus.

Reden gegen die neuen sozialistischen Erscheinungen

Die chinesischen Genossen bezeichnen die Lage im Erziehungswesen als *„sehr gut, aber der Klassenkampf hört nicht auf"*. In China sind die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend umgestaltet worden, aber immer noch existieren rückständige Ideologien. Mit welchen Mitteln und Argumenten sich die Vertreter der reaktionären und revisionistischen Ideologien breitzumachen suchen, zeigt die aktuelle Auseinandersetzung an der Tjinghua. In einer Diskussion berichteten darüber Genosse Dschang We, der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees der Tjinghua, ein Mitglied der Arbeiterpropaganda-Gruppe, mehrere Professoren, eine Lehrerin, mehrere Kader der Hochschule und ein Arbeiterstudent.



Wandzeitung in der Tjinghua-Universität

Wie sie sagten – und wie auch aus den Wandzeitungen ersichtlich – hatte der Erziehungsminister Dschou Yung-chin im letzten Jahr an verschiedenen Orten über zehn Reden gehalten, die sich, wie die Lehrerin sagte, *„gegen die neuen sozialistischen Erscheinungen, die Existenz der Arbeiterpropaganda-Gruppe, daß die Studenten Arbeiter, Bauern und Soldaten sind usw. richteten. Dschou und Liu Ping mögen diese Erscheinungen nicht, und wenn man alle diese neuen Erscheinungen verneint, dann verneint man die Ergebnisse der Kulturrevolution."* Dschou hatte in seinen Reden das System der Hochschule der „offenen Tür" als ultralinks bezeichnet. Die Studenten würden nur praktische Arbeit verrichten, und dies auf Kosten des Studiums. Die gegenwärtige Hauptgefahr käme nicht vom Revisionismus, sondern daher, daß sich die Lehrqualität verringere und zu wenig Bücher gelesen werden würden. Die Gefahr sei nicht, daß von den Lernenden das Wissen als Privateigentum betrachtet werde, sondern daß in ihren Köpfen nichts sei, was sich zu Geld machen ließe.

Zwei Briefe an den Vorsitzenden Mao Tsetung

Früher schon hatten Rechte Briefe an Mao Tsetung geschrieben und darin in versteckter oder offener Weise das Proletariat angegriffen. In den Briefen – berichtete ein Kader – schrieben die vier stellvertretenden Parteisekretäre, *„das Parteikomitee der Tjinghua würde eine ultralinke Linie praktizieren, die sich mal links, mal rechts äußern würde. Das System der ‚offenen Tür' bedeute eine Last für die Hochschule. Wenn diese Leute die Arbeiten und das Studium kontrollierten, dann nur um festzustellen, was auswendig gelernt worden war."*

Es blieb jedoch nicht nur bei verbaler Propaganda: *„Liu Ping wollte die Zahl der vorgesehenen praktischen Projekte der Hochschule der ‚offenen Tür' von 200 auf 50 verringern. Das ist kaum soviel wie insgesamt Fächer an der Tjinghua gelehrt werden. Sie widersetzen sich auch dadurch dem System der ‚offenen Tür', indem sie den Studenten den Eindruck zu vermitteln suchten, sie hätten durch den Aufwand zur praktischen Arbeit weniger gelernt als bei einer Beschränkung der praktischen Arbeit möglich gewesen wäre. Ein Aspekt der Briefe ist auch, daß sie zu einer Spaltung der Leitung führen sollten. In den Briefen wird die Leitung des Parteikomitees der Tjinghua angegriffen, indem behauptet wird, daß die Leitung leere Parolen propagieren und die wirklichen Probleme nicht lösen würde. Die Verfasser wollten allein das Spezialistentum, und das war der Linie des Vorsitzenden Mao direkt entgegengesetzt, die von den Studenten eine allseitige Ausbildung – ideologisch, wissensmäßig und praktisch – verlangt."*

Schon die Umstände, wie die Briefe entstanden, hatten Komplottcharakter: Die Verfasser schrieben sie in aller Heimlichkeit und diskutierten sie nicht mit den anderen Mitgliedern des Parteikomitees. Überhaupt waren die vier stellvertretenden Parteisekretäre auf den Sitzungen nach außen hin meistens für die verabschiedeten Entscheidungen, aber tatsächlich setzten sie sie nicht in die Tat um.

Sabotage

Doch, wie ein Genosse hervorhob: *„Sie hatten einen gewissen Einfluß in ihrem Bereich, aber all dies konnte die Linie und die Entscheidungen des Parteikomitees nicht verändern."* Zum Beispiel wurde im letzten Jahr eine Zweigniederlassung der Tjinghua auf dem Lande eingerichtet. Dabei waren einige Schwierigkeiten zu überwinden. Die vier stellvertretenden Parteisekretäre sabotierten das Vorhaben, und lehnten es ab, Materiallieferungen wie Kohle und anderem für die Zweigniederlassung zuzustimmen. Andere Kader jedoch organisierten den Transport der benötigten Materialien. Arbeiter eines in der Nähe gelegenen Bergwerkes stellten Kohle zur Verfügung.

Im vergangenen Jahr begann überall in China die Bewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats und dann die Diskussion und Kritik des üblen klassischen Romans „Geschichten vom Liangschan-Moor". Welche Haltung nahm Liu Ping zu diesen Bewegungen ein? *„Die Kritik des Romans geschieht auf der Grundlage des Studiums der Theorie über die Diktatur des Proletariats. Liu Ping widersetzte sich dem in klarer Weise. Ein Beispiel: Die Abteilung für Politik wollte eine Versammlung zur Kritik des Romans mit etwa 100 Personen einberufen. Liu verbot diese Versammlung. Aber sie fand dennoch statt, denn er war nicht der einzige, der zu entscheiden hatte."*

Kein Handel über die Linie

Sind die opportunistischen Ansichten von Dschou Yung-chin und Liu Ping völlig übereinstimmend? Aus der Antwort des Studenten geht hervor, daß beide im Kern einer Meinung sind. Die Antwort zeigt außerdem, wie raffiniert die beiden vorgingen: *„Wir meinen, die Arbeiter müssen die Führung in der Hochschule innehaben und Laien können Fachleute anleiten. Dschou aber legte bei seinen Reden immer Wert darauf zu sagen: Es müssen Laien sein, die sich für Wissenschaft* **interessieren.** *Daß er immer davon sprach, bedeutet, daß er denkt, die Arbeiter würden sich* ***nicht*** *für die Wissenschaft interessieren. Also wollte er an der Hochschule die Herrschaft der Bourgeoisie wiederherstellen. Und Liu meinte immer, die Studenten sollten nicht als Arbeitskräfte betrachtet werden und behauptete, es würde zwar gesagt werden, Arbeiter und Bauern verwalten die Universität, tatsächlich würden die Arbeiter und Bauern die Universität jedoch nicht leiten."* Es ist klar, daß die in der Großen Proletarischen Kulturrevolution herbeigeführten neuen revolutionären Erscheinungen einen Wachstumsprozeß durchmachen müssen und unvermeidlich noch Unzulänglichkeiten aufweisen. Revolutionäre müssen die neuen Erscheinungen insgesamt und grundsätzlich verteidigen und fördern und müssen die Unzulänglichkeiten von der Frage ihrer Beseitigung her angehen. Es kann nicht zugelassen werden, daß die Schwerpunkte durcheinandergebracht, d.h. allein die Schwächen hervorgehoben und die grundsätzliche Richtigkeit der Linie und der proletarische Charakter der neuen Erscheinungen vergessen werden.

Wie der Vertreter der Arbeiterpropaganda-Gruppe sagte: *„Was die Linie betrifft, so dürfen wir darüber nicht mit uns handeln lassen."*

Auf die Frage des Korrespondenten, wie es möglich ist, daß auch Mitglieder der Arbeiterpropaganda-Gruppe eine falsche Richtung einschlagen konnten, antwortete der Arbeitergenossen, dies sei Ausdruck des im Sozialismus immer noch existierenden Klassenkampfes. Und: *„An dieser Schule herrschte ein Mischmasch von Vorstellungen aus dem Feudalismus, Kapitalismus, Imperialismus und Revisionismus. Weil diese Einflüsse sehr stark waren, konnten auch Mitglieder der Arbeiterpropaganda-Gruppe davon beeinflußt werden."*

„Die Umerziehung eines Menschen dauert manchmal sehr lange"

Liu Ping und Dschou Yung-chin waren beide während der Kulturrevolution von den Massen hart wegen opportunistischer Fehler kritisiert worden. Sie gaben dann in den folgenden Jahren den Eindruck, als hätten sie ihre Fehler eingesehen und wurden wieder in hohe Positionen eingesetzt. Doch in den revolutionären Massenbewegungen wurde mehr und mehr klar, daß sie ihre alten Fehler immer noch nicht überwunden hatten.

Besonders beeindruckend bei der Diskussion war, wie die Genossen sehr bestimmt ausführten, daß Kader, die Fehler begangen haben, nicht einfach zu Tode kritisiert werden dürften.

Jeder muß wissen, daß Kader auch Fehler machen können. Entscheidend ist, daß der Kader durch Kritik und Überzeugungsarbeit von seiten der Massen und der Partei zur Einsicht seiner Fehler gelangt und sie korrigiert. Das ist auch eines der Ziele in der derzeitigen Debatte an der Tjinghua: *„Wir bemühen uns, durch das Aufzeigen von dem, was richtig und dem, was falsch ist, diese Leute zu retten. Wie der Vorsitzende Mao sagt, müssen wir auch bei Leuten, die uns bekämpft haben, so vorgehen und nach diesem Prinzip handeln. Erst wenn sich jemand als Verräter erweist, wird er anders behandelt werden."* (Stellvertretender Leiter des Revolutionskomitees)

Die Lehrerin ergänzte: *„Die Umerziehung eines Menschen dauert manchmal sehr lange. Wir müssen in der Praxis ihre Fehler berichtigen. Wir machen es nicht so, daß jemand, der Fehler begangen hat, einfach seines Postens enthoben wird. Das entspricht nicht der Politik des Vorsitzenden Mao. Wir müssen solche Genossen weiter beobachten und prüfen. Das ist auch für sie eine Lern- und Erziehungsarbeit."*

„Wenn jemand Fehler gemacht hat," fuhr ein Professor fort, *„müssen wir ihm Gelegenheit und Arbeit geben, damit er seine Fehler praktisch korrigieren kann. Wenn jemand Fehler macht, sie berichtigt, wieder Fehler macht und das gleich noch einmal – auch dann geben wir wieder neue Möglichkeit zur Berichtigung. Daß Dschou und Liu trotz ihrer früheren ernsten Fehler wiederum auf wichtige Posten gesetzt wurden, zeigt das Vertrauen des Volkes. Aber ihre Handlungen enttäuschten die Wünsche der Massen. Trotzdem verfolgen wir weiter unsere politischen Prinzipien."*

Die Debatte ist eine Fortsetzung und Vertiefung der Kulturrevolution

Das Proletariat hat in China die Macht inne, und das Auftreten einiger opportunistischer Propagandisten bringt die Verhältnisse nicht gleich durcheinander – wie die bürgerlichen Zeitungsschreiber im Westen hinsichtlich der gegenwärtigen Debatte schon hofften. Im Gegenteil: Die Lehrtätigkeit hört nicht auf, und die revolutionäre Bewegung hat die Lernaktivitäten der Studenten und Lehrer angespornt. Die Debatte an der Tjinghua ist nicht abgeschlossen. Man kann aus den Vorgängen erkennen, wie auf der Grundlage der Siege in der Große Proletarischen Kulturrevolution der Linienkampf weitergeht. Die chinesischen Genossen bezeichnen diese Debatte als eine Fortsetzung und Vertiefung der Kulturrevolution. Dabei kann es nicht darum gehen, einige Leute zu stürzen. Ziel ist, die Kader und Massen zu erziehen, ihr Bewußtsein über den Linienkampf zu erhöhen und sie mehr zu befähigen, marxistisch-leninistische Politik von revisionistischer Politik zu unterscheiden.

Die Debatte steht unter der einheitlichen Führung durch die Partei. Die Aufgabe in der Erziehungsrevolution ist jetzt nicht, Kampfgruppen wie während der Kulturrevolution zu bilden, sondern die Parteiführung weiter zu stärken. Mit der Entwicklung des Aufbaus des Sozialismus werden die Klassenkämpfe immer komplizierter. Die Feinde der Revolution geben sich nicht gleich als solche zu erkennen, sie greifen die proletarische Politik mit der roten Fahne in der Hand an. Die Kraft und die Erkenntnisse des Proletariats wachsen jedoch im Kampf, und die chinesischen Volksmassen sind unter der richtigen Führung der Partei auf der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung unbesiegbar. – (Uwe Kräuter, Peking)